

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:
 Abonnementspreis halbjährlich 3.00 M., monatlich 1.10 M., vierteljährlich 2.00 M., frei ins Haus. Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntagsnummer mit Illustration 10 Pf. Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Postabonnements: 1.10 Mark pro Monat. Eingetragen in die Post-Belegungs-Verzeichnisse. Unter Kreuzband für Deutschland und Österreich-Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat. Postabonnements nehmen an: Belgien, Dänemark, Holland, Italien, Luxemburg, Portugal, Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Die Interaktions-Gebühr
 beträgt für die sechsgehaltene Kolonietabelle oder deren Raum 50 Pf., für politische und gesellschaftliche Vereins- und Versammlungs-Anzeigen 30 Pf. „Kleine Anzeigen“, das erste (nicht gebrochene) Wort 20 Pf., jedes weitere Wort 10 Pf. Stellengeluche und Stellen-Anzeigen das erste Wort 10 Pf., jedes weitere Wort 5 Pf. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“.

Erscheint täglich außer Montags.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.
 Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1983.

Dienstag, den 6. Juli 1909.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.
 Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1984.

Liberaler Parteitag.

„Glücklich ist, wer vergißt, was nicht mehr zu ändern ist.“ Das ist das Motto, auf das die Parteitage der National-Liberalen und der Freisinnigen, die Sonnabend und Sonntag in Berlin stattfanden, gestimmt waren. Ob ihnen das Glück beschieden sein wird? Ob die Wähler wirklich so rasch vergessen sollten, daß dieselben Liberalen, die heute so richtig die Kaffjäger der Agrarier und die Herrschucht der Junker brandmarken, noch heute die Bundesgenossen der Junker wären, hätten nicht die Konservativen den Block zersprengt.

Wenn der schwarze Schnapsblock heute auf der ganzen Linie triumphiert, so sind die Liberalen die Mitschuldigen. Als Verbündete der heute so von ihnen geschmähten Konservativen haben sie diesen 1907 25 Mandate zugekauft und damit dem schwarzen Block seine Majorität verschafft. Als die Finanzreform kam, da haben die Liberalen und insbesondere die Freisinnigen beider Richtungen nicht einen Moment gezögert, ihre Prinzipien preiszugeben, und haben sich nicht gehütet, eine Finanzreform als nationales Werk auszusprechen, die über 400 Millionen indirekter Steuern, vier Fünftel der Gesamtsumme, von den Armen forderte. Es war dieser Prinzipienberrat der Liberalen, der den Konservativen überhaupt erst den Kampf gegen die Erbschaftsteuer möglich machte. Die indirekten Steuern waren ja von keiner bürgerlichen Partei bestritten. Die Zustimmung der Liberalen zu dieser ungeheuerlichen Volksbelastung gestattete es auch dem Zentrum, den indirekten Steuern keinen Widerstand entgegenzusetzen. Die Sozialdemokratie blieb bei ihrem Kampfe gegen den geplanten Raubzug völlig isoliert. Mit am lautesten schrien ja gerade die Liberalen über die „negative, unpatriotische“ Stellung der Sozialdemokratie, die sich an der „positiven Arbeit“ der Ausparierung des deutschen Volkes nicht beteiligen wollten. Nur dadurch wurde es möglich, daß der Kampf der Sozialdemokratie gegen die Finanzreform, eine halbe Milliarde neuer Steuern zu vier Fünfteln den arbeitenden Massen aufzuerlegen, die ohnehin durch die agrarische Wucherpolitik in jeder Verbesserung ihrer Lebenshaltung völlig gehemmt sind, bisweilen verdrängt wurde von dem Berauf der bürgerlichen Eliten um das Privileg ihrer Steuerfreiheit. Hätte der Liberalismus nur von Anfang an die Hälfte seines Programms innegehalten, das ihm die Zustimmung zu diesen indirekten Steuern ausdrücklich unterlag, so hätten Regierung und Konservativen den Kampf um die indirekten Steuern aufnehmen müssen, statt daß diese ihnen von vornherein sicher gewesen wären, und das Ziel der Bündler, Steuerfreiheit der reichen Erben, hätte nie verwirklicht werden können. Die Schwäche und Haltlosigkeit des Liberalismus war es, der dem agrarischen Uebermut überhaupt erst den Feldzug gegen die Erbschaftsteuer zu führen gestattete. Und ebenso sind es selbst jetzt noch die Liberalen, die dem schwarzen Schnapsblock die Vollendung seines Werkes erleichtern. Trotz aller großen Worte, die die Herren machen, scheuen sie sich vor jeder Tat. Es ist sehr bezeichnend, daß, so oft die sozialdemokratische Opposition in den letzten Tagen den Versuch unternommen hat, die skandalöse Durchpeitschung der indirekten Steuern zu hindern, sie dabei regelmäßig von den Liberalen, ein paar Freisinnige höchstens ausgenommen, im Stich gelassen wurde. Die Anträge unserer Fraktion auf Eröffnung einer politischen Debatte aus Anlaß der komischen Erklärungen des Herrn von Bethmann-Hollweg über die Einigkeit von Bundesrat und Reichskanzler wurden nicht nur vom schwarzen Block, sondern auch vom Liberalismus ebenso niedergestimmt wie der Antrag auf Rückverweisung der Branntweinsteuervorlage an die Kommission.

Wenn also die Liberalen auf ihren letzten Parteitag so taten, als hätten sie vor weislichen Geldenkampfen gegen die Reaktion hinter sich, so muß ihnen in aller Nächsterzeit darauf geantwortet werden, daß sie bisher nichts anderes hinter sich haben als einen Fußtritt des Herrn von Bethmann. Diese in jedem Sinn passive Haltung des Liberalismus berechtigt also wirklich nicht zu dem Triumphgeschrei, das die Herren jetzt erheben.

Es wird aber auch niemand dadurch getäuscht werden, daß die Auser im Streit gegen die Reaktion dieselben Block-Liberalen sind, die zwei Jahre lang den Konservativen auf den Hintern gehorcht haben. Jetzt fordern sie plötzlich unbeschränktes Vertrauen. Politische Grundsätze kann man aber nicht eine Zeitlang suspendieren und dann wieder eine Zeitlang „hochhalten“, wie es gerade trifft. Die Erfahrungen der Blockära sind nicht auszulöschen, und der Liberalismus und gerade der Freisinn ist trotz allen oppositionellen Geschreies heute nur mehr der Schatten seiner früheren Scheinopposition. Hat er doch in allen wichtigen Fragen bedingungslos kapituliert. Er hat jede Opposition gegen den Militarismus und Marinismus, jede Kritik der Kolonialpolitik aufgegeben, er hat im wichtigsten Moment sein Steuerprogramm verleugnet. Aus Rücksicht auf die Konservativen ist er, als die Sozialdemokratie in Preußen einen neuen Vorstoß in der preussischen Wahlrechtsfrage verlor, unserer Bewegung in den Rücken gefallen; die Beschimpfungen und Verkleinerungen unserer Wahlrechtsdemonstrationen

waren in den freisinnigen Organen mindestens ebenso schlimm wie in denen der Konservativen. Und der Raub der vier sozialdemokratischen Landtagsmandate in Berlin, die der Blocklimität der Fischbeck und Kreth entsprang, ist eine Tat, die viel schwerer wiegt als alle die schönen Reden, die jetzt auf den Parteitag gehalten werden.

Auf dem nationalliberalen Parteitag hielt Herr Wassermann eine lange Rede, in der er das Werk des schwarzen Blocks als die elendeste und jämmerlichste Finanzreform bezeichnete, so schlimm, daß niemand an die Möglichkeit einer solchen Erledigung gedacht hätte. Im übrigen machte er es den Konservativen zum schlimmsten Vorwurf, daß diese den Block zersprengt hätten und dadurch Bülow und seine Politik, von der Wassermann heute wie je begeistert ist, unmöglich gemacht hätten. Dann erzählte er eine merkwürdige Geschichte. Er pries die Erfolge des Fürsten Bülow in der inneren Politik und meinte:

„In dem Augenblick, in dem er abtritt, hat zum ersten Male in der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion der Revisionismus gesiegt. Jetzt hat sich zum ersten Male in einer entscheidenden Frage die Sozialdemokratie auf den positiven Standpunkt gestellt. Nach heftigen Kämpfen in der Fraktion ist der Revisionismus unterlegen und der Revisionismus hat gesiegt. (Beifalliger Beifall.)“

Die Geschichte ist ja sehr nett, sie hat nur den kleinen Fehler, nicht wahr zu sein. Aber schließlich, wenn man dem Fürsten Bülow Erfolge in der inneren Politik nachrühmen will, kann man ja auch nicht bei der Wahrheit bleiben. In Wirklichkeit war die Fraktion darin einig, in der zweiten Lesung für die Vorlage zu stimmen. Daß aber Herr Wassermann von der Sozialdemokratie erwartet, sie würde ihre „positive Arbeit“ daran setzen, den Nationalliberalen die Fortsetzung der elenden Blockpolitik auf die Dauer möglich zu machen, ist wirklich kindisch. Im übrigen sollten sich die Nationalliberalen sagen, daß, wenn sie Siege des Revisionismus mit lebhaftem Beifall zu begrüßen Ursache hätten, es für die Arbeiter sicher kein Grund wäre, solche „Siege“ erbringen zu lassen.

Auch auf dem Parteitag der Freisinnigen Vereinigung wurde viel über die Sozialdemokratie geredet. Herr Raumann, der, wie es scheint, ohne Block nicht einen Tag politisch leben kann, ganz gleich, was immer es für ein Block ist, deutete zart auf das Zusammengehen der Liberalen mit den Sozialdemokraten hin, das von einigen Rednern noch unterstrichen wurde. Herr Pachnicke schwieg dazu. Er will die neue Spekulation nicht stören. In Frankfurt freilich mußte Theodor Barth die Partei verlassen, weil die Herrschaften damals noch mit den Konservativen gegen die Sozialdemokratie verbündet waren. Herr Raumann sprach auch vom Sanabund. Der gute Mann möchte in ihm nicht nur die Unternehmer, sondern, wie es scheint, auch die Angestellten und die organisierten Arbeiter vereinigt sehen. Die Zusammenparung von Kirchorf und Sue ist fast noch schöner als der „Block von Vebell bis Wassermann“.

Im übrigen scheint man von den liberalen Parteitag so etwas wie eine Vereinigung der liberalen Parteien oder zumindestens eine Fusion der freisinnigen Gruppen erwartet zu haben. Die nationalliberale Partei, die in ihrer Wirtschaftspolitik die agrarischen und vor allen Dingen die Interessen der schweren Industrie vertritt, von denen sie finanziell abhängig ist, hat dieses Anerbieten dankend abgelehnt. Aber auch die Vereinigung der Freisinnigen scheint vorläufig von der Erfüllung noch ziemlich weit entfernt zu sein. Denn der Wiener, Kopsch und Fischbeck sind noch immer einige Elemente der Freisinnigen Vereinigung zu demokratisch. Der Zentralauschuß der Freisinnigen Volkspartei hat daher in einer Resolution nur die Hoffnung ausgesprochen, daß die bisherige Fraktionsgemeinschaft zu geeigneter Zeit zu einem engeren Zusammenschluß der Parteien führen wird. Er hat den gemeinsamen Ausschuß der linksliberalen Fraktionsgemeinschaft ersucht, in Verhandlungen darüber einzutreten, ob und unter welchen Voraussetzungen ein engerer Zusammenschluß durchführbar ist. Danach scheint die Vereinigung zunächst noch ausgeschlossen.

Von den sonstigen Resolutionen der Freisinnigen Volkspartei ist bemerkenswert, daß für Preußen nur eine „gründliche Wahlrechtsreform“ verlangt wird, damit „die Rechtsstellung des Junkertums in Preußen wie sein Einfluß auf die Reichsgesetzgebung gebrochen und liberaler Staatsauffassung volle Gleichberechtigung und Geltung im öffentlichen Leben errungen wird“.

Die Freisinnige Vereinigung verlangt dagegen viel klarer die Uebertragung des Reichstagswahlrechts auf Preußen. Nach den Erfahrungen, die man mit der Freisinnigen Volkspartei gemacht hat, muß man annehmen, daß der verschwommene Ausdruck nicht ohne Absicht gebraucht ist. Die Nationalliberalen wollen bekanntlich nur ein Pluralitätswahlrecht und die Herren Wiener und Fischbeck scheinen sich heute schon freie Hand für ein Kompromiß, d. h. für einen Verrat an dem gleichen Wahlrecht für Preußen vorbehalten zu wollen.

Die Parteitage der Liberalen hatten wesentlich den Zweck, schon heute das Wahlgeschäft bei den Neuwahlen vorzubereiten. Jrgend welcher praktischen Positiv haben sie nicht

gedient. Auf der Tagung der Freisinnigen Vereinigung wurde zwar einige Kritik gegen die maßlose Haltung der Fraktion laut, sonst war man mit allem einverstanden. Die Haltung der liberalen Fraktionen im Parlament wird sich daher wohl kaum ändern, und für seine Durchpeitschungsabsicht braucht der schwarze Block vom liberalen Widerstand nichts zu fürchten. Die Herren Freisinnigen möchten die Sache so darstellen, als ob die Sozialdemokratie ihnen unter allen Umständen die Stimmabgabe leisten müßte, die ihnen bei der letzten Wahl die früheren Blockbrüder geleistet haben. Wenn die Herren solche Erwartungen hegen, dann müssen sie aber schon danach ihre Haltung einrichten. Für die schönen Worte der abgehausten Blockpolitiker haben die Arbeiter nichts übrig und durch ein Kompromiß mit dem aus dem Block wider seinen Willen hinausgemorrenen Blockfreisinn wird sich die Sozialdemokratie nicht kompromittieren. Dem Freisinn gegenüber ist Vorsicht am Platz. Wenn die Herren Taten verrichten wollen, wenn sie wirklich, wie sie versichern, für Demokratie und gegen das Junkertum kämpfen wollen, wir werden sie nicht hindern, sondern aufs kräftigste unterstützen, indem wir selbst mit aller Energie denselben Kampf führen werden. Bisher ist uns in solchen Kämpfen der Freisinn gewöhnlich in den Rücken gefallen. Wenn es diesmal anders werden soll, soll es uns lieb sein. Darüber hinaus sehen wir keinen Anlaß, unnütze Debatten über Blockkonstruktionen zu führen, und würden es auch für ganz gut finden, wenn die Liberalen endlich zu schweigen aufhörten und endlich einmal kämpfen wollten.

Nur keine Obstruktion!

Die Führer der freisinnigen Fraktionsgemeinschaft sind, wie die „Berliner Volkszeitung“ erfahren hat, dahin übergekommen, daß gegen das Zustandekommen der Finanzreform Obstruktion nicht angewendet werden soll. Das sieht den freisinnigen Helden ähnlich. Wenn sie kämpfen sollen, so schlagen sie sich seitwärts in die Büsche. Wenn der Liberalismus den Mut hätte, einmal für eine kurze Zeit mit der Sozialdemokratie taktisch zu dem Zwecke zusammenzutreten, den Schnapsblock an der Durchpeitschung der Finanzreform zu hindern, so ließe sich vielleicht die Befragung der Wähler erzwingen! Aber dazu langt's bei liberalen Mannesleuten nicht!

Erbrecht des Staates und Weinsteuer.

Aus dem Reichstage, 6. Juli. Auf der Steuerhehagb war der Reichstag heute bei der zweiten Lesung des von der Kommission abgeleiteten Beschlusses zum Erbrecht des Staates angekommen. Es handelt sich dabei um eine Änderung des § 1926 des Bürgerlichen Gesetzbuches zu dem Zweck, die testamentlose Vererbung von Hinterlassenschaften einzuschränken. Gegenwärtig fällt eine testamentlose Hinterlassenschaft nur dann dem Staate anheim, wenn sich überhaupt kein Verwandter des Erblassers noch so entfernten Grades vorfindet. Der Beschlusse der Regierung schlägt nun vor, das Verwandtenerbrecht bei den Großeltern aufhören zu lassen. Demnach würden also nur noch erbberchtig bleiben: 1. Ehegatte, Kinder, Enkel usw. in absteigender Linie, 2. Eltern, Geschwister und Geschwisterkinder, 3. Großeltern; aber nicht mehr Geschwister-Eltern oder Großeltern sowie deren Nachkommen und noch entferntere Verwandte. Solche Hinterlassenschaften, die infolge dieser Einschränkung der Erbberchtigung dem Fiskus anheimfallen, sollen dann zu drei Viertel dem Reich, zu einem Viertel dem betreffenden Bundesstaat respektive teilweise der Heimatgemeinde des Erblassers zufallen.

Auch hiergegen hatte sich, genau wie gegen die Erbschaftsteuer, der „Familienstump“ der Agrarier aufgebäumt. Sie hatten in der Kommission das Gesetz abgelehnt. Sein Schicksal war deshalb auch im Plenum im voraus entschieden. In der Debatte wurde eigentlich nur noch um das Prinzip gekämpft. Die Liberalen stellten sich auf den Standpunkt des Regierungsentwurfs. Auch die sozialdemokratischen Vertreter Ulrich und Stadthagen erklärten die Zustimmung der Partei für die zweite Lesung, um die prinzipielle Stellungnahme der Sozialdemokratie zum Erbrecht auszudeuten zu können. Sie erklärten aber gleichzeitig, daß die Einschränkung des Erbrechts lange nicht weit genug gehe. Rechnet die Regierung selber doch nur auf eine jährliche Einnahme von 25 Millionen Mark. Genosse Ulrich hielt den Junkern insbesondere vor, wie es mit dem junkerlichen Familiengut bestellt sei, das doch nur den Zeiten des Faustrechts entstamme.

Herr Schönschweig verteidigte die Vorlage äußerst lahm, hielt es aber für angebracht, seine staatsverhättnislose Bestimmung durch einige Ausfälle gegen die sozialdemokratische Auffassung zu betätigen. Genosse Stadthagen nagelte fest, daß die Regierung offenbar ihre eigene Vorlage preisgebe. Er wies dann auf der Rechtsgechichte nach, daß gerade in Deutschland früher der Anspruch des Gemeinwesens an Erbschaften anerkannt worden sei. Der Schnapsblock hielt auch hier zusammen, und das Gesetz wurde mit großer Mehrheit abgelehnt.

Bei der Weinsteuer gingen die Verbündeten indes auseinander. Nur die Konservativen hielten daran fest. Das Zentrum, das sich auch zum Teil aus Weinbaugegenden rekrutiert, sprach sich dagegen aus. Die Genossen Lehmann-Wiesbaden und

David wies nach, daß die Weinstener insbesondere da, wo der Wein gebaut wird und Vollgetränk ist, ebenso verderblich wirkt, wie die Biersteuer und deshalb abgelehnt werden muß. Das Gesetz sei denn auch gegen die Stimmen der Konservativen und Freikonserverativen.

Angenommen wurde aber dann vom wieder einmütigen Schnapsblock die Schaumweinsteuer. Auch hiergegen erklärte sich die Sozialdemokratie, wie Genosse Emmel nachwies: als grundsätzliche Gegnerin aller indirekten Steuern und weil obendrein die Erhöhung der Schaumweinsteuer in Frankreich Gegenmaßregeln hervorrufen würde, unter denen besonders die elässischen Textilfabriken schwer zu leiden hätten.

Bei Festsetzung der Tagesordnung kam es noch zu einigen Auseinandersetzungen, weil der Schnapsblock im agrarischen Interesse morgen zwischen durch das Gesetz betreffend der zollwidrigen Behandlung der Futtermittel zur zweiten Lesung bringen wollte, was denn auch mit der üblichen Mehrheit beschlossen wurde.

Preisgabe der Unterbeamten — Doppelter Unfall Erzbergers.

Als feinerste die Budgetkommission des Reichstags einstimmig trotz aller Versicherungen der Regierungsbekträter für die Beamten eine Gehaltsfestsetzung beschloß, die 32 Millionen Ausgabe über die Regierungsvorlage hinaus verursachte, äußerten wir sofort Zweifel an der Standhaftigkeit der Herren Konservativen und Zentralkleriker. Denn so schnell und rücksichtslos auch die Vertreter dieser Parteien, insonderheit Herr Erzberger, die Regierungsbekträter mit dem Worte abgetrumpft hatten: wenn die von der Kommission für notwendig gehaltenen Gehaltsaufbesserungen 32 Millionen mehr kosteten, so müßten diese 32 Millionen einfach mehr gezahlt werden — so wenig war diesen pompastischen Erklärungen zu trauen. Wir kamen unsere Pappenheimer! Hatte man es doch eben erst im preussischen Abgeordnetenhaus erlebt, daß alle bürgerlichen Parteien einmütig die sozialdemokratischen Anträge niedergestimmt und feierlich erklärt hatten, die durch das Kompromiß sämtlicher bürgerlichen Parteien zustande gekommenen Gehaltsfeste seien das Äußerste, was habe bewilligt werden können. Und nun sollten dieselben Parteien unter im wesentlichen derselben Führung im Reichstage ersichtlich entschlossen sein, die Reichsbeamten besser zu behandeln und dadurch auch für Preußen unabwiesbare Konsequenzen zu ziehen? Offenbar handelte es sich also um ein Demagogensstück. Man rechnete mit der Möglichkeit einer Reichstagsauflösung und wollte den Beamten Sand in die Augen streuen!

Unsere Vermutungen haben durch die Montagsitzung der Budgetkommission ihre Bestätigung gefunden. Die Parteien des neuen Blocks waren bereits zu einer Preisgabe ihrer Forderungen, zu einer Opferung namentlich der Unterbeamten bereit! Und ausgerechnet Herr Erzberger, der lauteste Schreier von ehemals, war es, der vor dem „Unannehmbar“ der Regierung zusammenklappen wollte! Nur dem energischen Eintreten der sozialdemokratischen Vertreter für die Unterbeamten war es schließlich zu danken, daß der Verrat des neuen Blocks an den Unterbeamten nicht perfekt wurde. Selbst Herr Erzberger zog es schließlich vor, zum zweitenmal umzufallen und für den sozialdemokratischen Antrag zu stimmen, das Gehalt der Postkassierer auf 1200—1800 M. zu normieren.

Ob Herr Erzberger aber schließlich nicht zum drittenmal umfallen und auch seine Blockfreunde mit sich reißen wird? Wir wollen es abwarten!

Ueber die Verhandlungen selbst wird uns berichtet:

Verichterstatter Dröcher teilt heute mit, daß die Kommission wegen des Widerstandes der Regierung und der finanziellen Belastung sich über gemeinsame Anträge nicht habe einigen können, daher habe er mit den Abgeordneten Lattmann, v. Liebert und Erzberger (dem Rechtsblock) die durch den Widerstand der Regierung notwendig gewordenen Änderungsanträge auf Ermäßigung der Sätze der ersten Lesung gemeinsam eingebracht.

Singer erklärt, daß er und seine Freunde gerne einem gemeinsamen Antrage zugestimmt hätten, wenn es gelungen wäre, eine Vereinbarung zu treffen, welche die Unterbeamten in der ihm und seinen Freunden notwendig erscheinenden Weise besser gestellt hätte. Da diese Voraussetzungen nun aber nicht erfüllt seien, so hätten seine Freunde einem gemeinsamen Antrage nicht zustimmen können. Das Haupthindernis seien die Regierungen gewesen, indem sie den Vorschlägen auf Besserstellung der Unterbeamten ein bestimmtes Nein entgegengelegt hätten. Er erkläre, daß, wenn nicht ein gewisses Mindestmaß in der Verringerung der unteren und mittleren Beamten, sowie der Witwen anerkannt werde, seine Freunde gegen jede Gehaltserhöhung der oberen Beamten stimmen müßten. Staatsminister Sedow und der preussische Finanzminister v. Rheinbaben versuchten nachzuweisen, daß die Belastung durch die Beamtenbesoldung zu erheblich sei als daß sie ertragen werden könnte. Namentlich war es v. Rheinbaben, der besonders forderte, daß der Reichstag Rücksicht auf die Bundesstaaten, auf die Gemeinden und auf die Privatbetriebe nehmen müsse. Die Regierung sei bereit, der Kommission bis zu einer Mehrbelastung von 17 Millionen entgegenzukommen.

Eine längere Debatte entspann sich über die Klasse III, umfassend die Unterbeamten bei der Postverwaltung. Ein Antrag der sozialdemokratischen Mitglieder verlangt ein Mindestgehalt von 1200 M.

v. Camp verlangt, daß man nichts bewilligen solle, so lange keine Deckung vorhanden sei. Er stellte für das Plenum des Reichstags eine Resolution in Aussicht, in welcher dargelegt werden solle, daß die Beamten sich noch für einige Zeit bescheiden sollten.

Genosse Emmel wies nach, daß die Prozentualberechnung der Regierung, wie eine solche auch vom Staatssekretär Sedow vorgetragen worden sei, ein ganz falsches Bild gebe; auf den Kopf umgerechnet sei das Resultat ein ganz anderes. In Klasse VI seien 98 988 Beamte, auf einem Beamten entfällt im Durchschnitt nach der Regierungsvorlage ein Betrag von 156,30 M. Je höher man aber in den Klassen hinaufgehe, um so größer sei die Aufbesserung; sie steige in der V. Klasse auf 197,18 M., dann auf 213,39 M., 247,60 M., 408,12 M. und erreichte in der I. Klasse, die allerdings nur 10 Beamte umfasse, 1012,25 M.

Die Drohung der Regierung, daß wenn die Sätze der ersten Lesung nicht herabgesetzt würden, die ganze Vorlage fallen lassen würde, gab Herrn Erzberger Veranlassung, nunmehr zu verbrennen, was er früher so verzückt angebetet hatte. Herr Erzberger fiel um, zog eine andere Seite seines Niedergerichts und betriebligte seinen neuen Standpunkt auch gegen seine weniger wandlungsfähigen Fraktionskollegen. Genosse Singer beschästigte sich eingehend mit dem Unfall Erzbergers und behauptete ohne Widerspruch zu finden, daß das Zentrum als Regierungspartei der Regierung mehr entgegenkommen glaube zeigen zu sollen. Das Zentrum sei doch auch vor der Drohung bei der Erbschaftsteuer nicht zurückgeschreckt. Nach den gemachten Erfahrungen sei ein Unannehmbar der Regierung noch lange nicht ein dauerndes Unannehmbar, noch lange nicht ihr letztes Wort. Der Reichstag dürfe gegenüber dem, was er für richtig anerkennt habe, vor der Regierung nicht die Segel streichen. In einem konstitutionellen Staate werde die Regierung sich fügen oder den Reichstag auflösen. Aber es handele sich hier nicht nur um die Wünsche der Unterbeamten, sondern vornehmlich um die Befehle der

Budgetkommission, die in Bezug auf die Unterbeamten gefaßt wurden.

Bei der nun folgenden einzigen Abstimmung in der Sitzung stimmte zur allgemeinen Heiterkeit auch Herr Erzberger für den sozialdemokratischen Antrag, welcher das Gehalt der Schaffnerklasse bei der Reichspost auf 1200—1800 M. festsetze. Der Beschluß war einstimmig. Nächste Sitzung Mittwoch.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 5. Juli 1909.

Zur Krise.

Das Finanzkompromiß ist noch immer nicht ganz fertig. Montag mittag war eine Einigung über die Erbschaftsteuern zwischen Regierung und dem schwarzen Block noch nicht erzielt. Doch zweifelt man nicht daran, daß sie in Kürze zustande kommt. In den nächsten Tagen wird dann eine Konferenz der einzelstaatlichen Finanzminister dem Werk die Sanktion erteilen. Aus Bayern und Württemberg haben sich die Herren schon auf den Weg gemacht.

Am Donnerstag soll der Statthalter der Reichslände, Graf Wedel, in Berlin eintreffen — ein Umstand, der als Zeichen gedeutet wird, daß der Herr der Nachfolger Bülow's wird. Angeblich will Bülow sofort nach dem Schluß der Reichstagsverhandlungen, der für Sonnabend angenommen wird, das Kanzlerpalais verlassen.

Ueber die Haltung der Mehrheit meldete die „Frankf. Zeitung“ vom Sonntag:

Die Verhandlungen zwischen der neuen Mehrheit und den Verbündeten Regierungen zwecks einer Vereinbarung über die sogenannten Besitzsteuern sind noch nicht abgeschlossen. Es gibt noch Schwierigkeiten, zumal die Vertreter der Regierung nichts anbieten und nichts vorschlagen. Sie wollen den Vorschlag der Mehrheit abwarten und dann sagen, was annehmbar ist und was nicht. Es ist aber sehr wahrscheinlich, daß es in einiger Zeit zu einer Vereinigung kommen wird, denn die Vertreter der Mehrheit operieren in richtiger Erkenntnis der Situation sehr vorsichtig und neben möglichst viel nach. Man darf wohl mit Sicherheit annehmen, daß die Notierungsteuer, die Wahlenumsatzsteuer und der Kohlenausfuhrzoll definitiv aufgegeben sind, und daß man im Reichstage nach dem Gampchen Antrage auf die erfolgte Erhöhung des Effektensteuers über die Vorlage hinausgehen wird, und daß die Rechte auf die Herabsetzung der Zuckersteuer jetzt verzichtet. Die Mehrheit will möglichst wenig Schwierigkeiten machen.

Die „Kreuz-Zeitung“ hat am Sonntag der Regierung noch einmal erklärt, daß es ihre Pflicht sei, sich dem schwarzen Block rückhaltlos zu unterwerfen. Sie schrieb in ihrer Wochenschau unter anderem:

Indem die Konservativen sich bemühen, durch Entgegenkommen der Reichsfinanzreform den Boden zu ebnen, müssen sie natürlich darauf rechnen, daß auch von der Seite der Verbündeten Regierungen die erforderliche Nachgiebigkeit gezeigt wird. In dem jetzigen Stadium der Verhandlungen geht es nicht an, daß man der aktionsfähigen und aktionsbereiten Mehrheit immer wieder ein „Unannehmbar“ entgegenruft und ihr so durch ein Ultimatum nach dem anderen den Weg verlegt. Das Ziel, dem die Mehrheit zustrebt, ist das gleiche, wie das, welches die Verbündeten Regierungen verfolgen. Dieses Ziel zu erreichen und es ohne große Weiterungen, zu denen wahrlich die Zeit fehlt, zu erreichen, ist jetzt das Hauptgebot. Wenn also die Konservativen bereit sind, selbst vor schweren Opfern nicht zurückzufahren, um mit den Verbündeten Regierungen zu einer Vereinbarung zu kommen, wenn sie manchen lange gehegten Wunsch zurückstellen und manche schwer erlängte Position aufgeben, dann können und müssen sie auch verlangen, daß ihnen dies nicht durch starke Unnachgiebigkeit erschwert werde. Auf Einzelheiten einzugehen, ist jetzt noch nicht die rechte Zeit; doch das kann hervorgehoben werden, daß die Mehrheit entschlossen ist, an einer kräftigen Heranziehung des mobilen Kapitals festzuhalten. . . .

In dieser Wochenschau des Kanzlerblattes wird übrigens auch der sehr lustige Versuch unternommen, die Konservativen von dem Vorwurf reinzuwaschen, daß sie den Kanzler gestürzt hätten. Nicht an den Konservativen, an den bösen Liberalen ist Bülow gestorben, versichert die „Kreuz-Zeitung“. Nur weil er den schweren Fehler begangen hat, sich den Liberalen zu überliefern, ist er zu Fall gekommen. Denn wie die schlimmsten Wucherer haben sie an ihm gehandelt, und die Ursachen der Kanzlerkrise liegen weiter zurück als seit der Ablehnung der Erbschaftsteuer, versichert das konservative Organ.

Es hat recht. Sollte Bülow nicht den Block gegründet, so hätte er nicht die Nachlasssteuer vorgeschlagen, so hätte er nicht die Erbschaftsteuer forciert, so hätte er nicht die Junker gegen sich gehabt. Nur die unverschämten Liberalen haben schuld an dem Malheur!

Ein demokratisches Urteil über liberalen Humbug.

Die demokratische „Volkszeitung“ gibt aus Anlaß der Abhaltung der liberalen Parteitage eine gute Charakteristik der liberalen Blockpolitiker, der wir folgende Stellen entnehmen:

„Von konservativ-liberaler Paarung ist keine Rede mehr. Die gab's früher einmal, in einer Zeit, die lange hinter uns liegt. Sie war selbstverständlich nur ein Uebergangsstadium, und die Abgeordneten verfolgten mit ihrer Beteiligung nur den für die unerfahrenen Wähler nicht erkennbaren Zweck, die Unmöglichkeit der Blockpolitik experimentell nachzuweisen. Jetzt sind sie glänzend gerechtfertigt. Der Winter des Blodmishergnügens ward glorreicher Sommer durch die Sonne. Ja, das ist eben die Frage, durch wessen Sonne? Wer ist der Liberale, der dem unerfreulichen Zustande ein Ende gemacht hat? Welcher von den vielen „Räubern“, den Wasser-mann, Raumann, Haukmann, ist der Mann gewesen, der das Blodgebilde zertrümmerte? . . . Es liegt Har am Tage: die Liberalen sind nicht gewesen, die den Strich zwischen sich und den Konservativen gezogen haben. Sie verbannten ihre Befreiung vom Block dem Herrn v. Gehdebrand. Dem mügen die, die unter der Entwidlung der letzten Jahre seufzten und sich doch nicht entschließen konnten, ihre Trennung von den liberalen Parteien zu vollziehen, jetzt Kränze winden. . . .

Ueber all den stolzen und trotziges Reden, die heute gehalten werden, darf man die eine einfache Tatsache nicht vergessen: Nationalliberale und Freikönigliche waren bereit, ohne jede politische Gegenleistung 400 Millionen, ja 450 Millionen oder auch noch mehr indirekte Steuern zu bewilligen, wenn die Konservativen nur einer, wenn auch noch so belanglosen Erbschaftsteuer zugestimmt hätten. Fünf Stimmen von der einen Seite auf die andere übertragen, und die Liberalen hätten nicht geögert, die Belastung des Konsums und die Erschwerung des Handels mitzumachen, da sie ja jedem, der es hören wollte, versicherten, es sei eine „nationale Tat“, die Bülow'sche Finanzreform zustande zu bringen, und so eifrig waren viele darauf bedacht, dieser Möglichkeit positiver Mitarbeit nicht beraubt zu werden, daß sie kurz vor der Entscheidung an denselben Kaiser appellierten, dessen persönliches Regiment sie wenige Monate zuvor mit dem ihnen so

wohl anstehenden Horn der freien Rede zurückgewiesen hatten. Wahnsinnig, das Schicksal, das sie trotzdem die Niederlage erleiden ließ, die ihnen wieder zu einiger Reputation verhalf, hat es weit besser mit ihnen gemeint, als sie es verdienen.“

Dann wird gefragt, was denn die Liberalen jetzt tun wollen:

„Werden sie den Versuch machen, eine Auflösung zu erzwingen und die Annahme der vorgeschlagenen Steuer-gesetze zu hintertreiben? Sie machen nicht mehr mit. Das genügt nicht. Es klingt ja recht stolz, wenn die „Volkszeitung“ schreibt: „Die bürgerliche Linke wartet die Entscheidung in gelassener Ruhe ab.“ Aber man sollte meinen, daß Ruhe jetzt wirklich nicht die erste Pflicht des Bürgerturns wäre, und auch bei der von demselben Blatte konstatierten Befriedigung darüber, daß nicht die Liberalen, sondern die Konservativen den Block gesprengt haben, dürfte die Linke nicht stehen bleiben. Das Volk ist wegen dieser Finanzreform nicht gefragt worden. Mit unanständiger Eile und unter dem Druck mit den bisherigen Lehungen der Gesellschaftsordnung hat die Mehrheit, die keine Mehrheit der Wähler hinter sich hat, die Vorlagen durchzupeitschen und dem Agrarierturn Privilegien gestiftet zu sichern. Dem müßte der Liberalismus im Einverständnis mit der Sozialdemokratie entgegengetreten. . . .

Die gesamte Linke besäße im Deutschen Reichstage die nötige Stärke, um die von ihr als verhängnisvoll erkannte Gesetzgebung zu hemmen, aber wir sehen ja gestern, wie schließ-lich nur ein Viertelbündel Freikönigliche sind, die Sozialdemokraten bei solchen Versuchen zu unterstützen. Was können da alle kampflustigen Verbände der Parteitage helfen? Wenn die Herren nicht heute zahlen wollen, so haben ihre Wechsel auf die Zukunft gar keinen Wert.“

Aber wir fürchten, daß der Freisinn auch jetzt bare Zahlung verweigern wird, was man ja im kaufmännischen Leben als Bankrott bezeichnet.

Die Kriegervereine gegen die Gewerkschaften.

Der 33. Abgeordnetentag des Deutschen Kriegerbundes, der am Sonntag in Eisenach zusammentrat, hat die beabsichtigte Kriegserklärung gegen die moderne Arbeiterbewegung angenommen. Nach längerer Debatte wurde gegen eine Minorität eine Resolution beschlossen, in der es heißt:

„Die Kriegerverbände und Kriegervereine haben, soweit dies die Verschiedenheit der Verhältnisse in den einzelnen Bundesstaaten gestattet, die nachstehenden Grundzüge zur Durchführung zu bringen: 1. In den Verbands- und Vereinsversammlungen sind die Kameraden über die Sozialdemokratie aufzuklären und bei geeigneter Gelegenheit an die Betätigung ihrer Pflicht zur Bekämpfung der Sozialdemokratie zu erinnern. 2. Mitglieder der Kriegervereine können nicht gleichzeitig freien Gewerkschaften angehören, solange diese sozialdemokratische Organisationen sind oder die sozialdemokratische Partei direkt unterstützen. Der Abgeordnetentag wolle diese Leitsätze als verbindlich für die zum Deutschen Kriegerbund gehörenden Landesvereine und gleichzeitig ein etwaiges grundsätzliches Inwiderhandeln gegen sie als unvereinbar mit der Zugehörigkeit zum Bunde erklären.“

Vorsührer der dissentierenden Minorität, speziell des weisfältischen Provinzialverbandes, der diese Kriegserklärung an die moderne Arbeiterbewegung für unklug hält, war der freisinnige Arbeitersekretär Kühle-Sagen.

Er wies nach dem Bericht der „Deutschen Tageszeitung“ darauf hin, daß die Kriegervereine bereits eine genügende Handhabe hätten, Sozialdemokraten aus ihren Reihen zu entfernen. Bei allzu schroffem Vorgehen könnten leicht auch königstreue Krieger getroffen werden, die meist nur deshalb den freien Gewerkschaften angehörten, weil sie den Terrorismus von jener Seite fürchteten.

Diese Art der Bekämpfung der sozialistenfresserischen Resolution der Obermänner der Kriegervereine war echt freisinnig! Statt die arbeitserfindliche Haltung der unpolitischen Kriegervereine zu brandmarken, versetzte dieser Freisinnskämpfe den freien Gewerkschaften noch einen Gefelschtritt wegen ihres „Terrorismus“. Den Terrorismus gegen Sozialdemokraten hält dieser „Freisinnige“, der noch obendrein Arbeitersekretär ist, für völlig berechtigt.

Der Deutsche Kriegerbund rühmt sich, zurzeit mehr als 1 600 000 Mitglieder zu zählen! Darunter sind sicherlich viele Hunderttausende von Arbeitern und proletarischen Existenzen, die sich bisher von den Drahtziehern der Kriegervereinerie, ehemaligen Offizieren, Land- und Regierungsräten, Fabrikanten usw. zur mindestens indirekten Schädigung der proletarischen Interessen mißbrauchen ließen. Hoffentlich öffnet dieser dreiste Angriff auf die Gewerkschaften, dieser schändliche Bevormundungsversuch des arbeitenden Volkes diesen Willkürern endlich die Augen!

Die „Hauptaufgabe“ des Hansabundes.

Aus der Nr. 25 der „Südwestdeutschen Industriezeitung“ vom 19. Juni, dem Organ der saarabischen Industriellen, gibt die „Germania“ folgende Stelle wieder:

„Des weiteren will und wird sich der Hansabund wenden gegen die sozialpolitische Gelegenheits-gesetzesmacherei und hier wird ja wohl zunächst die Hauptaufgabe der neuen Organisation in der Ausklärung der breiten Massen — wahrscheinlich aber auch in den eigenen Reihen — bestehen. Flugblätter und Broschüren zu Hunderttausenden in alle Gesellschaftskreise geworfen, Kleinarbeit der Sozialorganisationen, Agitationsreisen von Wanderrhetoren, jährliche Generalversammlungen nach dem Muster des Bundes der Landwirte — alles dies dürfte dazu beitragen, die öffentliche Meinung aufzuklären über die Folgen einer Gesetzgebung, die zum Teil auf Vertreiben inter-effizierter politischer Parteien und aus Furcht der Regierung vor der Sozialdemokratie inszeniert wird, teils auf Stimmung hoher Kreise zurückzuführen ist.“

„Da kommt“, bemerkt dazu die „Germania“, „die Herzensmeinung zum Ausdruck, die man Herrn Kirdorf im Zirkus Schumann aus lakischen Gründen nicht aussprechen ließ.“

Daß das die Herzensmeinung der nationalliberalen Unternehmerrunde ist, die im Hansabund eine so große Rolle spielen, ist gerade keine neue Entdeckung. Gerade die Sozialdemokratie hat es ja mit allem Nachdruck ausgesprochen, daß es sich bei der ganzen Kauererei zwischen dem alten und dem neuen Block, zwischen Agrariern und Industriellen nicht etwa darum handelt, die nicht-besitzenden Massen vor neuen Steuern zu schützen, sondern lediglich darum, den kleinen Prozentsatz direkter Steuern möglichst auf die andere Besitzgruppe abzuwälzen. Daß die Industriegehaltigen der neuen Hansa über diesen häuslichen Krieg gegen Konservativen und Zentrum ihre besondere Freundschaft gegen das Proletariat nicht vergessen haben und vergessen werden, versteht sich ganz von selbst.

Da aber das Zentrum eben erst im preussischen Landtage bei dem neuen Vergesetz betwiefen hat, wie wenig die Arbeiter vom Zentrum ein entscheidendes Eintreten für ausreichenden Arbeiterschutz

zu erwarten haben, hat die „Germania“ eigentlich zu allererst Ursache, die Hansabänder als Gegner einer energischen Sozialpolitik zu demangieren.

Schwächliche Denunziation.

Der Berliner Korrespondent des „Matin“ schrieb letzter Tage in seinem Blatte, Wilhelm II. habe im Januar d. J. einem seiner Intimen mit Bezug auf Wilton gesagt: „Ich werde ihm niemals vergessen, was er im November getan hat.“ Durch dieses Sächchen ward die ehrenwerte „Post“ in gelinde — nein, in unbändige Kaserei getrieben. Das Blatt begnügt sich nicht damit, jene Mitteilung so gesperrt wie möglich zu demontieren, sondern es benützt die Gelegenheit, sich seiner Vergangenheit würdig zu erweisen: es denunziert den „Matin“-Korrespondenten und erklärt ihn für reif zur Ausweisung!

Ob der Kaiser den „unvergeßlichen“ Sach wirklich gesprochen hat oder nicht, das gehört hier ebensowenig zur Sache wie etwa eine psychologische Untersuchung darüber, ob er ihn nicht ganz gut gesprochen haben — könnte. Wir möchten nur auf die Insanimität hinweisen, einen Mann, der im „täglich“ Deutschland seiner Berufspflicht obliegt, den Behörden zum Ausschluss zu empfehlen, sobald er sich eine Bemerkung erlaubt, die der „Post“ nicht in ihren unsauberen Kram paßt. Ausländische Journalisten, selbst wenn ihnen mal eine unrichtige Mitteilung, eine schiefe Information unterläuft (und welchem inländischen Journalisten passiert das nicht?) — ausländische Journalisten in solchem Falle gleich über die Grenze speidieren, das können nur „Kollegen“ wollen, deren Berufs- und Ehrgefühl in der Stummischen „Post“-Schmiede gehärtet ist.

Kein Berliner, vielleicht kein deutsches Blatt hat so oft und so gründlich wie der „Vorwärts“ mit dem „Matin“, diesem Sensations- und Spießerblatt, ein Hüßchen gepfückt. Das verhindert uns nicht, dem schamlosen Treiben der „Post“ die verdiente Brandmarkung zuteil werden zu lassen.

Freisinn und Deutscher Bauernbund.

Die neue agrarische Organisation, die unter dem Namen „Deutscher Bauernbund“ segelt, entpuppt sich immer mehr als eine nationalliberale Gründung. Der an der Spitze stehende Reichstagsabgeordnete Bachhorst de Wente ist Mitglied der nationalliberalen Reichstagsfraktion und vertritt einen hannoverschen Wahlkreis. Gerade in der Provinz Hannover aber werden die Nationalliberalen vom Bund der Landwirte überaus hart bedrängt. Deshalb lag es nahe, eine Organisation der Landwirte zu gründen, die auf nationalliberalem Boden steht. Die Freisinnigen sind von dieser Gründung keineswegs erbaut. Auf dem freisinnigen Parteitage machte der Abgeordnete Gothein darauf aufmerksam, daß dieser neue Bauernbund den Bestanden der Freisinnigen in Pommern ernstlich gefährden könne.

Das neue Weinsteuer-Gesetz.

Die Steuerkommission des Reichstages hat es abgelehnt, eine Weinsteuer zu genehmigen. Zu der zweiten Lesung im Plenum des Reichstages, die am gestrigen Montag stattfand, haben die Abg. Graf Kanitz und Schulz (freisinn.) den Antrag eingebracht, eine Steuer auf Wein und Traubenmost einzuführen. Die Steuer soll für Wein und Traubenmost im Werte von mehr als 40 M. pro Hektoliter 7½ Pfennig für den Liter betragen. Steuerpflichtig soll der Wein werden, wenn er an den Kleinhändler oder an den Verbraucher übergeht. Als Kleinhändler sollen solche Weinhändler angesehen werden, die Wein in Mengen von weniger als 10 Liter verkaufen oder zum Ausschank bringen. Von der Steuer soll u. a. befreit sein: Wein, der zur Herstellung von Essig dient, sowie Most- und Kommunikationwein.

Außer dieser Weinsteuer soll noch eine Flaschensteuer erhoben werden, die mit 10 Pfennig beginnt und bei Weinen zum Preise von 50 M. pro Flasche mit 8 M. endet.

Deftliche Grundbesitzverteilung.

Ueber die Verteilung des Großgrundbesitzes in Posen und Schlesien macht der Gutsherr Morawski in einer soeben erschienenen Schrift „Der kommende Tag“ sehr bemerkenswerte Mitteilungen. Morawski verlangt, daß nicht nur die polnischen Güter parzelliert, sondern daß auch die großen Feudalbesitze deutscher Eigentümer aufgeteilt werden. So verfügen drei posensche Feudalherren über einen ungeheuren Besitz. Es sind dies der Fürst von Thurn und Taxis, der Großherzog von Sachsen-Weimar und der Herzog von Sachsen-Rothburg-Gotha. In demselben Sinne wie Morawski hat sich auch jüngst eine große Ansiedler-versammlung erklärt; in ihrer Resolution heißt es:

Wir sind nicht so unbillig, zu verlangen, daß alle Großgrundbesitzer von hier abwandern, aber aus Gerechtigkeitsprinzip muß verlangt werden, daß diejenigen Großgrundbesitzer, die sich nicht in der Dismar aufhalten, enteignet werden, unbekümmert darum, ob sie Deutsche oder Polen sind.

Ueber die Verteilung des Besitzes in dem benachbarten Schlesien erfahren wir folgendes: Die Familie Hohenlohe hat in dieser einen Provinz 400 000 Morgen, der Fürst Bieh 200 000 Morgen, etwa ebensoviel die Familie Hensel von Donnersmark und nicht viel weniger der Graf Schaffgotsch. Je 100 000 Morgen besitzen der König von Sachsen, Fürst Solms, Graf Arnim-Rustau und der Herzog zu Sagan. Je 80 000 Morgen Graf Tiele-Windler, Prinz Byron von Kurland, Fürst Carolath und der Herzog von Trachenberg, um nur die allergrößten zu nennen. Der Großgrundbesitz ganzer Kreise gehört in Schlesien oft nur zwei oder drei Personen. So zum Beispiel im Kreise Ratiboritz, wo es außer den Aktiengesellschaften, die nur kleine Bodenflächen haben, nur drei große Besitzungen gibt: die des Herzogs von Ujest, des Grafen Tiele-Windler und des Grafen Hensel. In ganz Ostpreußen besitzt der Adel nach Morawski über zwanzig Millionen preussische Morgen und die Zahl der Majorate hat sich in Preußen in den letzten sechzig Jahren mehr als verdoppelt.

Die genannten Personen führen zumeist ein luxuriöses Leben im Auslande, wenn sie es nicht vorziehen, auf den Bänken der deutschen Parlamente über die Not der Landwirtschaft Klageklagen anzuhören und sich in den beweglichsten Tönen gegen die geringfügigste Besteuerung ihres Besitzes zu wenden.

Gegen den Agrarier Lehmann.

Eine von Liberalen veranstaltete Versammlung in Jena, die kürzlich gegen die Ablehnung der Erbschaftsteuer protestierte, sprach die Erwartung aus, daß der nationalliberale Abgeordnete Lehmann, der für die Erbschaftsteuer stimmte und aus der nationalliberalen Fraktion austrat, sein Mandat niederlege. Herr Lehmann wird ihnen was ...

Mittelstand kontra Konserbative.

Der bekannte Führer der Berliner Handwerker- und Mittelstandsbevægung, Landtagsabgeordneter Rahardt, hat sein Hospitantenverhältnis zur konserbativen Fraktion gelöst, weil er mit ihrem Verhalten in der Erbschaftsteuerfrage nicht einverstanden ist.

Die Selbstanklage eines Wucherblattes.

Wir lesen folgende Klage in dem „Anzeiger für Stadt und Land“, der in Lahr (Baden) erscheint:

„Wenn die Fleischpreise so weiter steigen, darf der kleine Mann bald keinen Fleischn mehr essen; und da auch das Brot teurer geworden ist und noch teurer werden soll, wird es für die Arbeiter schon eine Kunst sein, ihrer Familie überhaupt noch ein Mittagessen zu richten. Es ist höchste Zeit, daß unsere Gesetzgeber auch dem Punkte Volksernährung einmal ihre ernste Aufmerksamkeit zuwenden. Es kann unmöglich so weiter gehen.“

Dieser Rotschrei entspricht gewiß der jammervollen Stimmung in den so schwer bedrückten Arbeiterkreisen, die von der agrarischen Politik der herrschenden Gewalt bis zum Lebensüberdruß ausgebeutet werden. Was jedoch an dem schauerlichen Hilferuf sonderbar, ja sogar empörend ist: er wird ausgestoßen von der Redaktion eines Zentrumsblattes, das der Fahne jener Partei zugeschworen, die an demselben Tage, als der Lahrer „Anzeiger“ die heutigen Verbrechen wider die Volksernährung verurteilte, die von der Sozialdemokratie beantragte Aufhebung der Getreibezüge verhinderte! Die badische Zentrumspartei bekämpfte in der badischen Zweiten Kammer die Forderung der Sozialdemokraten, zur Beseitigung der Fleischnot, insbesondere des Mangels an Schweinefleisch eine Erhöhung des Einfuhrkontingentes der Schweine bei der Reichsregierung zu erwirken. Auch die Fleischakzise ließ das Zentrum weiterbestehen.

So muß sich denn die Arbeiterschaft diese Anklage des Zentrums gegen seine eigene Wucherpolitik für alle Fälle merken! —

Unbefroren.

Der ehemals nationalliberale Abg. Lehmann-Jena beantwortet die Aufforderung einer Versammlung seines Wahlkreises, das Mandat niederzulegen, in der „Deutschen Tageszeitung“ mit folgender Erklärung:

„Bei der letzten Wahl hatte ich rund 11 000 Stimmen, der Sozialdemokrat 9000 Stimmen, der Vereinigte Freisinn 5000 Stimmen. Wieviel von den 11 000 Stimmen nationalliberalen, wieviel dem Bunde der Landwirte zugerechnet sind, ist nicht festzustellen, ist auch gleichgültig. Liegt das Hindernis des Zusammengehens bei der nächsten Wahl in meiner Person, so wird es eben beseitigt.“

Katzenfisch sind die Nationalliberalen meines Wahlkreises über meinen Austritt aus der Reichstagsfraktion nicht erfreut, aber sie achten meine Gründe.

Der Freisinn jedoch hat über die Niederlegung oder Beibehaltung meines Mandats gar nicht zu befinden. Wenn auch von den neun im Wahlkreise erscheinenden bürgerlichen Zeitungen sieben dem vereinigten Freisinn bezw. den Nationalsozialen zugerechnet sind, so ist das noch lange nicht die öffentliche Meinung.

Im übrigen imponiert mir Druderschwärze wenig, freisinnige garnicht.

Paul Lehmann, M. d. R.

Grundsätze für die kommunale Wertzuwachsbesteuerung.

Für Preußen sind von den zuständigen Ministern neue Grundsätze für die Einführung von Wertzuwachssteuerordnungen in Gemeinden und Kreisen aufgestellt worden.

Danauch soll vor allem verlangt werden, daß in den Ordnungen die persönlichen Steuerbefreiungen vorgehoben werden, mindestens aber die Befreiung des Fiskus des Deutschen Reiches und des preussischen Staates. Ohne Ausnahme soll bestimmt werden, daß alle Erwerbungen von Todes wegen oder auf Grund einer Schenkung unter Lebenden im Sinne des Reichserbschaftsteuergesetzes sowie alle Besitzveränderungen, denen sich die Beteiligten aus Gründen des öffentlichen Wohles zu unterwerfen gesetzlich verpflichtet sind, von der Wertzuwachssteuer frei zu lassen sind. Bei den Enteignungen soll es keinen Unterschied machen, ob sie selbst durch Enteignungsbeschluss oder durch freiwillige Veräußerungsgeschäfte bewirkt werden. Die Wertzuwachssteuer darf 25 Prozent des steuerpflichtigen Wertzuwachses nicht übersteigen. Für den Fall der Wertzuwachssteuer zwischen einer befreiten und einer nicht befreiten Person ist dafür Sorge zu tragen, daß die befreite Person in ihrem Vorrechte sichergestellt wird und sie dies nicht durch Abwälzung der Steuer auf den Gegner wieder einbüßt. Für die Rückwirkung der Wertzuwachssteuerordnungen wird empfohlen, diese Bestimmung aufzunehmen, durch die die Erlassung eines vor Erlaß der Steuerordnung eingetretenen Wertzuwachses in angemessener Weise beschränkt wird, etwa derart, daß wenigstens der Teil einer Wertsteigerung, der länger als 10 Jahre vor dem Inkrafttreten der Ordnung entstanden ist, von der Besteuerung ausgenommen bleibt. Für den Fall besonderen örtlichen Bedürfnisses kann diese Frist entsprechend verlängert werden.

Einer Umgehung der Steuer soll dadurch vorgebeugt werden, daß sie auch beim Wechsel im Personenbestande von Gesellschaften mit beschränkter Haftung, Kommanditgesellschaften, Gewerkschaften, eingetragenen Genossenschaften und eingetragenen Vereinen, sowie offenen Handelsgesellschaften entsprechend erhoben wird. Diese Gesichtspunkte sollen bei der Genehmigung von Wertzuwachssteuerordnungen im Auge behalten werden.

Zwangserziehung und ihre Folgen.

Vor dem Schwurgericht in Straßburg hatten sich am Mittwoch 4 Jünglinge der Zwangserziehungsanstalt Hagena u. t. H. wegen des Mordes an einem Anstaltsbeamten bezw. Anstiftung hierzu zu verantworten. Die Verhandlung erbrachte den Beweis dafür, daß die Einrichtungen des gegenwärtigen Staates nicht geeignet sind, die Schäden der kapitalistischen Gesellschaftsordnung zu heilen. Von den 4 Angeklagten ist einer der Sohn einer armen Witwe mit 8 Kindern, die — weil sie für den Lebensunterhalt sorgen mußte — nicht die nötige Sorgfalt auf die Erziehung ihrer Kinder verwenden konnte. Bei zwei anderen Angeklagten waren die elterlichen Erzieher dem Trunke ergeben. Um die Kinder vor Verwahrlosung zu bewahren, brachte man sie in die Zwangs-„Erziehung“. Der vierte Angeklagte bekam zu Hause nicht genügend zu essen; um seinen Hunger zu stillen, stahl er Geld und eine Uhr. Der „Erziehung“ gelang es nicht, aus den jungen Leuten wirklich vollwertige Menschen zu machen. Wohl brachte sie es fertig, die schäblichsten Triebe auf einige Zeit mit der brutalen Zucht zu unterdrücken, aber sie verstand es nicht, die besseren Triebe in den Kindern zu pflegen und zu entfallen.

Die Angeklagten waren in der Schuhmacherabteilung der Anstalt beschäftigt. Hier waltete der Handwerker Bohon

seines Amtes als „Erzieher“. Er war — wie der Anstaltsdirektor als Zeuge ausfragte — ein stiller, ruhiger Mann, der aber so etwas Kaltes in seinem Umgange mit den Jünglingen hatte, daß er sich deren Herzen nicht gewinnen konnte. — Der am schwersten belastete Angeklagte Bronner — etwas exzentrisch veranlagt und leicht reizbar — wurde von Bohon mehrere Male hart ge-züchtigt und von ihm mit dem Schimpfnamen „Zigeuner“ belegt. Als sich Bronner über die Behandlung beim Direktor beschwerten wollte, sagte Bohon zu ihm, er wolle mit ihm ins Wäschlokal gehen, dort werde er seinen (Bronners) Kopf ins Wasser stecken, dann würde sein Joch schon vergehen. Der Angeklagte Budl, ein geistig beschränkter Mensch, blieb in seiner Ausbildung als Schuhmacher zurück. Er sollte deshalb ein halbes Jahr länger lernen. Der Angeklagte Koepfer litt an Bettlägerien; weil er dies einmal verschwiegen hatte, erhielt er auf Anordnung des Direktors 10 Stockschläge. Auch der vierte Angeklagte Demmerle ist mehrmals von Bohon geschlagen worden. Die Züchtigungen erweckten den Groll der Jünglinge. Als und zu wurden den Jünglingen zur Strafe die Haare kurz geschoren. Der Direktor sagte aus, daß die Beamten angewiesen seien, die Jünglinge nicht zu züchtigen. Das Recht, Strafen zu verhängen, habe nur der Direktor. Zur Züchtigung wird ein 8 Millimeter dicker Stock verwendet. Der Jüngling muß sich hücken und die Schläge selbst zählen! — Die 4 Jünglinge hatten nun den Entschluß gefaßt, einmal etwas zu unternehmen, um den Bohon loszuwerden. Zu diesem Zwecke sollte Bronner den Bohon mit dem Messer verletzen. Er erklärte sich zu der Tat bereit. Am kritischen Tage, als er nach einem Konflikt mit Bohon von diesem in Arrest geführt werden sollte, versetzte er dem B. einen Stich in die Brust, der tödlich wirkte. Im Verlaufe des Konflikts hatte Bohon dem Bronner mit dem Fuße in das Gesicht getreten. — Nach eintägiger Verhandlung wurde folgendes Urteil gefällt: Bronner wird zu 2½ Jahren, Budl zu 1½ Jahren Gefängnis verurteilt; die beiden anderen Angeklagten werden freigesprochen.

Angarn.

Die Krise vertagt.

Wien, 4. Juli. Der ungarische Ministerpräsident Teleki ist im Laufe des Vormittags vom Kaiser in längerer Audienz empfangen worden, wo er, wie verlautet, den Auftrag erhalten hat, das ungarische Abgeordnetenhause zu vertagen, weil der Kaiser seine Entschließungen erst nach der Rückkehr von der Eröffnung der Tauernbahn bekanntgeben wird.

Belgien.

Die Wehrvorlage.

Brüssel, 5. Juli. Auf Eruchen des Königs Leopold hat der Kriegsminister sein Entlassungsgesuch zurückgezogen, welches er infolge des Anstehens des Ministerrats in der Kammer wegen des Projekts der Reorganisation der Armee eingereicht hatte. Die Stellvertretung wird beibehalten, aber es ist zweifelhaft, ob das Projekt angenommen werden wird, denn es ist wahrscheinlich, daß ein Teil der Katholiken, der Liberalen und der Sozialisten dagegen stimmen werden.

Rußland.

Die zarentreue polnische Bourgeoisie.

Petersburg, 4. Juli. Die polnischen Reichsratsmitglieder der neuen Westgouvernements hatten dem Zaren eine Untertänigkeitsadresse überreicht, in der sie sich gegen die Beschuldigungen, nicht die Interessen des Reiches, sondern dem Reich feindliche zu vertreten, wenden und für die Polen überhaupt eintraten. Auf die stark byzantinisch gehaltene Adresse antwortete der Zar durch seinen Hofminister, daß er nie an der Untertreue polnischer Mitglieder gezwweifelt habe.

Türkei.

Das türkische Parlament gegen die Gewerkschaften.

Mit großer Mehrheit hat die türkische Kammer nach lebhafter Debatte einen Beschlusses beschlossen, der den türkischen Arbeitern die Gründung von Gewerkschaften verbietet! Die kraftvolle Demonstration, die am 19. Juni in Saloniki von 23 gewerkschaftlichen, sozialistischen und genossenschaftlichen Organisationen veranstaltet wurde, hat auf die jungtürkische Regierung also keinen Eindruck gemacht. Der Minister des Innern, Ferid Pascha, der im Parlament gegen die Koalitionsfreiheit der Arbeiter sprach, hat den Sieg davongetragen über die armenischen Abgeordneten, die sich sofort mit aller Energie gegen Ferid Pascha gewandt hatten.

Die reaktionäre Haltung der Regierung und der Parlamentsmehrheit wird über kurz oder lang schon die erforderliche Korrektur bilden. Dafür bürgt die Kraft, die in der türkischen Arbeiterschaft schlummert. Existieren doch bereits Gewerkschaften der griechischen Zigarettenpapierarbeiter, Seifenarbeiter, Handlungsgehilfen, Schneider, Buchdrucker, Tischler, Marmorarbeiter, Schuhmacher, Tabakarbeiter, Arbeiter der Staatsmonopole, städtische Arbeiter, ferner der jüdischen Seifenarbeiter, Handlungsgehilfen, Schneider, Tischler, Marmorarbeiter, der bulgarischen Buchdrucker, türkischen Eisenbahnarbeiter, Gasarbeiter usw. Den Fortschritt des Proletariats werden Ausnahme- und Knebelgesetze in der Türkei ebensowenig aufzuhalten vermögen, wie das in anderen „Kulturländern“ der Fall gewesen ist.

Die Jungtürken an die Griechen.

Konstantinopel, 3. Juli. In einem Aufruf erwähnt das jungtürkische Komitee für Einheit und Fortschritt die griechische Bevölkerung zur Unabhängigkeit an das Vaterland und warnt sie auf das eindringlichste, den Aufregungen griechischer Sendlinge und Offiziere Gehör zu schenken. Der Aufruf ländigt sodann strenge Maßregeln gegen die griechische Propaganda an.

Perlien.

Ein Erfolg der Schahsofaken.

Teheran, 4. Juli. (Mitteilungen der Petersburger Telegraphen-Agentur.) Wie der Dragoman der russischen Gesandtschaft Baranowski und der Militärattaché der englischen Gesandtschaft Major Stokes aus Schahabad berichten, wurden die Revolutionäre von den Kosaken des Schahs gefangen und hatten zwölf Tote; auf Seite der Kosaken sind ein Offizier und zwei Mann gefallen, zwei Mann verwundet.

Amerika.

Eine Bundes-Einkommensteuer.

Washington, 5. Juli. Der Senat hat heute die Resolution Abrieh angenommen, die im Sinne der jüngsten Volkssache des Präsidenten eine Verfassungsänderung zum Zwecke der Einführung einer Einkommensteuer vorsieht.

Der Maximaltarif.

Washington, 4. Juli. Die gestern vom Senat angenommenen Bestimmungen des Maximaltarifs ermächtigen den Präsidenten, einen Zuschlagssatz von 25 Prozent auf Waren aus solchen Ländern zu legen, die nach seiner Ansicht die Vereinigten Staaten nicht ebenso behandeln wie andere Länder. —

Gewerkschaftliches.

Maifeier und Metallarbeiter.

Der in Wien erscheinende „Oesterreichische Metallarbeiter“ bringt in seiner letzten Nummer ein Nachwort zum Verbandstag der deutschen Metallarbeiter, das sich in ausführlicher Weise speziell über die Frage der Maifeier äußert und darüber unter anderem sagt:

„Für uns Oesterreicher ist der Beschluß über die Maifeier besonders schmerzhaft. Was die österreichische Arbeiterschaft in politischer wie in gewerkschaftlicher Beziehung der Maifeier verdankt, ist in die Tafeln der Geschichte Oesterreichs eingeschrieben. Die Maifeier ist aufs engste verknüpft mit der ganzen Auffassung der österreichischen Arbeiter von ihrem Befreiungskampfe. Und als Trophäe aus dem Kampfe gegen den Kapitalismus haben die Metallarbeiter Oesterreichs in zahlreiche Tarifverträge die Anerkennung des Festtages der Arbeiter gesetzt. Die Maifeier hat sicherlich zur Stärkung der österreichischen Gewerkschaftsbewegung in unübertrefflicher Weise beigetragen. Aber wir wissen, daß in keinem Lande der Welt die Maifeier die außerordentlich hohe Bedeutung gewonnen hat, wie gerade in Oesterreich. Das Unternehmertum neigte sich in Deutschland unverhältnismäßig kräftiger gegen die Maifeier als in Oesterreich. Nur ganz vereinzelt gelang es den Arbeitern, die formelle Anerkennung des Maifeiertages von den Unternehmern abzuringen. Für die überaus große Mehrheit der Arbeiter und insbesondere für die im Metallarbeiterverband besonders in Betracht kommenden Arbeiter der Großindustrie brachte jede Maifeier Gefahren der Aussperrung, der Maskegelung, des wirtschaftlichen Kampfes mit sich. Diesen wirtschaftlichen Kampf ohne direkten praktischen Nutzen, diese Kämpfe alljährlich wiederkehrend mit unberechenbarer Größe des Risikos schienen dem Metallarbeiterverbande eine ganz besonders große Gefahr für die Finanzen und damit auch für die Kampffähigkeit der Organisation. Auf zahlreichen Verbandstagen des Metallarbeiterverbandes, in einer besonderen umfangreichen Denkschrift wurde über die Maifeier gesprochen.

Die schärfste Stellungnahme finden wir auf der letzten Generalversammlung. Sie ist, wie wir glauben, vor allem dadurch zu erklären, daß die wirtschaftliche Krise den ganzen Verbandstag in hohem Maße beeinflusste. Der mißglückte Versuch, auf dem Nürnberger Parteitag zu einer Regelung der Maifeier und der Leistungen der Gewerkschaft und der Partei für die Opfer der Maifeier zu gelangen, haben wohl auch auf die Beschlüsse in Hamburg gewirkt. Kollege Reichel stellt in seinem Referat über die Maifeier auf dem Verbandstage die Behauptung auf, daß die Maifeier in der Vergangenheit auf die Verkürzung der Arbeitszeit anregend gewirkt habe, daß sie auch die internationalen Beziehungen der Arbeiter fördere und die Friedensliebe wesentlich gestützt habe. Reichel meint, daß es nicht möglich sei, die Arbeitsruhe am 1. Mai in der Metallindustrie in größerem Maße zu begehen und daß man deshalb die unseren Lesern schon bekannte Resolution annehmen müsse, das heißt die Arbeitsruhe nur da eintreten zu lassen, wo dies ohne Schädigung der wirtschaftlichen Interessen der Arbeiter möglich ist, wobei nur auf die nächstliegenden Vorbehalte und Nachteile und auf die Vermeidung einer Unterstützungspflicht durch die Organisation Rücksicht genommen wird. Von dem Vorrechte der Gewerkschaften, rein praktisch und sachlich die wirtschaftlichen Gegenwartsinteressen in den Vordergrund stellend, ihre Beschlüsse zu fassen, machte auch Kollege Sebering vollen Gebrauch. Aus seiner Rede haben wir folgenden Satz hervorzuheben: Weil im Laufe der Jahre die Maifeierfrage eine Frage der gewerkschaftlichen Organisation geworden ist, deshalb sind wir verpflichtet, in aller Deutlichkeit auszusprechen, daß die Gewerkschaften nicht gut daran tun, Gemahregelte und Aussperrte, die aus Idealismus den 1. Mai durch Arbeitsruhe feiern, aus gewerkschaftlichen Mitteln zu unterstützen. Genosse Sebering meint, man müsse 365 Tage im Jahre den Idealismus an den Tag legen, den nur auf den 1. Mai zu konzentrieren andere wollen.

Bekanntlich wurde über die Resolution ohne Debatte abgestimmt. Freilich ist so vieles in zwanzig Jahren über die Maifeier geschrieben und gesagt worden, daß neues hinzuzufügen nicht leicht ist. Man kann auch sagen, daß vermutlich alle Delegierten zur Generalversammlung mit bestimmten Meinungen gekommen sind, so daß auf eine überzeugende Kraft der Reden nicht gerechnet werden konnte. Trotzdem waren wir etwas erstaunt, keine Feststellung des Standpunktes der Minderheit gelesen zu haben. Die Resolution läßt natürlich mancherlei Auslegung zu, aber daß sie als eine Warnung vor der Arbeitsruhe aufgefaßt werden soll, ist wohl die allgemeine Uebersetzung. Diese Warnung wird aber manchen schweren Zwiespalt in zahlreichen Metallarbeitern hervorrufen. Wohl sind Partei und Gewerkschaften zwei große Ströme, die getrennt fließen, aber doch sind die Millionen Tropfen, die jeden der beiden Ströme bilden, die gleichen. Die Partei regt auf den deutschen Parteitag wie auf den internationalen Kongressen zur Feier des 1. Mai an, die Gewerkschaft sagt den gleichen Personen: Ihr tut eigentlich besser, auch die Arbeitsruhe des 1. Mai aus dem Kopfe zu schlagen. Wohl sucht man äußerlich den Widerspruch der Beschlüsse möglichst wenig in Erscheinung treten zu lassen, die Kommentare der Beschlüsse werden dies desto deutlicher tun. Dieser innere Zwiespalt in vielen Arbeitern erscheint uns eine wenig erfreuliche Tatsache. Er wirkt aber nicht bloß auf das Gemütsleben des einzelnen Arbeiters, er ist auch nicht geeignet, die Arbeiterbewegung in ihrer dem Segner so imponierenden Einheit und Einigkeit zu stärken.

Das Unternehmertum wird in den Beschlüssen des Metallarbeiterverbandes einen Erfolg sehen, einen Verzicht auf einen Arbeiterwunsch, den die Unternehmer stets abgelehnt haben. Es wird darin eine Einengung des Kampffeldes, eine gewisse Nutzlosigkeit der Arbeiter, vielleicht auch eine Anfeuerung im Kampfe gegen die Arbeiter finden. Die klügeren Unternehmer werden die Wirkung der großen wirtschaftlichen Krise auf diesen Beschluß sicherlich richtig einschätzen, aber für die ganze Stimmung im Kampfe zwischen Kapital und Arbeit wird der Beschluß den Unternehmern erfreulicher sein wie den Arbeitern. Wir wissen ganz wohl, daß das nur ein Stimmungsmoment ist, aber auch diese Stimmungen sind im Kriege und bei der Vorbereitung zum Kriege nicht gleichgültig. Wir zweifeln durchaus nicht, daß die verantwortlichen Personen im deutschen Metallarbeiterverband und die Delegierten auf dem Verbandstag zu ihrem Beschluß bestimmt wurden durch die Uebersetzung, daß gerade ein verstärkter Kampf gegen das Unternehmertum, eine viel bessere Ausnützung der Kampfmittel, eine viel nützlichere Verwendung der finanziellen Kraft, eine viel sichere Subventionierung der Geldmittel möglich sein wird, wenn die Maifeier nicht mehr in Rechnung gezogen werden muß. Daß wir über diese Dinge stets anderer Meinung waren und durch die Erfahrung in dieser Meinung bestärkt wurden, daß wir in der Maifeier nicht nur ein Moment des Idealismus,

sondern auch ein die gewerkschaftliche Agitation und Aktion anfeuerndes Mittel sehen, brauchen wir nicht zu betonen. Die Entwicklung hat uns recht gegeben. Wir empfinden es als eine schmerzliche Erscheinung, daß wir am 1. Mai feiern, daß unsere Brüder im Reiche auch an diesem Tage fronden müssen.“

Der Artikel schließt: „Wir werden glücklich sein, wenn künftige Generalversammlungen Beschlüsse fassen werden, denen wir in jeder Hinsicht freudig zustimmen können.“

Deutsches Reich.

Im deutschen Holzgewerbe

hat sich die Konjunktur in den letzten Wochen gebessert und zeugt es für die Schlagfertigkeit des Deutschen Holzarbeiterverbandes, wenn mit diesem Augenblick schon eine lebhaftere Lohnbewegung einsetzt. Gegenwärtig sind es 44 Orte, in denen die Holzarbeiter am Werke sind, ihre Löhne zu verbessern. Einige bedeutungsvolle Kämpfe seien hier genannt.

In Nürnberg wird der Streik mit aller Schärfe fortgesetzt, da die Unternehmer über ihre geringen Zugeständnisse noch nicht hinausgegangen sind. Die Streikenden stehen auch in der neunten Woche so geschlossen da, wie beim Beginn des Streiks. Arbeitswillige sind fast gar nicht vorhanden.

Der Vorsitzende des Einigungsamtes für das Holzgewerbe in Westfalen, Herr Beigeordneter Rath-Essen, hat die Arbeitgeber und Arbeiter aus Hagen und Reddinghausen zum 6. Juli zwecks Verhandlungen nach Essen vor das Einigungsamt geladen. Wenn es hier zur Einigung nicht kommt, wird die Arbeitseinstellung in Hagen sofort und in Reddinghausen nach Ablauf der Kündigungsfrist erfolgen.

In Passau wurde ein Vertrag auf zwei Jahre abgeschlossen, die Arbeitszeit von 60 auf 58 Stunden pro Woche verkürzt und eine Lohnerhöhung von 2,40 M. wöchentlich erreicht.

In Eilenburg wurde der Vertrag seitens der Arbeiter gekündigt.

In Magdeburg sind den Arbeitgebern Forderungen unterbreitet, und zwar wird verlangt Einführung der 58stündigen Arbeitszeit, bisher 54 Stunden pro Woche und 8 Pf. Lohnerhöhung pro Stunde, sowie einheitlicher Akkordtarif für alle Betriebe mit den üblichen Nebenforderungen. Am gestrigen Montag wurde in allen Tischlereien und Drechslerereien, deren Inhaber den geforderten Vertrag nicht bewilligt hatten, die Arbeit nicht wieder aufgenommen. Die Zahl der Bewilligungen ist eine erhebliche.

Die Tischler im Plauenischen Grund beabsichtigen, den Dresdener Vertrag für ihren Bezirk durchzuführen.

In Rathenow verlangen die Tischler Verkürzung der Arbeitszeit von 58 auf 54 Stunden pro Woche, eine Lohnerhöhung von 5 Pf. und 45 Pf. Mindestlohn pro Stunde.

In Eiberfeld-Barmen haben die Stellmacher die Arbeit eingestellt, weil ihre Forderungen abgelehnt wurden.

Die Streiks in Amberg, Remmigen, Wörishofen, Sensburg, Friedland, Ronig, Neuhausen, Muskau, Fürstenwalde, Herford, Lage, Steinheim, Willingen und Loth bauern fort.

Auch in Frankenhäusern dauert der Streik der Knochendrecker immer noch fort, und zwar jetzt schon 10 Wochen. Die Unternehmer wollen die Arbeitsverhältnisse der Arbeiter verschlechtern, was diese sich nicht gefallen lassen können.

In Augsburg haben die Tischler die Arbeit eingestellt, weil ihnen zugemutet wurde, für Nürnberg Streikarbeit zu machen. Neben der Lieferung von Streikarbeit, um die sich der Schutzverband besonders bemüht, wird der Bettelack jetzt für die Nürnberger Arbeitgeber geschwungen. Der Schutzverbandstag hat den Nürnbergern seine „vollste Sympathie“ ausgesprochen! Aber weil das Geld bei ihm sehr rar ist, kann man nicht in den Beutel der Hauptkasse hinein und schüttet darum die kurze Mitgliedschaft der Nürnberger Unternehmer vor. — diese gehören ein Jahr zu der Firma Kahardt — um nicht zahlen zu brauchen. Dafür werden Sammellisten in ganz Deutschland ausgegeben und dringend um die nötigen Beiträge ersucht. „um zu beweisen, daß Solidarität bei den deutschen Tischlermeistern kein leerer Hohn ist.“

Die Nürnberger Meister wird man hierdurch vor der Bewilligung der Forderungen auch nicht retten; aber der Schutzverband hat seine „Macht“ einmal wieder gezeigt!

Zum Auslande der städtischen Arbeiter in Kiel.

Obgleich die Arbeitswilligen die Revolber abgegeben haben wollen, finden noch täglich Revolberbeschreibungen statt. Sonnabendmorgen wurden im Stadtteil Wil bei der Gasanstalt Arbeitswillige von Streikenden angedröht und auf ihre unsolidarischen Verhalten aufmerksam gemacht. Die Arbeitswilligen schossen sofort mit den Revolvern, wobei einer der Streikenden in den Rücken getroffen wurde. Sonnabendabend gegen 9 Uhr schossen die Arbeitswilligen bei der Houdrette anstalt mit Revolvern. Es kam natürlich wieder zu einem Aufstande und zu einer Schlägerei, wobei mehrere unbeteiligte Personen verletzt wurden. Ein Steinwehr, der gerade von seinem Nachbarn kam, wurde verhaftet und auf die Polizeiwache im Straßenreinigungsbureau geführt, wo er von den herandrängenden Arbeitswilligen aufs schlimmste beschimpft und von ihnen sogar mit einer Flasche geschlagen wurde, so daß er umfiel, ohne daß die anwesenden Schuppleute gegen die Attentäter vorgehen. Sonntagmittag sind im Streikbureau unter einem großen Aufgebot von Kriminalbeamten die Listen, die die Streikleistung über die Streikposten führt, polizeilich beschlagnahmt worden. — Um die Arbeitswilligen noch länger behalten zu können, will der Streikbrecherbetreiber eine Kolonne aus Essen zu evtl. Diensten für München in Bereitschaft halten.

Daß der Wochenchronist der „Deutschen Arbeitgeberzeitung“ die „Brandstiftung“ der Kieler Arbeiter mit seiner philosophischen Tünche begießen würde, verstand sich am Rande. Jeder, der von der Schauermär der Brandstiftung hörte, mußte sich verwundert fragen, was es denn wohl für einen Zweck haben sollte, wenn die Streikenden einen alten, außerhalb der Stadt gelegenen Hängeschuppen in Brand stecken. Der moderne Diogenes mit dem weniger klassischen Namen Kuh hat entdeckt. Der dem Kaiser alljährlich dargebrachte ehrfürchtige Gruß in Gestalt einer Illumination sollte heute durch ihre eigenartige Vereinerung dieser Beleuchtungseffekte, eben durch Abbrennen dieses Ritzschuppens, erhöht werden. Wir glauben zwar, daß sich die Streikenden auch gegen eine solche ihnen unterstellte patriotische Handlung verwehren würden. Bei der Philosophiererei kommt es Herrn Kuh auch sonst auf eine handvoll Noten nicht an. Aus dem einen Schuppen macht er:

„Ganze Schuppen wurden mit Petroleum begossen und in Brand gesteckt, und eine gewaltige Lohe konnte dem Herrscher Deutschlands verbrühen, daß er sich im Dankkreis einer Stadt befindet, die in Theorie und Praxis seit langem einen heftigen Kampf gegen sozialistische und demokratische Strömungen auszuspielen hat.“

Später redet er noch davon, daß die Streikmulte von Brandstiftung, Nord und Totschlag begleitet sind. — Klümpchen gehört zum Handwerk und somit Schwindeln zum Gewerbe der bürgerlichen Prekariosen.

It is in diesem Falle auch ein bißchen zu stark aufgetrieben, so verfehlt es doch die Wirkung nicht: Die Leser der „Deutschen Arbeitgeberzeitung“ verlieren das Gefühl vor den streikenden Arbeitern und der Hydra der Revolution nicht. Nicht alle Leser aber dürften diese Halluzinationen mit ernsthaftem Gesichte lesen.

Verlorene Schlacht.

Eine von fast allen noch in Striegau anwesenden streikenden Steinarbeitern besuchte Versammlung beschloß noch länger, aber ruhiger Debatte mit 88 gegen 69 Stimmen, den Streik abzubrechen und am Montag die Arbeit wieder aufzunehmen. Es hatten sich diese Woche fünf Streikbrecher gefunden und, um die Organisation geschlossen zu halten, lassen die Steinarbeiter lieber die 6 Prozent fahren. Die Steinbruchbesitzer haben scheinbar gesiegt, aber sie werden darüber selbst nicht froh werden, denn die Steinarbeiter haben ihren Verband noch. 15 Wochen haben die Arbeiter standgehalten und geschlossen, wie sie die Betriebe verlassen, kehren sie wieder ins alte Joch zurück, um Kräfte zu sammeln für einen späteren Angriff.

Ein muthergütiger katholischer Arbeiterführer.

In Oberschlesien sollten vom 7. Juli ab sämtliche Maurer und Zimmerer ausgesperrt werden. Der Führer der katholischen Facharbeiter, Reichstagsabgeordneter Dr. Fleischer, hat sich mit dem Unternehmerverband in Verbindung gesetzt und erzielt, daß die katholischen Facharbeiter arbeiten dürfen, während die freiozialisierten und die christlichen Maurer ausgesperrt werden. Die katholischen Facharbeiter dürfen jedoch Arbeitswilligendienste leisten.

Ausland.

Die Tischler und Maschinenarbeiter Wiens

sind seit 21 Wochen ausgesperrt, ohne daß ein Ende des Kampfes abzusehen wäre. Der Arbeitgeberverband für das deutsche Holzgewerbe hat nun den Wiener Tischlermeistern von seiner Generalversammlung ein Sympathiegramm geschickt, worin denselben „voller Erfolg“ gewünscht wird. Nun sind ja der österreichische Schrankmacherverband, die „Vereinigung der Tischler Niederösterreichs“, wie er sich nennt, und der Bahardische „Schutzverband“ Leidensgefährten von jeher gewesen. Und bei dieser Aussperrung der Wiener Tischler wird der „volle Erfolg“ der Meister sich dem „vollen Erfolg“ des Schutzverbandes vom Jahre 1907 würdig anreihen, nämlich in einem gründlichen Fiasko bestehen. Die Wiener Tischlermeister verlangen im vergangenen Winter den Abschluß eines neuen Vertrages, der gegen den früheren erhebliche Verschlechterungen aufwies. Als derselbe von der Arbeiterschaft abgelehnt wurde, beschloß man mit großem Tamtam die Aussperrung für Wien, welche dann auf ganz Niederösterreich ausgedehnt werden sollte. Aber die Wiener Tischlermeister leisteten nur in geringer Anzahl Heeresfolge und im übrigen Oesterreich versagte man die Gefolgschaft vollständig. Von den 800 Mitgliedern der „Vereinigung“ sperrten nur 384 ihre Gesellen aus. Die Zahl der ausgesperrten Arbeiter betrug rund 3000, von denen gegenwärtig nur noch die Hälfte vorhanden ist. Wenn man in Betracht zieht, daß in Wien rund 12000 Tischler beschäftigt werden, ist ersichtlich, daß die ganze Aktion von vornherein verpufft war. Das wird aber erst ins rechte Licht gerückt, wenn man weiß, daß die Behörden sich auf der ganzen Linie auf die Seite der Unternehmer stellten. Der Wiener Magistrat entsandte die „Geheimschaftsfunktionäre“ ihres Amtes, und zwar den Geheimschreiber Widholz, den Obmannstellvertreter Pech und den Schriftführer Tomandl. Gleichzeitig wurde ausgesprochen, daß sie neben ihrer Funktion als Geheimschaftsfunktionäre der Tischlergenossenschaft in Wien auch ihrer sonstigen Funktionen, die ihnen als Vertreter der Geheimschrankenkasse aber in anderen innerhalb der genannten Genossenschaft bestehenden Einrichtungen anvertraut sind, enthoben sind, und zwar, weil sie nicht regelmäßig bei einem Mitglied der Genossenschaft beschäftigt werden.

Die Stahlfabrikbetriebe wurden während des Kampfes von der Gefandepolizei auf das schärfste kontrolliert und verschiedene „versteigert“. Mit Materialsperrung wurde in der schärfsten Weise vorgegangen, wobei Magistratsbeamte sich nicht scheuten, ihre amtliche Eigenschaft zur Beeinflussung der in Frage kommenden Personen zu benutzen. Die Besperrungssituationen wurden als Streikbrecherermittelung benutzt und die Polizei führte die wandernden Tischler nach dem Arbeitsnachweis der „Vereinigung“ in Wien, mit der Androhung des „Schub“. — Die „Sicherheitswachen“ gingen ebenso rücksichtslos gegen Streikposten vor, wie dieses in Preußen üblich — und das will im Lande der „Wurstelei“ viel sagen.

Dazu kam, daß der christliche Holzarbeiterverband sich bereit erklärte, die nötigen Arbeitswilligen zu stellen. Ganz wie beim Streik der Kölner Holzarbeiter! —

Alles dieses in Rechnung gestellt, ist es geradezu betwundernswert, daß der „Oesterreichische Holzarbeiterverband“ die Pläne der Unternehmer bisher durchkreuzt hat, so daß die „Vereinigung“ heute froh wäre, wenn der Kampf zu Ende ginge. Man ist nämlich jetzt bereit, organisierte Geheimschrank einzustellen, wenn sie nur kommen würden. Aber die Arbeiter wollen erst wissen, unter welchen Bedingungen sie in Zukunft arbeiten sollen und verlangen insbesondere eine entsprechende Verkürzung der Arbeitszeit. Daß die Arbeitgeber am Schluß ihres Rates angekommen sind, beweist, daß der „Oesterreichische Arbeitgeberverband“ mit der Aussperrung sämtlicher Wiener Metallarbeiter droht. Es ist die reine Versteigerung, wenn man hierzu greifen würde; aber erreichen wird man auch damit nichts. Die Glückwünsche des Herrn Kahardt haben nun aber einen merkwürdigen realen Hintergrund. Vor zwei Jahren sind bei der Aussperrung in Berlin große Aufträge in Wohnungseinrichtungen nach Wien gegangen. Nach Beendigung des Kampfes sagten die Macher vom Schutzverband recht lebhaft darüber, daß „ganze Waggons“ Wiener Möbel nach Berlin eingeführt würden, und das ist bis heute so geblieben. In Wien waren die tüchtigen Arbeitskräfte sparsam und schon während des Berliner Kampfes wurden Hunderte reichdeutscher Arbeiter, darunter eine große Anzahl Berliner, in Wien eingestellt. Der Berliner Industrie ist es bisher noch nicht möglich gewesen, die Kundenschaft zurückzugewinnen. Wenn nun die Wiener Möbelindustrie an den Rand des Ruins geführt wird, dürfen die Berliner Möbelindustriellen damit rechnen, ihre Kundenschaft wieder zu bekommen, weil Wien dann nicht lieferungsfähig ist. Wenn die Wiener Tischlermeister ihre Hoffnung auf Erfolg nicht bald aufgeben, ist die Wiener Möbelindustrie zum Teil ruiniert. Die Betriebe, welche bei dem Kampf in Frage kommen, sind vornehmlich für den Export eingerichtet, und das Glückwunschkommuniqué an die Wiener Meister hilft vielleicht mehr bei der Hebung des Berliner Gewerbes wie die Ausstellung am Zoo! —

Die Holzarbeiter Deutschlands stehen hinter ihren Wiener Kollegen und werden alles tun, um denselben zum Siege zu verhelfen; daran wird auch ein weiteres Glückwunschkommuniqué nichts ändern. Die Hauptsache ist, daß der Zug von Wien streng ferngehalten wird.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Zum Geheimratsprozeß.

Die Beweisaufnahme wurde Punkt 12 Uhr nachts beendet. Dann erklärte der Nebenkläger Prof. Schmidt, der schon vorher gezeigt hatte, daß er außerordentlich abgepannt war, daß er nicht mehr imstande sei, der Verhandlung zu folgen. Es blieb unter diesen Umständen nichts übrig, als die Verhandlung auf Dienstag 10 Uhr zu verlagern. Abdann sollen die Plaidoyers beginnen.

Ohne Feigenblatt?

Konstantinopel, 5. Juli. (W. Z. W.) Die Deputiertenkammer hat einen Antrag angenommen, zur Erinnerung an die Einführung der Verfassung den 23. Juli als nationalen Festtag zu feiern.

Gaul Singer & Co., Berlin SW. Hierzu 2 Beilagen u. Unterhaltungsbl.

Reichstag.

275. Sitzung vom Montag, den 5. Juli, nachmittags 1 Uhr.

Am Bundesratsstische: Sydow, v. Rheinbaben.

Erster Gegenstand der Tagesordnung ist die

Zweite Beratung eines Gesetzes wegen Aenderung des Schankgefäßgesetzes.

Der Entwurf schlägt vor, Schankgefäße zuzulassen, deren Inhalt vom halben Liter abwärts durch Stufen von Zwanzigsteln (statt bisher Zehnteln) des Liters gebildet wird. Ferner soll die höhere Verwaltungsbehörde befugt sein, den Mindestbetrag des Abstands zwischen Küstlich und Rand von einem Zentimeter auf zwei Zentimeter zu erhöhen.

Abg. Neuner (natl.) beantragt die Uebersetzung des Entwurfs an eine Kommission, damit Uebergangsbestimmungen geschaffen werden.

Abg. Jubel (Soz.):

Es muß Klarheit geschaffen werden, ob die nur auf Zehntel eines Liters gerichteten Gefäße der Nachreichung bedürfen. Wie soll es ferner mit den Weibiergläsern gehalten werden? Auch eine Uebergangszeit zur Ermöglichung der Nachreichung muß geschaffen werden. Dem Gastwirt, der in gutem Glauben Gläser kauft, werden sie von der kontrollierenden Polizei konfisziert und außerdem wird er gerichtlich bestraft. Es müssen Skatellen geschaffen werden, daß nicht der Gastwirt, der die unrichtig gerichteten Gläser in gutem Glauben kauft, bestraft wird, sondern der Fabrikant, der sie fabriziert. Aus allen diesen Gründen verlangen wir die Uebersetzung des Entwurfs an eine Kommission von 14 Mitgliedern. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Geheimrat v. Jonquieres: Die auf Zehntelliter gerichteten Gläser sind nach diesem Gesetzentwurf auch in Zukunft zulässig; daneben sollen auch in Zwanzigstelliter gerichtete Gefäße gestattet sein. Das Gesetz soll die Abwälzung der Kosten der Braukauer auf die Konsumenten ermöglichen. Deshalb ist es praktisch, wenn es ohne Uebergangszeit zugleich mit dem Braukauergesetz in Kraft tritt.

Der zweite Teil des Gesetzes bezieht sich im wesentlichen auf Mißbräuche beim Einschenken in Süddeutschland.

Abg. Dr. Fackelde: Auch wir schließen uns dem Wunsche auf Kommissionsberatung an. Hoffentlich arbeitet die Kommission sehr schnell.

Abg. Jubel (Soz.): Wenn nach dem zweiten Teil des Gesetzes das Schaumraummah größer wird, so werden fast sämtliche Gläser einer Nachreichung unterzogen werden müssen. Schon deshalb ist eine Uebergangszeit nötig. Es muß also in der Kommission gegen willkürliche Schädigung der Gastwirte durch das Gesetz Sicherheit geschaffen werden.

Damit schließt die Diskussion. Der Entwurf wird an eine Kommission von 14 Mitgliedern verwiesen. Dagegen stimmen die Rechte und das Zentrum, die nur schwach befeht sind.

Es folgt die

Zweite Beratung über das Erbrecht des Staates.

Die Kommission beantragt, den Entwurf abzulehnen.

Abg. Dr. Junk (natl.): Wir müssen Verwahrung dagegen einlegen, daß eine Gesetzgebung, die diesen Entwurf vorschlägt, etwa den Familienstern zerstört. Es kann gar keine Rede davon sein, daß dieses Gesetz etwa einen kommunistischen Gedanken fördert. Wir stimmen seinem Grundgedanken, der im Volke populär ist, zu. Wenn es einmal zur definitiven Finanzreform kommt, werden wir auch den Gedanken der Erbschaftsteuer, der ebenso gesund und populär ist, wieder aufnehmen. (Bravo! links.)

Abg. Dove (fr. Vg.): Auch wir halten den Grundgedanken der Vorlage für einen gesunden sozialen und stimmen dem Gesetze zu. Wir halten die Vorlage für weit besser als manches der Hundstagsprodukte, die uns in den letzten Tagen vorgelegt sind. (Sehr gut! links.)

Abg. Ulrich (Soz.):

Ein angefallenes Vermögen ist nicht das alleinige Produkt eigener Arbeit des Besitzers, sondern der gemeinsamen Arbeit aller in Frage kommenden Faktoren. Aus diesem prinzipiellen Grunde meinen wir, daß das Erbrecht des Staates an sich eine gesellschaftliche, soziale Gerechtigkeit hat. Deshalb dreht es sich für uns bei dieser Vorlage lediglich darum, diesen sozial berechtigten Gedanken festzulegen. Aber ich will von vornherein ausdrücklich erklären, daß wir mit der Vorlage, wie sie von den Verbündeten der Regierung gemacht ist, im einzelnen nicht einverstanden sind. Für ein wirklich erfolgreiches Erbrecht des Staates genügen die gemachten Vorschläge keineswegs. Wir weichen in unserer Auffassung über die Bedeutung der zur Finanzreform vor-

gelegten Gesetze von der Auffassung aller anderen Parteien ab und werden uns bei diesem Gesetze lediglich von dem in ihm liegenden sozialen Gedanken treiben lassen und bei unserer Abstimmung in der zweiten Lesung lediglich dem sozialen Prinzip zustimmen. Was wir in der dritten Lesung tun werden, hängt im wesentlichen davon ab, wie dieses von uns als richtig erkannte Prinzip zum Durchbruch gelangt.

Zur Vorlage selbst meine ich, daß der Antrag der Kommission nur eine durchaus konsequente Handlung ist im Hinblick auf das, was wir von der Mehrheit bereits gesehen haben. Der neue schwarze Block, der Schnapsbrüderblock (Heiterkeit), hat als ausgesprochenes Prinzip für seine ganze Finanzreform tatsächlich den Satz aufgestellt: die Besitzenden zu schonen und nur die Nichtbesitzenden zu belasten. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Es kann doch niemand leugnen, daß die Biersteuer, die Tabakbelastung, die Belastung des Brautweins im wesentlichen die Gewerbmittel der ärmeren Volksschichten belasten.

Nachdem es den Konservativen mit ihren Verbündeten, dem Zentrum und den Polen, gelungen ist, diese Belastung durchzudrücken, halte ich es nur für durchaus folgerichtig, daß die Herren nun verlangen, dieses Erbschaftsrecht des Staates soll beseitigt werden. Ich sehe eigentlich nicht recht ein, woher die gewaltige Aufregung der Herren rührt, welche den Entwurf pure ablehnen wollen. Die von den Herren angegebenen Gründe treffen meiner Auffassung nach keineswegs zu und können wohl von der Mehrheit selbst nicht ernst genommen werden. (Sehr richtig! links.) Schon die Geschichte mit dem Familienstern ist mehr als fadensteinig. Wie kann es den Familienstern zerstören, wenn Familienmitglieder dritten, vierten, fünften, sechsten, siebenten Grades, an die der Erblasser gar nicht mehr gedacht hat, die vielleicht selbst nicht gewirbt haben, daß sie noch einen reichen Onkel oder etwas Derartiges haben, nicht mehr erben dürfen und an ihre Stelle der Staat tritt? Wenn die Herren den Familienstern retten wollten, so hätten sie Gelegenheit dazu gehabt bei der Belastung der Lebens- und Gewerbmittel. Nichts zerstört den Familienstern mehr, als wenn der Lohn zum Haushalt des Arbeiters nicht mehr ausreicht, Brot, Mehl, Fleisch teurer werden und die Frau am Ende der Woche fragen muß, wie sie mit dem Lohn des Mannes den Haushalt bestreiten soll. (Lebhaftes Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Und diese Zerstörung des Familiensterns wird gerade am besten mit Ihrer (nach rechts) Besteuerung der notwendigsten Lebens- und Gewerbmittel in wirklicher Weise erreicht. (Lebhaftes Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Was will nun der Entwurf? Er will ganze 5 Millionen Mark aus diesem Erbrecht des Staates. Bei den 500 Millionen, die im ganzen für die Finanzreform verlangt werden, ist das eine Summe von ganz geringer Bedeutung. Diese bescheidene Forderung der Regierung, die uns absolut nicht befriedigt, ist in der Kommission mit Argumenten belängt worden, die unmöglich auch von denen, die sie gebraucht haben, im Ernst für stichhaltig gehalten werden können. Die Herren der Mehrheit lehnen eben alle wirklich den Besitz treffenden Steuern, d. h. solche, die nicht abgewälzt werden können auf die wirtschaftlich schwachen Schichten, ab. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Man muß wirklich den Kopf schütteln über die Argumente, die in der Kommission vorgebracht wurden. Der eine meinte, die Vorlage verlege das Zusammengehörigkeitsgefühl der Familien und den Gerechtigkeitsinn! In der Tat ist es ein Hohn auf jede Gerechtigkeit, wenn die bürgerlichen Parteien die Lebenshaltung der Arbeiter durch die 400 Millionen indirekter Steuern verteuern und dann bei einer solchen Vermögenssteuer so tun, als wenn die Gerechtigkeit verlegt werde. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Ein anderer meinte in der Kommission, das sei nicht mehr ein Erbrecht, sondern ein Erkraub des Staates! Nun, das Kraubrecht haben ja die Vorfahren derer, die sich heute gegen diese Steuer wenden, sehr gut auszuüben verstanden, und damals hat freilich mancher von ihnen auch am Baume gebaumelt, wenn er bei seinen Raubzügen erwischt wurde. Das haben die Herren heute nicht nötig. Sie halten die Klinke der Gesetzgebung in der Hand und rauben so das Volk systematisch aus. (Sehr wahr h. d. Soz.)

Präsident Graf Stolberg: Wenn Sie von Mäandern, Raubzügen und dergl. sprechen, so nehme ich an, daß Sie damit nicht Mitglieder dieses Hauses meinen. (Große Heiterkeit.)

Abg. Ulrich (fortfahrend): Die Annahme des Herrn Präsidenten ist durchaus richtig, aber deswegen bleibt doch das, was ich gesagt habe, historisch richtig und rechtlich unanfechtbar. Erkraub, meine Herren! Ich sehe heute noch den Herrn Schatzsekretär, wie er kreidebleich wurde, als dieser Ausdruck fiel. (Heiterkeit.) Er sah sich auf der Anklagebank als Erkrauber. — Ein anderer Herr meinte in der Kommission entsetzt, das Gesetz enthalte einen unsozialen Zug, indem es die Allerreichsten begünstige. Das trifft ja auf alle die Gesetzentwürfe zu, die die Mehrheit bisher verabschiedet hat! (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Ein vierter Herr fand es sogar

für angebracht, zu sagen, daß dieser Gesetzentwurf mehr noch als die Fahrartensteuer die Wut in der Masse entflammen werde; das Gesetz sei

„der erste Schritt zur Verwirklichung der sozialdemokratischen Ideen.“

Die Junker und Junkerengenossen taten so, als ob ein Grauen vor dem Zukunftsstaat sie bei diesem Gesetze befiel, während sie doch in Wirklichkeit genau wissen, daß mit dieser Vorlage der Zukunftsstaat noch lange nicht kommt. Wenn wir einmal dazu kommen, das Erbrecht des Staates in unserem Sinne auszubauen, dann würden wir etwas anderes vorgehen. Mit 25 Millionen lämen Sie dann nicht weg. Dann würden wir vor allem uns das Erbrecht der toten Hand und der Fideikommissie etwas genauer ansehen, um endlich der Anhäufung von Millionen und Milliarden in verhältnismäßig wenigen Händen wenigstens nach einigen Generationen ein Ende zu machen. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Wenn ein Reichsschatzsekretär eine Vorlage einbringt, die nach Sozialdemokratie riecht, dann mühte wirklich sein letztes Stündlein geschlagen haben. (Heiterkeit bei den Sozialdemokraten.) Nun, wir lassen uns in unserer Haltung nicht dadurch beeinflussen, ob durch sie irgend ein Staatssekretär in den Geruch kommt, einmal einen vernünftigen Standpunkt einzunehmen, sondern wir handeln nach unserer Ueberzeugung und stimmen im Prinzip dieser Vorlage zu. Der Reichtum, der von der Masse geschaffen wird, muß auch der Masse wieder zugute kommen. Wir sehen im Erbrecht des Staates ein Korrelat gegen die Ansammlung der Produktionsmittel in den Händen der Besitzenden und werden versuchen, den Gedanken der Vorlage derart auszubauen, daß sie wirklich eine Belastung der Besitzenden bedeutet. Die Vorlage könnte ein Mittel sein, den Reichthum zu beseitigen. Unter der unvernünftigen Finanzgebung, die tausende Millionen für Heer, Marine und Kolonien ausgibt, leidet das Reich wie die Einzelstaaten. Dadurch werden immer neue Steuern nötig, und solange man nicht anfängt, dieser Finanzgebung ein Ende zu machen, wird das Reich nicht aus dem Dales herauskommen. (Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Reichsschatzsekretär Sydow: Die ersten Redner haben für die Regierungsvorlage Gründe angeführt, denen ich mich nur anschliefen kann; der dritte Redner hat zwar auch für die Regierungsvorlage gesprochen, seine Begründung aber war jedoch geeignet, die Vorlage zu diskreditieren. (Sehr richtig! rechts.)

Präsident Graf Stolberg: Der Abg. Ulrich hat den Reichsschatzsekretär einen Kommiss der Reichsparteien genannt. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Ich rufe ihn dafür zur Ordnung! (Heiterkeit links.)

Abg. Gedder (Z.): Warum soll man an die Stelle des laufenden Erben den laufenden Bureaufreter setzen? (Heiterkeit bei der Mehrheit, Lachen bei der Minderheit.) Wir wollen das Erbrecht der Familie nicht von den wechselnden Mehrheiten des Bundesrates und des Reichstages abhängig machen. (Lebhafter Beifall rechts und im Zentrum, Lachen bei der Minderheit.)

Abg. Ablass (fr. Vg.): Es liegt gar kein Grund vor, daß Leute erben, die nur durch Adam und Eva mit dem Erblasser verwandt sind (Große Heiterkeit), wenn sich auch gemeinsamer Stammesbaum nicht soweit zurückverfolgen läßt. (Ermunterte Heiterkeit.) Welche innere Gemeinschaft besteht zwischen dem Erblasser und einem Cousin xten Grades, den er vielleicht nicht einmal kennt? (Sehr gut! links.) An der Testierfreiheit halten wir allerdings im Gegensatz zur Sozialdemokratie entschieden fest. — Der durch die ewige Betonung geradezu komisch gewordene „Familienstern“ ist nur die Maske der Steuerhau. (Lebhafter Beifall links.)

Abg. v. Derghen (Sp.) gibt die Erklärung ab, daß seine Fraktion prinzipiell für den Gedanken des Erbrechts des Staates sei, aber diese Vorlage, als zu weit gehend, ablehnen werde.

Abg. Stadthagen (Soz.):

Im Kommissionsbericht sucht man vergeblich nach Gründen für die Ablehnung des Entwurfs, wenn man nicht etwa allgemeine Redewendungen für „Gründe“ ansehen will. Freilich ist das Scheitern der Vorlage in erster Linie auch der Regierung selbst zuzuschreiben. Wenn eine Regierung von vornherein die Absicht hat, nur zum Schein einige kleine Lasten auch auf die Schultern der Besitzenden zu legen, aber von vornherein 400 Millionen Mark unter allen Umständen aus den Taschen der Nichtbesitzenden zu ziehen, so ist es verständlich, daß eine Vorlage wie diese von der Regierung nur sehr schwach und zag vertreten werden kann.

Man spricht von der Einschränkung des Familiensterns durch dieses Gesetz. Aber gerade die Herren rechts und vom Zentrum haben in dem Einführungsgezet zum Bürgerlichen Gesetzbuch durch die Reservatrechte über die Fideikommissie den Familienstern sehr erheblich eingeschränkt. Was ist denn ein Fideikommiss anders als eine Enterbung der jüngeren Familienmitglieder? (Sehr richtig! h. d. Soz.) Und genau so steht es mit dem Fideikommiss und mit dem Anberbenrecht, und gerade für diese Ausnahmen, für diese Decretirung des

Kleines feuilleton.

Die Peter der Große in Russland „reformierte“. Die zweihundertjährige Feier der Schlacht bei Poltawa, die auf den 8. Juli fällt, gibt dem „Journal des Débats“ Anlaß, zu erinnern, wie viele Schlachten anderer Art Peter der Große schlagen mußte, um seinen halb barbarischen Untertanen die feinen Sitten Westeuropas aufzuzwingen. Es lag ihm vor allem daran, „Salons“ nach Pariser Art zu schaffen und die Frauen, die bis dahin in einer Art Klausur gelebt hatten, in die Welt einzuführen: sie sollten in der Gesellschaft erscheinen, sich mit den Männern unterhalten, scherzen, tanzen, kurz alles tun, was die verschleierte russische Frau bis dahin zu tun vermeiden hatte. Um seinen Zweck zu erreichen, erließ er einen Ukas nach dem andern, und wehe der vornehmen Frau, die dem kaiserlichen Befehl zu trotzen wagte: sie wurde ohne weiteres „in Behandlung genommen“ und mit der Krone zur Einsicht gebracht. Die Herren belohnten den strikten Befehl, bei den Gesellschaften ihren Damen schallende Klöße zu applizieren. Die langen Röcke, die zur Nationaltracht der Russen gehörten, wurden von der Polizei auf offener Straße kurzerhand zerhackt oder wenigstens kürzer gemacht; ein Ukas vom 29. August 1699 verurteilte das Nationalkostüm der Männer zum Abbruch und befahl die Einföhrung von Kleidern nach französischem und ungarischem Schnitt. Auch den langen Wänter wurde der Krieg erklärt, und Leute, die sich ihren strapazierten Vollbart nicht wegrastieren lassen wollten, mußten eine Ergänzungsteuer von 100 Rubel zahlen. Ivan Raumov, der Fürst vor dem Kaisermeffer hatte, wurde im Jahre 1704 auf offenem Markte gepeitscht. An den Kirchentüren standen Soldaten, die rebellischen Patriarchen in grausamer Weise die Wänter aufrissen. Die Bauern waren folgamer als die vornehmen Herren; sie schnitten sich feuchend den Bart ab, bewahrten jedoch die abgeschnittenen Haare sorgsam auf, um sie sich beim Tode in den Sarg legen zu lassen und dem geistlichen Nikolai zu beweisen, daß sie des Namens Hier ganz gegen ihren Willen geopfert hatten. Trotz aller Neuerungen blieben die russischen Sitten noch viele Jahrzehnte im argen. Am Geburtstage Katharinas II. sprang einmal ein Senator mitten auf den gedeckten Tisch und stieg mit den Zuchtsstiefeln in die Schüssel. Im Jahre 1721 noch konnte es vorkommen, daß man an der kaiserlichen Tafel Ohrspeigen verteilte und dann vor Nahrung und Belohnung laut schlachtete. Peter der Große selbst goß einmal in übermütiger Laune den Inhalt seines Suppentellers auf den Kopf und auf den äppigen Wusen der Fürstin Galigin.

Der Scharfrichter von Haarlem. Einen besonders schauerlichen Auf besch in Holland immer der Scharfrichter von Haarlem. Es

lam das daher, daß die größeren Städte Hollands zeitweise keinen Scharfrichter hatten und er nach den verschiedensten Plätzen des Landes kommen mußte, um dort seinen blutigen Beruf zu erfüllen. So kommt es, daß man den „Scharfrichter von Haarlem“ noch heute in Holland als Schreckensnamen anführt. Die Kopie einer Henkerrechnung, die Zeugnis für die Berechtigung dieses Namens ablegt, veröffentlicht das „Allgemeine Handelsblatt“. Sie lautet:

Copie aus der Rechnung des HERMANUS de VOGEL Scharfrichter von Haarlem und Umgegend verrichtet in Amsterdam am 17. Dec. 1712.

Table with 2 columns: Item description and Amount in Gulden. Items include: Eine Enthauptung (6.00), für das Schwert (3.00), für das Tuch (3.00), für den Sarg (3.00), Einen erdrosselt (6.00), Abgenommen und eingelagert (3.00), Einen gerädert, 9 Schläge, 3 Gulden pro Stück (27.00), für das Erdrosseln (6.00), Abgenommen und nach draußen befördert (9.00), Zwei gehängt und das Schwert überm Kopf (angedroht) (18.00), Einen abgenommen und nach draußen befördert (9.00), Einen abgenommen (3.00), Vier an den Galgen gehängt, 6 Gulden pro Stück (24.00), Einem das Schwert überm Kopf (angedroht) (3.00), Zwei öffentlich an den Pranger gestellt (12.00), Vierundzwanzig gepeitscht, 8 Gulden pro Stück (72.00), Dreien das Schwert überm Kopf (angedroht) (9.00), Einem den Fuß und an den Pranger (6.00), Tagesgeld (12.00), Reilengeld (12.00), für Stride (12.00), für die Gefäßen (12.00), Summa (276.00).

Eine ganz hübsche Tagesleistung.

Humor und Satire.

Hansabund.

Es sitzen geheime und bloße Kommerzrentäre im Saal; Sie repräsentieren das große Gewerbs- und Betriebskapital.

Dem im Angesichte der Steuern geht jedem der Hintern mit Eis. Die gierigen Junkern verteuern jeglicher die Speise mit Fleisch.

Es sind Dividenden in Frage, Da fällt es den Robligen ein, Man konnte bei drohender Lage auch trotzig und bürgerlich sein.

Es wurde von Hansa gesprochen Sommerzuträglichkeit; Indessen nach wenigen Wochen Verliert diese Sache den Reiz.

Der König wird mehrere abeln, Und mancher wird bei der Heberb' Ein Deutenant, der nichts mehr tabeln Und's Maul nicht mehr aufreißt derk. (Peter Schlemihl im „Simplicissimus“.)

Notizen.

— Neues von Corli und Andrejew. Maxim Corli ist von Capri nach Neapel übergesiedelt und arbeitet dort an einem Roman aus dem heutigen Italien. — Andrejew hat ein Drama „Der Fisch der Kirche“ vollendet, zu dem er durch den in der russischen Kirche üblichen Kirchenbaum angeregt wurde.

— Erst die Sensation — dann das andere. Den Entschluß Jepselins, das von ihm verbesserte Luftschiff in den Dienst der Polarforschung zu stellen, hatte die Schwedische Depeschfabrik zu einer graulichen Sensation mißbraucht. Wir hatten alsbald darauf hingewiesen, daß die erste Wissenschaft an der hohen Eroberung des Nordpols wenig Interesse habe. Prof. Hergesell, der wissenschaftliche Leiter des geplanten Unternehmens, sieht sich denn auch bereits genötigt, die Entstellungen der Schwed. Presse zu berichtigen, die nunmehr einen neuen Zigiltsverlord schafft, indem sie sich selbst zuerst berechtigt. Professor Hergesell stellt fest, daß der Hauptzweck nicht die Erreichung des Poles, sondern die wissenschaftliche Forschung in den arktischen Regionen ist, wobei das Polarluftschiff vor allem zu Vermessungszwecken dienen soll. — Bei der Gelegenheit möchten wir im übrigen an das verehrliche Wolffsche Bureau die Anfrage richten, warum es über diese Angelegenheit nicht berichtet hat und die Ausbeutung interessanter Nachrichten Scherl überläßt. Oder kann dies achtbare Monopolunternehmen, das doch den Nachweis seiner Unfähigkeit schon genügend oft erbracht hat, nicht unterscheiden zwischen hübschem Quark, der niemand interessiert, und wichtigen Vorgängen, die zugänglich in der Nähe Wilhelm II. sich ereignen?

Familienfunds haben die Konserbativen und die Herren vom Zentrum gebilligt. Und jetzt wollen sie nicht einmal dafür stimmen, daß die Erbvererbung beim dritten und vierten Grade der Verwandtschaft aufgehört! Das ist ein durch nichts gerechtfertigter Widerspruch. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Formell soll es nach Herrn Gröber nicht richtig sein, daß jetzt schon das Bürgerliche Gesetzbuch geändert wird. Aber nichts hat Sie abgehalten, den § 893 bezüglich der Tierhalter zu ändern! Freilich ist der durchgreifende Unterschied: daß es sich dort darum handelte, eine Veränderung auf Kosten der Krüppel zugunsten der Besigenden vorzunehmen. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Wo es sich um Krüppel handelt, wird ohne weiteres das Bürgerliche Gesetzbuch abgeändert! Das Prinzip der Rechtsgleichheit ist da durchbrochen, der Klassenunterschied kommt deutlich zur Geltung. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.)

Herr Gröber hat auch auf die Geleitzentwürfe in Oesterreich und in Ungarn hingewiesen. Diese beiden Entwürfe stehen turmhoch über dem, den wir beraten, weil darin nicht gesagt ist: gebt uns Millionen und aber Millionen, weil die Reichsregierung nicht wirtschaftlich kann und nicht mehr genügend Geld für militärische und marine Ausgaben hat, sondern dort ist erklärt worden: das Erbrecht des Staates soll geschaffen werden für soziale Zwecke. In Oesterreich will man es für Zwecke der Fürsorgeerziehung und der sozialen Gesetzgebung. In Ungarn sollen die Erträge verwendet werden zu Stiftungen für Arme, für Spitäler und Schulen. Ich verstehe die Herren, die die Finanzreform als Ganzes betrachten, nicht recht, warum machen sie nicht ein einheitliches Gesetz? Fürchten Sie etwa, daß die große Masse dann besser fährt, daß die Reform nicht für soziale Zwecke gemacht wird, sondern für militärische Zwecke, und daß die Summen nur als eine kleine Abschlagszahlung verlangt werden. (Sehr richtig! h. d. Soz.)

Unter lebhaftem Beifall auch von Seiten des Zentrums wurde am 18. Mai 1906 vom Abg. Wähling hier ausgeführt, daß durch die Finanzreform das Reich auf feste Füße gestellt sei und auch die Schulden allmählich abgetragen werden können. Jetzt haben wir die neue Reform, und Sie werden sehen, daß auch das nur eine kleine Abschlagszahlung ist, solange das System bleibt, daß immer mehr Mittel für Meer und Marine verlangt werden. Von den 500 Millionen sollen nach dem Vorschlag für diese Zwecke allein schon 200 ausgegeben werden. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Bei den letzten Reichstagswahlen haben wir Sozialdemokraten vorgeschlagen, daß hinter all dem Tamtam nur die neue Belastung mit Steuern steht. Damals erklärte die Regierung und ebenso alle bürgerlichen Parteien, unsere Finanzen seien durchaus gesund. Jetzt aber haben wir die Belastung mit 500 Millionen neuer Steuern. Da sollte man doch wenigstens den kleinen Zipfel, den die Regierungsvorlage hier den Besigenden auferlegen will und der gegenüber der ungeheuren Summe von 500 Millionen gar nichts ausmacht, — das gebe ich Herrn Gröber zu — annehmen. Sie sollten in der zweiten Lesung doch wenigstens ein Prinzip annehmen, aus dem man noch mehr heranschlagen kann. (Sehr richtig! h. d. Soz.)

Man spricht von dem historischen germanischen Familienfunds. Aber die alte germanische Feldgemeinschaft konnte keineswegs eine Vererbung bis ins zehnte und tausente Glied. Herr Gröber hat davon gesprochen, daß jedes Familienmitglied durch Arbeit zur Schaffung des Vermögens beigetragen hat. Das kann ich nicht zugeben. Diejenigen, die heute im Besitz sind, haben keineswegs gearbeitet, am allerwenigsten die Großgrundbesitzer. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Sie wissen doch alle, daß es unmöglich ist, aus dem Grundbesitz etwas zu machen ohne gemietete Arbeitskräfte. Diese aber erben nichts. Auch beim Mobilienbesitz kann ich nicht zugeben, daß große Vermögen anders als durch Ausnutzung fremder Arbeiten geschaffen werden. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Dabei handelt es sich bei diesem Gesetz gar nicht um die Ausschließung der Familie vom Erbrecht, sondern nur um die Ausschließung der Verwandten von einem gewissen Grad an. Wie kann man behaupten, daß ein Verwandter 20. Grades berechtigter Erbe sein muß, weil er nicht gearbeitet hat, um das Vermögen zu schaffen? Vom Gesichtspunkte der Arbeit aus müßten Sie zur vollkommenen Expropriation kommen! (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Denn die Leute, die im Besitz sind, haben ihn nicht durch Arbeit geschaffen, sondern von ihren Vätern ererbt, die ihn auch nicht durch Arbeit erworben haben, sondern in einer Weise, wie es vorhin schon der Abg. Ulrich dargelegt hat. Wenn Herr Gröber von Familienfunds spricht, so soll er nicht das Erbrecht des bürgerlichen Gesetzbuches heranziehen, sondern die Unterhaltspflicht der Verwandten. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Da aber haben Sie dafür gestimmt, daß diese Unterhaltspflicht sehr erheblich beschränkt wird! (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Auch vom Standpunkte der bürgerlichen Parteien und der bürgerlichen Gesellschaft hat das Erbrecht doch nur da einen Schein von Berechtigung, wo wirklich eine wirtschaftliche Gemeinschaft besteht. Diese besteht doch aber sicherlich nicht, wo es sich nur um entfernte Verwandtschaftsgrade handelt. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Im einzelnen ist die Vorlage der Regierung und ihre Begründung nicht gelungen und nicht gescheit!

Die Vorlage ist keineswegs von dem Ernst getragen, als ob sie im Reichstags Annahme finden würde, und deshalb ist sie auch von der Regierung nicht im Ernst verteidigt worden. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Wäre in der Vorlage das Prinzip zum Durchbruch gekommen, daß nur die ein Recht zum Erben haben, die arbeiten, so wären die ganzen übrigen Vorlagen zur Vereitigung unserer Finanznot nicht nötig gewesen. Aber die Regierung und die Parteien wollten von vornherein 400 Millionen den arbeitenden Klassen auferlegen, und da ist es so gehalten wie gefahren, ob die anderen 100 Millionen durch Erbschaft oder irgendwie aufgebracht werden. Das ist uns Sozialdemokraten ganz gleich. Dem werden wir niemals zustimmen, daß man die arbeitenden Klassen und den Mittelstand mit $\frac{1}{2}$ belastet und von den Besigenden nur $\frac{1}{3}$ tragen läßt. (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten.)

In den 70er Jahren hat Frankreich die schmutzigste Geldwirtschaft in Frankreich gezeigelt. In schlimmer Weise ist diese nach Deutschland übertragen. Arbeiterlohn und Mittelstand sind aufs schärfste belastet, und immer neue Lasten werden ihnen aufgebürdet, ohne daß auch nur das geringste für sie geschieht. (Widerspruch rechts und im Zentrum.) Zeigen Sie mir doch, was seit 1903 für die Arbeiterklasse und den Mittelstand getan ist. . . (einen ganz kleinen Zettel in die Höhe haltend). Auf diesen Zettel können Sie alles schreiben, was Sie in dieser Session für die Arbeiterklasse und den Mittelstand getan haben. (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Sie haben nichts für sie geleistet, als drückende Gesetze gemacht. Die Vorlage ist ganz unzureichend, sie kann aber in der dritten Lesung so gestaltet werden, daß all die schweren Kämpfe, die hier in den letzten Tagen geführt sind, überflüssig werden; denn auf Grundlage der vom Abg. Ulrich dargelegten Grundzüge kann sie so gestaltet werden, daß Sie aus dem Erbrecht allein alles herausbekommen, was notwendig ist. Wenn wir der Vorlage zustimmen, so aus der Erwägung, daß sie vernünftig ausgebaut werden kann, so daß sie der sozialen Gerechtigkeit sich annähert. Wir werden also in der zweiten Lesung für diesen Entwurf stimmen, behalten uns aber unsere Stellung für die dritte Lesung vor. (Wahr! bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Knab (Antif.): Wir stehen dem Gedanken des Erbrechts des Staates sympathisch gegenüber, da es aber nicht gelungen ist, die Vorlage nach unseren Wünschen auszugestalten, werden wir dagegen stimmen.

Abg. Freiherr v. Nitzschofen (L.): Meine Freunde stimmen gegen die Vorlage, da sie in ihr den gefährlichen Anfang eines Weges sehen, dessen Ende niemand voraussagen kann. (Wahr! rechts.)

Damit schließt die Diskussion.

Abg. Freiherr v. Nitzschofen (L.): beantragt, die namentliche Abstimmung auszusparen, da das Haus nicht voll besetzt sei. (Stürmischer Widerspruch links.)

Abg. Göttsche (fr. Bg.): Ich bitte, den Antrag abzulehnen. Ein Blick auf das Haus genügt, zu sehen, daß es sehr beschlußfähig ist. (Sehr richtig! links.) Wir können doch nicht darauf Rücksicht nehmen, wenn einige Herren der Rechten noch auf der Jagd sind! (Sehr gut! links, großer Lärm rechts.)

Abg. Baffermann (natl.) spricht gleichfalls gegen den Antrag Nitzschofen.

Abg. Singer (Soz.):

Am Sonnabend hat die Mehrheit einen Antrag, der viel notwendiger war, abgelehnt: den Antrag auf Zurückverweisung der Brantweinsteuer an die Kommission. Diese Frage war lange nicht so sprudelig, wie die uns jetzt beschäftigende. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Dazu kommt, daß es sich um ein Gesetz handelt, das zu verhindern Ihre Sache (nach rechts) und nicht die unsere ist. (Sehr gut! links.)

Abg. Frhr. v. Nitzschofen (L.) zieht unter großer Heiterkeit der Linken seinen Antrag zurück.

In namentlicher Abstimmung wird hierauf das Gesetz mit 191 gegen 136 Stimmen bei einer Stimmenthaltung abgelehnt. Damit ist das Gesetz überhaupt gefallen.

Es folgt die

zweite Lesung des Weinsteuergesetzes.

Die Kommission hat den Regierungsentwurf abgelehnt und schlägt statt seiner eine Novelle zum Schaumweingesez vor. Ein konservativ-reichsparteilicher Antrag Kanitz-Schulz nimmt den Gedanken der Weinststeuer wieder auf und schlägt eine Steuer von $\frac{1}{2}$ Pf. pro Liter vor, falls das Dekoliter den Wert von 40 M. überschreitet. Wein zum Hauswein, zur Essig- oder Brantweinbereitung, Reiz- und Kommunionwein, Weinproben sollen steuerfrei bleiben, dagegen von Flaschen im Wert von über 1 M. ein gestaffelter Zuschlag von 0,10—8,00 M. erhoben werden. Abg. Graf Kanitz (L.) empfiehlt den Antrag.

Reichstagssekretär Sydow:

So sehr ich bedaure, daß die Weinststeuer nach der Regierungsvorlage abgelehnt ist, so muß ich mich doch gegen den Antrag Kanitz wenden. Er würde auch die billigen Weine treffen, die nach der Regierungsvorlage freigelassen waren. Dazu kommt auch die Rücksicht auf die Einzelstaaten, die eine allgemeine Weinststeuer haben, insbesondere Böhmen, das auf Grund der Verordnungen bei den Pariser Verträgen annehmen darf, daß im Reich keine allgemeine Weinststeuer eingeführt wird.

Abg. Dr. Weber (natl.): Mit Ausnahme der Sozialdemokratie, die indirekte Steuern prinzipiell ablehnt, finden sich in allen Parteien und auch bei uns Freunden einer Vesteuerung des Weines, des Betranks der Reichen. Mit Rücksicht auf die politische Situation aber werden meine Freunde sowohl gegen die Vorlage, die Weinststeuer und Schaumweinststeuer, wie auch gegen den Antrag Kanitz stimmen.

Vizepräsident Dr. Baasche teilt mit, daß Graf Kanitz beantragt, für den Fall der Ablehnung seines Antrags die Regierungsvorlage wiederherzustellen.

Abg. Gröber (Z.): Der zweite Antrag Kanitz widerspricht vollständig dem ersten. (Sehr richtig! im Zentrum.) Es ist unverständlich, wie Graf Kanitz die landwirtschaftlichen Interessen des Westens und des Südens so vergessen kann, daß er einen solchen Antrag einbringt. Wenn es nur auf die Interessen der Weinkonsumenten anlämte, wären wir für eine möglichst hohe Weinststeuer, aber im Interesse der Produzenten, der nothleidenden Winzer, müssen wir sie ablehnen.

Abg. Lehmann-Biesbaden (Soz.):

Nachdem die Blokkparteien sich auf den Standpunkt gestellt haben, keine neuen Steuern zu bewilligen, sondern es den Voten und Konserbativen überlassen wollen, die Finanzreform zustande zu bringen, erbringt es sich, noch lange gegen die Weinststeuer zu reden, die wohl so gut wie gefallen ist. Man macht uns den Vorwurf, daß wir von unserem Standpunkte aus eigentlich für die Weinststeuer eintreten müßten, weil sie eine Belastung der Reichen sei. Sie können ganz ruhig sein, daß wir die Reichen nicht mit Glacéhandschuhen anfassien. Sie brauchen nur eine Vermögens- und Einkommensteuer anzunehmen, so hätten wir eine gerechte Steuer, die auch eine leichte Kontrolle zuließe. (Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Diese Weinststeuer aber ist nur eine Maskierung, die nur dazu dienen soll, Ihr Verhalten bei den anderen Steuern zu verschleiern. In der Kommission ist auch offen ausgesprochen worden, daß politische Gründe bei dieser Steuer mitsprechen, daß man uns Sozialdemokraten nicht Gelegenheit geben will, zu sagen: die Reichen werden freigelassen. Als ob es, um das zu beweisen, erst der Weinststeuer bedürfte. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Daß hier Wahlkreisinteressen mitspielen, geht aus daraus hervor, daß Graf Kanitz die Steuer für annehmbar erklärt, während ein nicht minder bedeutender Agrarier, Herr Dr. Koeslke, in der Kommission genau das Gegenteil nachzuweisen suchte. Erkläre mir, Graf Derindur, diesen Widerspruch der Natur! Er erklärt sich sehr einfach, wenn man weiß, daß Herr Koeslke dem Weinbau etwas näher steht, nicht auf seinem Gut in Gersdorf, aber er ist Vertreter eines pfälzischen Wahlkreises! (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Und ein pfälzischer Abgeordneter, der für die Weinststeuer eintritt, würde von einem pfälzischen Kreise nicht wieder gewählt werden. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Gegen die Schaumweinststeuer sprechen zum Teil dieselben Argumente wie gegen die Weinststeuer, und wenn in der Kommission die Schaumweinststeuer so erhöht ist, daß sie sogar fünf statt vier Millionen bringen soll, so soll auch das nur dazu dienen, zu beschönigen, daß Sie soviel indirekte Steuern auf die notwendigsten Lebens- und Genussmittel gelegt haben. Das mitzumachen, haben wir keine Lust. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Tatsächlich müßten auch die Winzer die Steuer tragen, und in Winzerkreisen ist man keineswegs im Zweifel darüber, daß, wenn die Steuer angenommen wird, der durch sie verursachte Schaden für die Winzer größer ist als der Nutzen, den ihnen das neue Weingesez bringt. (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Schulz (Hb.): Die Schaumweinststeuer in gerade auf einen Antrag der Nationalliberalen in der Kommission beschloffen worden, und nun wollen die Nationalliberalen selbst dagegen stimmen. (Ruf bei den Nationalliberalen: Weil die Weinststeuer abgelehnt ist!) Auf die Dauer können Sie um diese Steuer nicht herum; das wird sich das deutsche Volk nicht gefallen lassen. (Lachen links.)

Abg. Blankenhorn (natl.):

Den Vorredner verweise ich auf unsere wiederholten Erklärungen, daß die Erbschaftsteuer für uns die Vorbedingung für die Zustimmung zu indirekten Steuern ist. Wir fallen nicht um, auf diesem Standpunkte bleiben wir stehen. (Wahr! links.) Redner wendet sich des weiteren ausführlich gegen die Weinststeuer.

Abg. Stauffer (Wirtsch. Bg.) wendet sich gegen die Weinststeuer und den Antrag Kanitz.

Abg. Dr. David (Soz.):

Ich bedaure, daß hier der Weinststeuer noch Reden gehalten werden. In der Kommission war der Entwurf abgelehnt worden, und es wäre richtig gewesen, ihn hier schweigend zu verscharren. Daß das nicht geschieht, ist die Schuld des Grafen Kanitz und das ist kennzeichnend für seine und seiner Genossen Politik. Die Herren haben selbst zugegeben, daß der kleine Winzerstand, der in erster Linie für die Weinproduktion in Betracht kommt, sich in einer außerordentlichen Notlage befindet, trotzdem hat Graf Kanitz und Herr Schulz es für nötig gehalten, noch einmal mit diesem Vorschlag zu kommen, der für viele Tausende von Winzern das Ende der wirtschaftlichen Existenz bedeutet. (Sehr richtig!)

Herr Schulz hat sich gemüht, daß wir Sozialdemokraten die Interessen der kleinen Weinbauern vertreten. Die kleinen Bauern,

die wirklich arbeiten, haben bei uns stets Fürsprache und Hilfe gefunden! (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Nun meinte Herr Kanitz, den Winzern könne man durch Erhöhung der Weinzölle helfen. Die Zölle sind aber ein zweischneidiges Schwert; denn die Länder, gegen welche sie sich richten, können sehr unangenehme

Gegenmaßregeln

ergreifen, und in Frankreich will man ja gegen den Sektzoll die Zölle auf Textilprodukte aus dem Elsaß erhöhen. Wenn es einmal so kommt, wie es den Anschein hat: daß England des Spieles müde wird und für sich und seine Kolonien zu einem Schutzollsystem übergeht, dann werden die Herren überhaupt die Erfahrung machen, daß die ganze Schutzollerei sich gegen ihre Urheber richtet. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Sie leben ja nur noch davon, daß England die ganze Schutzollerei nicht mitgemacht hat. Es sind aber starke Kräfte für sie dort vorhanden, und wenn England dazu übergeht, erlebt Ihre Schutzollerei einen Kladderadatsch. (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten.)

Die Herren Kanitz und Schulz meinen: wenn Brantwein, Tabak, Bier besteuert wird, muß auch der Wein, das Getränk des reichen Mannes, besteuert werden. Uns trifft diese Logik nicht, denn wir haben auch die Besteuerung von Bier, Tabak und Brantwein bekämpft. Richten Sie also den Vorwurf gegen die Herren vom Zentrum. — Was dann Herr Gröber zugunsten der nothleidenden Weinbauern gesagt hat, konnte er genau so zugunsten der Tabakbauern sagen. (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Auch das Argument trifft nicht ganz, daß der Wein nur von Wohlhabenden getrunken wird. In Süddeutschland ist er zum Teil auch noch Volksgetränk. Die Steuer trifft aber auch noch Zehntausende von Arbeitern, die in anderen Gewerben, der Vottcherai zum Beispiel, beschäftigt sind, Gewerbe, die ebenfalls getroffen werden, wenn der Weinbau noch mehr daniebergerbraut wird. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Beim Schaumwein kommen allerdings nur große Fabriken in Frage und es handelt sich nirgends um einen Volkssonsum. Aber wie die Dinge liegen, werden wir selbstverständlich auch diese Steuer ablehnen. Wir haben keine Verantwortung, für irgend eine Ihrer Steuern die Verantwortung zu übernehmen. (Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Der eigentliche Grund für die Anträge der Herren Kanitz und Schulz ist ja, daß sie das Bedürfnis nach einem Feindblatt haben, das ihre sonstigen gemeinschaftlichen Steuern verdecken soll. Außerhalb des Hauses würde ich das als einen demagogischen Kniff bezeichnen. (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Sie wollen den Wählern sagen, daß Sie die reichen Leute besteuern wollen und daß die Sozialdemokraten das verhindern wollten. Sie wollen mit diesem demagogischen Kniff dem Publikum

Sand in die Augen

streuen. Sie wollen die Fälle Ihrer indirekten Steuern schmählich machen, indem Sie sie mit der Weinststeuer wägen. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Aber jeder normal veranlagte Mensch durchschaut das Manöver. Wenn Sie draußen behaupten, wir wollen durch Verhinderung der Weinststeuer die Reichen schonen, so werden wir beweisen, daß das Gegenteil wahr ist. Wir wollen auch den Luxuskonsum treffen, und deswegen schlagen wir Ihnen eine allgemeine progressive Reichseinkommen- und Vermögenssteuer sowie die Erbschaftsteuer vor. (Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Das aber lehnen Sie ab! Und angesichts dieser Tatsachen hat Herr Schulz noch den Mut, es als Forderung der „Gerechtigkeit“ zu bezeichnen, diese paar Millionen als einen Ausgleich für die Hunderte von Millionen zu bewilligen, die Sie den Armen auferlegt haben! Sie müßten rot werden, wenn Sie das Wort Gerechtigkeit in den Mund nehmen. (Unruhe rechts; lebhaftes Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Dr. Koeslke (W. d. L.) erklärt sich für einen Teil seiner Freunde als Gegner der Weinststeuer.

Abg. Graf Kanitz (L.): Herr David vergißt, daß das Vermögen, das Kapital bei uns schon so hoch besteuert ist, daß eine noch weitere Besteuerung seine Auswanderung zur Folge haben müßte. (Lachen bei den Sozialdemokraten.) Den Herrn Schatzsekretär verweise ich darauf, daß die Regierung 1893 selbst eine Flaschenweinststeuer beantragt hat.

Abg. Dr. David (Soz.):

Graf Kanitz, der meinte, die reichen Leute seien heute schon außerordentlich mit Steuern belastet, hat trotzdem selbst ihnen noch eine Steuer auferlegen wollen: die Weinststeuer! Das ist seine Logik. — Im übrigen ist seine Behauptung über die große Belastung der reichen Leute vollkommen hinfällig, denn die Vermögenssteuer ist in den Einzelstaaten nicht progressiv, sondern lächerlich gering. (Wahr! bei den Sozialdemokraten.)

Damit schließt die Diskussion. Der Antrag Kanitz sowie die ganze Regierungsvorlage wird gegen einen Teil der Rechten abgelehnt.

Es folgt die Beratung der von der Kommission beschlossenen Schaumweinststeuer.

Abg. Emmel (Soz.):

Es ist darauf hingewiesen worden, daß der Champagner nur von reichen Leuten getrunken werde und daß es unverständlich sei, wenn man eine derartige Steuer nicht einführt. Aber was würde man mit einer solchen Luxussteuer erreichen? Die allermindesten Einnahmen: Summen von geradezu lächerlicher Geringsfügigkeit. Aus einer Follerhöhung auf französischen hochwertigen Sekt würde zum Beispiel bei den optimistischsten Berechnungen noch längst nicht eine Million herauskommen. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Dafür stehen französische Zollrepräsentanten zu befragen, die ganz anderen Schaden anrichten würden. Die Handelskammer von Belfort zum Beispiel fordert fortgesetzt erhöhte Zölle auf deutsche Textilwaren! Bisder hat die einflussreiche Handelskammer von Rheims, dem Hauptort der Champagnererzeugung, widersprochen; wenn der Zoll auf französischen Sekt erhöht wird, wird dieser Widerstand verstummen. (Sehr wahr! links.) An 30 Millionen Mark beträgt die jährliche Ausfuhr an Textilwaren aus dem Handelskammerbezirk Colmar im Elsaß nach Frankreich, an circa 17 Millionen die aus Mühlhausen und Umgegend. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Das Zentrum sollte doch bedenken, ob es zahlreiche deutsche Textilarbeiter in ihrer Existenz gefährden will, man einen lächerlich geringen Ertrag aus der Sektzollerhöhung herauszuholen. Wir unterwerfen Ihnen schon aus diesem Grunde sowie aus unserer grundsätzlichen Stellungnahme gegen indirekte Steuern heraus diese Steuer ab. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Erzberger (Z.) beantragt, daß auch die sozialdemokratischen Vertreter in der Kommission für die Schaumweinststeuer gestimmt haben. (Hört! hört! im Zentrum.) und daß die Gefahren eines französischen Zollkriegs vom Vorredner zu schwarz gemalt seien.

Abg. Lehmann-Biesbaden (Soz.) erklärt, daß die Darstellung Erzbergers über die Vorgänge in der Kommission ungenau sei.

Abg. Dr. Müller-Weinungen (fr. Bg.) tritt den Ausführungen Emmels über die Gefahren eines deutsch-französischen Zollkriegs durchaus bei.

Abg. Erzberger (Z.) hält seine Darstellung über die Vorgänge in der Kommission aufrecht.

Die Abstimmung ist eine namentliche; sie ergibt die Annahme der Schaumweinststeuer mit 200 gegen 125 Stimmen bei 3 Stimmenthaltungen. Der Rest des Gesetzes wird nach den Kommissionsbeschloffen angenommen.

Darauf verlegt sich das Haus auf Dienstag 11 Uhr.

Der Präsident Graf Stolberg schloß vor, auf die Tagesordnung vor der Weiterberatung der Finanzreform die zweite Beratung des Entwurfes betr. die z o l l w i r t i g e B e r w e n d u n g v o n W e i n e z u setzen.

Abg. Göttsche (fr. Bg.) sieht keinen Grund, die Finanzreform zu unterbrechen, zumal da die Beratung des Gerstengesetzes längere Zeit erfordern werde.

Abg. Dr. Sahn (W. d. L.) hält die schleuwigge Erledigung des Gerstengesetzes für notwendig, weil die Ernte vor der Tür steht,

und wundert sich über das Interesse der Linken am Zustandekommen der Finanzreform.

Abg. Göttsch (fr. Vg.): Die Finanzreform ist jetzt die wichtigste Frage, die das Volk bewegt. Hier gibt es nur Auflösung oder rasche Erledigung durch die neue Wehrheit.

Abg. Wassermann (natl.) schlägt vor, das Gesetzgebungsorgan zwischen der zweiten und dritten Lesung der Finanzreform zu erledigen.

Abg. Sasse (Soz.):

Viel wichtiger als das Gesetzgebungsorgan ist, wenn schon die Finanzreform unterbrochen wird, das Arbeitskammergesetz und die zur Erledigung reifen Petitionen. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Singer (Soz.):

Ich muß mein Ersäunen darüber ausdrücken, daß man jetzt von den Besprechungen im Senatskomitee absehen will. Wenn vor Ablauf der Session noch Materien erledigt werden sollen, so kommen vor allem das Arbeitskammergesetz, die Straßprojektnovelle, Wahlprüfungen in Frage. (Lebhafte Zustimmung links.)

Abg. Dr. Arendt (Np.) schließt sich dem Antrag Wassermann an. In der Abstimmung wird der Antrag Wassermann gegen die Stimmen der Linken und des Abg. Arendt abgelehnt; es bleibt also beim Vorschlage des Präsidenten.

Schluß 7 1/2 Uhr.

Der Geheimratsprozeß.

Der Reineidprozeß gegen den Wirklichen Geheimen Legationsrat Dr. Hamann nahm gestern vor dem Schwurgericht seinen Anfang. Dr. Hamann hatte für antisemitische und konterbaitive Wälder Artikel geschrieben, 1888 eine Schrift über die Sonderrechte der deutschen Standesherren veröffentlicht, 1889 in einer Schrift unter dem Titel „Was nun“ die sozialdemokratische Arbeiterpartei belächelt und gegen die Arbeiterklasse scharf gemacht, 1890 durch eine durch totale Kenntnislosigkeit und überaus große Selbstüberhebung auffallende Schrift über „Die kommunistische Gesellschaft“ sich unsterblich lächerlich gemacht. Dieser Mann erschien zur Korruption der Presse geeignet. Bereits Caprioli bestellte ihn zur Leitung des offiziellen Preßbüros. Unter Wilam abancierte der Leiter des offiziellen Büros zur Bearbeitung der öffentlichen Meinung durch eine gewisse Presse zum Wirklichen Geheimen Legationsrat. Dieser Mann der „ausgezeichneten“ Journalisten verlor seine Zeitungen mit zum Abdruck fertigen politischen Ideen und Kritiken, die auf Glorifizierung des Wilam und Hochhaltung des Familienfins hinausliefen.

Die jetzige Anklage betrifft das eigene Familienleben des Angeklagten und das des Professors Dr. Bruno Schmitz. Mit der Frau Schmitz brach er die Ehe. Professor Schmitz verließ sich nach Trennung seiner Ehe — auch er hatte die Ehe gebrochen und war für den schuldigen Teil erklärt — seiner Frau, der die Erziehung der Kinder oblag, 200 000 M. zu zahlen. Jedoch war die eigenartige Bedingung hieran geknüpft, vor der Heirat mit Hamann dürfe sie mit diesem nicht intim verkehren. In einem Prozeß über die Einfalligkeit dieses Scheines soll Hamann in einen Reineid gezwungen haben. Er soll, wie unsern Lesern erinnerlich, in der Tat auch vor seiner Ehe mit Frau Schmitz und nach Auslösung des Scheines über 200 000 M. Verschleudrung mit der Frau gepflogen haben. Das soll durch Kaufverträge zu erweisen sein, die in Herrn Schmitz Auftrag durch eine dazugehörige Dede der Wohnung, die unter der Frau Schmitz lag, stehige Observationen gemacht haben sollen. Hamann will in seinem Eide nur einen Verschleudrer, nicht einen diesem ähnlichen abgelehnt haben.

Als Geschworene wurden folgende Herren ausgelost: Fabrikant Gustav Löhmer, Fabrikant Karl Dieweg, Verlagsbuchhändler Hermann Mühlbrecht, Verlagsbuchhändler Ernst Wolff, Fabrikant Friedrich Schindler, Architekt Wilhelm Wolff, Hotelier Fritz Otto, Kunstmaler Gustav Conrad, Produzent Jonas Stahl, Produzent Heinrich Ballast, Regierungsbaumeister Max Gutmann und Produzent Max Voigt.

Welder Schlamme der feinen Gesellschaft in der Verhandlung zur Sprache kam, ergibt sich insbesondere daraus, daß auf Antrag der Staatsanwaltschaft in Uebereinstimmung mit sämtlichen Prozeßbeteiligten die Öffentlichkeit für die ganze Dauer der Verhandlung ausgeschlossen wurde.

Gleichviel ob Hamann schuldig oder unschuldig: der Prozeß zeigt eminent die Mißachtung der Frau, der Familien- und Freundschaftsbande (Hamann und Schmitz waren ehemals ebenso wie ihre Frauen Freunde) in denjenigen Kreisen, die die Stirn gegen die Arbeiterklasse wagen zu heben und die sogenannten parteilosen und gupatriotischen Zeitungen mit elendem Gezeir und mit Verschimmelungen der „guten Gesellschaft“ zu versorgen.

Das Urteil ist uns bis Mittwoch noch nicht zugegangen. Sollte es noch vor 1 Uhr morgens gefällt werden, so werden wir es im Hauptblatt unter „Sehe Nachrichten und Depeschen“ unseren Lesern mitteilen.

Aus der Partei.

Einer heillosen Blamage der deutschen Justiz vorgebeugt

hat der Erste Staatsanwalt am Landgericht Dortmund. Gegen den Genossen Meyer von der „Arbeiterzeitung“ war, wie wir feinerzeit meldeten, ein Verfahren wegen Aufforderung zum Ungehorsam gegen die Gesetze eingeleitet worden. Die ungeschickte Konstruktion des strafbaren Tatbestandes war bekanntlich, daß in der „Arbeiterzeitung“ zum Kontraktbruch, zum Verlassen der Arbeit ohne Kündigung aufgefordert worden sei durch den Aufruf zur Weisheit, in dem die Arbeitsruhe als die würdigste Form der Feier mit Nachdruck hervorgehoben wurde. Darin hatte ein strebsamer Beamter der Staatsanwaltschaft, nachdem 10 Jahre Aufrufe desselben Inhalts stets unbeachtet geblieben, just diesmal, im 20. Jahre der Weisheit, die Aufforderung zum Verstoß gegen die Genererbeordnungsbestimmung gefunden, die für die Lösung des Arbeitsverhältnisses eine Kündigungsfrist festsetzt, falls nicht die Kündigung durch den Arbeitsvertrag ausgeschlossen wird. Die „Arbeiterzeitung“ freute sich sehr auf diesen originellen Prozeß. Es hat aber nicht sollen sein, denn der Erste Staatsanwalt teilte dieser Tage dem Genossen Meyer mit, daß das Verfahren eingestellt worden sei. Es ist wirklich schade!

Reichstagskandidatur.

Eine sehr stark besuchte Parteiversammlung des 19. sächsischen Wahlkreises, die am Sonntag in Stolberg tagte, stellte einstimmig den Genossen Schöpflin-Leipzig als Kandidaten auf.

Aus den Organisationen.

Die Generalversammlung des Sozialdemokratischen Vereins des Wahlkreises Bochum fand am Sonntag in Bochum unter Anwesenheit von 96 Delegierten statt. Das nur 9 Monate umfassende Geschäftsjahr wies eine Einnahme von 22 993,76 M., eine Ausgabe von 18 134,41 M. auf. Die Zahl der eingetragenen Mitglieder beträgt 5790, darunter 1389 weibliche. Zur Erbschaftsteuer wurde eine Resolution einstimmig angenommen, in der die Zustimmung der Fraktion zur Erbschaftsteuer gebilligt wird. Durch die Ablehnung der Vorlage hätte die Fraktion nur der konterbaitistischen Reaktion einen Dienst erwiesen und zugleich eine Waffe preisgegeben, die uns in den kommenden Wahlkämpfen gute Dienste leisten wird.

Als Reichstagskandidat wurde Genosse Gub mit allen gegen eine Stimme wieder aufgestellt.

Die am Sonntag in Platte tagende Jahresversammlung der Sozialdemokratischen Partei des Wahlkreises stimmte dem Entwurf des Organisationsstatutes zu. Der Monatsbeitrag wurde von 20 auf 30 Pf. erhöht. Als Delegierter zum Parteitag in Leipzig wurde der Genosse Wilhelm Warkinkel-Krumbach gewählt.

Eine außerordentliche Konferenz des italienischen Parteivorstandes ist für den 5., 6. und 7. d. Mts. nach Rom einberufen. Auf der Tagesordnung steht u. a.:

Die finanzielle Lage des Vorstandes und des „Adanti“.

Die Reise des Parn nach Italien.

Die Propaganda und die Richtlinien der sozialdemokratischen Fraktion in der Kammer und im Lande, mit Bezug auf die gegenwärtige politische Lage.

Der internationale Kongreß.

Die Partei- und die Jugend-Organisation.

Der erste Parteitag der Sozialdemokratie Bosniens.

In Serajewo tagte am 28. und 29. Juni der 1. Parteitag der jungen Sozialdemokratie Bosniens und der Herzegowina. Die deutsch-österreichische, die tschechische, die südslawische, die ungarische, die kroatische, die serbische Sozialdemokratie hatten Vertreter gesandt. 87 Delegierte waren erschienen. Es lag ein Programm vor, dessen prinzipieller Teil mit dem Erfurter Programm der deutschen Sozialdemokratie identisch ist. Bei der Debatte wurde besonders eifrig und eingehend die Agrarfrage erörtert, und schließlich eine präzise Fassung der Forderung nach Ablösung der Kmeten (Bauern, die den großen Grundherren abgabepflichtig sind) von Staats wegen formuliert.

Das Parteiorgan „Glas Slobode“, hat eine Auflage von 2500 Exemplaren — es erscheint dreimal im Monat und wird sehr gern gelesen, so daß sich allenthalben der Wunsch kundgibt, es möchte bald öfter erscheinen. Die Erfüllung dieses Wunsches wird leider noch durch die verhängnisvolle Kautionspflicht hinfänglich. — Der Parteitag fordert in einer Resolution Pressefreiheit und Vereinfachung der Kautionspflicht.

Soziales.

Ansetzung von Gemeindevorstandswahlen durch einen Verein.

Gemeindevorstandswahlen, die in Jahres festgesetzten Tagen, waren vom Haus- und Grundbesitzerverein Jahres angefordert worden. Nach Verweigerung seines Einspruchs durch die Gemeindevertretung klagte der Verein beim Kreisaußschuß Kattowitz. Die Klage wurde abgewiesen. Der Bezirksauschuß verwarf die Berufung des Vereins.

Das Ober-Verwaltungsgericht verwarf dieser Tage die Revision. Begründend wurde ausgeführt: Es sei davon auszugehen, daß der Verein als solcher belangt habe. Demzufolge seien nicht seine Mitglieder als Kläger anzusehen. Der Verein aber sei nicht legitimiert zur Ansetzung der Wahlen. Das Recht zum Einspruch und zur Klage stehe nur denen zu, die ein Wahlrecht hätten. Da der Verein nicht wahlberechtigt sei, so sei er auch nicht berechtigt gewesen, Einspruch und Klage zu erheben.

Wie der Landwirtschaft geholfen wird.

Aus Blumenthal, Regierungsbezirk Stade, wird über die Erlaubnisse zum Wälden von Waldbauern in den königlichen Forsten u. a. folgendes gemeldet: Der Preis des Erlaubnisses, für eine Person gültig, beträgt 1 M. mit der Ausnahme, daß 1. für Waldbauer und ihre Angehörigen, 2. für schulpflichtige Kinder unter 12 Jahren, 3. für Bedürftige (Arme) Zettel zum Preise von 5 Pf. auszugeben werden. Wird von einem Zettelnahmer Bedürftigkeit behauptet, so hat er eine Bescheinigung der Ortsbehörde beizubringen. Ferner wird bemerkt, daß allen über 16 Jahre alten Personen, die zur landwirtschaftlichen Arbeit befähigt sind und nach ihren Verhältnissen dafür in Frage kommen, Erlaubnisse zum Sammeln von Beeren und Pilzen nicht mehr ausgestellt werden.

Vor einigen Tagen berichteten wir, daß die königliche Regierung zu Stellen einen ähnlichen Erlaß produziert hat, bei dem die Punkte jedoch schärfer berichtigt war. Mit einer Erhöhung des Preises der Erlaubnisse auf 3 M. glaubte man dort den Zweck, den Agrariern billige Feldarbeiter zu beschaffen, erreichen zu können. Nur Krüppel und Kinder dürfen Beeren suchen. Was darüber ist, gehört unter die Annote der Agrarier.

Aus Industrie und Handel.

Das Trifolium der Brotwähererei.

Im Bewußtsein ihrer Stimmzahl haben die konservativen Kreise den auf die sozialdemokratische Interpellation über des Volkes Not mit Spott und Hohn reagiert. Spott und Hohn für die Entbehrungen und Nahrungssorgen in hunderttausenden Arbeiterfamilien! Das läßt die ganze Frivolität und den durch sein Rotgeschrei zu milderen Arbeiterhaß der Lebensmittelpreiser erkennen. Die „Deutsche Tageszeitung“ treibt den Hohnismus so weit, des Volkes Klage über Hungernotpreise zu beantworten mit der zweifellos einer Missimmung erwachsenen Berechnung, in welcher sie zeigt, daß wenn man Weizen aus Wien, Weiz und Rottendarm beziehen würde, oder Roggen aus — Paris, dann die Kosten die Berliner Notierungen vielleicht noch überschritten würden. Aber selbst bei solchen höhnenden Scherzen muß das Blatt auch noch schwandeln. Die „Bank- und Handels-Zeitung“ bemerkt dazu: „Um zu den gefälligen und irreführenden Zahlengruppierungen kommen zu können, rechnet man aus, daß der Roggen in Paris angeblich 180 M. kostet und 90 M. die Frucht von Paris nach Berlin. Es scheint, daß der betreffende Sachverständige die Tonne Roggen per Schiff nach Berlin sendet, um zu diesen 90 M. Frucht zu kommen. Er wird aber dergleichen nach einem Korn Roggen aus Paris in Berlin jucken. Wie töricht müßten die Landwirte sein, die auf solchen „Mumphy“ reinfallen! Die Frucht von Berlin nach Odessa kostet bei den Agrarfachverständigen 17 M., obgleich jeder Lehrling im Getreidegeschäft schon weiß, daß zu 11 bis 12 M. eine Tonne Weizen diesen Weg jahraus, jahrein macht.“ — Da sieht man, mit welchen Mitteln die Vertreter der organisierten Volkswirtschaftler arbeiten. Tatsache ist, daß die inländischen Getreidepreise um den vollen Goldbetrag über den Weltmarktpreis hinausgehen. Regierung, Großgrundbesitz und Zentrum arbeiten zusammen, um diesen Zustand der Hungernotpreise zu erhalten — und das ist die Repräsentation des christlich-agrarischen Staates Preußen-Deutschland.

Die Aktiengesellschaften im Jahre 1908.

Ende 1908 gab es (ohne die in Liquidation und in Konkurs befindlichen Gesellschaften) 5184 Aktienunternehmungen mit einem Nominalkapital von 14 634 589 000 M., gegen 5147 mit 14 218 329 000 M. im Jahre 1907. Der Unterschied zwischen dem Nominal- und dem eingezahlten Kapital ist meist nur bei den Versicherungsgesellschaften nennenswert, bei welchen das eingezahlte Kapital in der Regel das gleiche Viertel des Nennbetrages kaum übersteigt. Die Ueberläuf der Kapitalerhöhungen über die Zerabhebungen belief sich auf 403,8 Millionen Mark. Neu entstanden sind 151 Gesellschaften (1907: 217) mit einem Nominalkapital von 160 Millionen Mark (1907: 260). Im ganzen haben 280 Gesellschaften (1907: 302) Kapitalerhöhungen vorgenommen; in 252 Fällen (1907: 263) waren Kapitalerhöhungen ohne Sacheinlagen zu verzeichnen. Nominalerhöhungen wurden um 437,8 Millionen Mark (1907: 423) vorgenommen; Herabsetzungen um 28 Millionen bei 15 Gesellschaften (1907: um 75 Millionen bei 50 Gesellschaften). Den größten Zuwachs an Gesellschaften hat die Industrie der Maschinen, Instrumente und Apparate erfahren; dann folgt (mit 23) die Industrie der Nahrungs- und Genußmittel (Brauereien und Mälzereien) und das Handelsgewerbe (23), das Verkehrswesen,

die Industrie der Steine und Erden (10), die chemische Industrie (7) und der Bergbau (7). Anders ist die Reihenfolge unter Zugrundelegung der stattgehabten Kapitalerhöhungen. Zwar behauptet die Maschinenindustrie den ersten Platz, dann aber kommt gleich das Handelsgewerbe, in weiterer Folge der Bergbau, die chemische Industrie, das Verkehrswesen, die Brauereien und Mälzereien. In der Maschinenindustrie betrug der Ueberläuf der neuemstandenen über die aufgelassen oder sonst gelösten Unternehmungen 17 mit einem Kapital von 19,5 Millionen Mark. Das Handelsgewerbe hingegen zählte trotz der 23 Neugründungen Ende 1908 um 2 weniger, weil 10 Unternehmungen in Liquidation, 7 in Konkurs traten und 8 in anderer Weise bündigt wurden — eine deutliche Wirkung der Krise. Noch deutlicher zeigte sich dieser Einfluß in dem Ueberläuf der neuen Gesellschaften über die Gesamtsomme der aufgelassenen: 1907: 97 mit einem Kapital von 90,930 Millionen Mark und 1908 nur 37 mit 12,419 Millionen Mark. Was natürlich die kapitalistischen Solchschreiber gegebenenfalls wieder nicht abhalten wird, darüber zu klagen, daß die Produktion in der Großindustrie dem „Bedarfe“ vorantreibe. Denn als „Bedarf“ kommt für den Kapitalismus zunächst nur der Export in Betracht, die Not der eigenen Volksgenossen, deren Konsumfähigkeit mit allen Mitteln, die Beschaffung, politische Verwaltung, Justiz, Schule und Kirche liefern, niedergehalten wird — der wirkliche Bedarf also, der kümmernd den kapitalistischen Unternehmer nicht. Denn um den inländischen Markt abzu- und aufnahmefähig zu machen, müßten sie ihn gehörig durch eine gute Wirtschaftspolitik, durch eine ehrliche Sozialpolitik düngen und besäen; aber die industriellen Groß- und Kleinbetriebe sind nur gewohnt zu ernten, und sie treiben mit der Arbeitskraft lieber Raubbau, als daß sie sie konsumfähiger machen würden.

Aus der Frauenbewegung.

Ländliche Parias.

Der Sommer, insbesondere die Ernte, ist für die ländlichen Lohnsklavinnen die Zeit der schwersten Mühen und größten Entbehrungen. Die Landarbeiterin ist gezwungen, vom ersten Mahnschrei an, während der Mittagssonnenglut hindurch bis in die finstere Nacht hinein im Dienste des Agrariers zu fröhnen. Weder eine Befehlsvorschrift noch Gewissensstrupel können diesen Bestimmungen, der Proletarierin größere Ruhe zu gönnen. Die Tagelöhnerinnen auf den ostelbischen Gütern sind, neben den in der Heimindustrie tätigen Frauen, die gefühllos am ungeschütztesten Arbeiterinnen. Die gefühllos die Nichtbeschäftigung vor und nach der Schwangerschaft hat hier einfach keine Geltung. Wer achtet darauf, wenn die Arbeiterin hochschwanger ist in der Sonnenhitze auf den Feldern abmüht? Niemand! Höchstens das rohe „Scherz“wort eines Inspektors oder eines jungen Ebein verächtlich zynisch die Kenntnis von dem unter solchen Umständen bedauernswerten Zustand der Frau. Das ist ostelbische Agrarierwirtschaft! Und die Bezahlung steht in einem geradezu schreienden Widerspruch zu der Abroderei! — Ein Arbeiter, der ein solch ländliches Jdahl genossen hat, schreibt uns: „Koch erinnere ich mich meiner Kindheit. Meine Mutter mühte sich täglich auf den Feldern eines schlesischen Dominiums von früh bis abends abmühen für 50, 60, im Sommer 70 Pf. Dazu gab es auch nicht die geringste Nebenvergütung. Des Morgens um drei Uhr kam der Gutsvogt durch das Dorf und klopfte an das Fenster der auf dem Dominium arbeitenden Frauen. Dabei sagte er jeder an, wo sie sich hinzugehen habe. Wir Kinder wurden natürlich auch aus dem Schlaf geweckt und mühten aufstehen, obwohl es noch Stunden bis zum Schulbesuch waren. Die Mutter besorgte erst uns Kinder und ging dann im Lauffschrift zur Arbeit. Dann sahen wir da mit schlaftrüben Augen und nickten ein, dabei oft die Schule verpassend. Wollte eine Frau, die auf die Gutsarbeit angewiesen war, infolge häuslicher Arbeit einmal einen Tag fortbleiben, so drohte ihr der Vogt an, daß sie überhaupt keine Arbeit mehr erhalten werde, falls sie ausbleibe. Um einer solchen Maßregel zu entgehen, unterblieb dann zumeist die Hausarbeit. Selbst fränke Kinder entbehrten der dringenden notwendigen Wartung. In den Nachtstunden und am Sonntag wurde geschneidert, geflickt und die Wäsche besorgt usw. Einmal hatte eine arme Frau aus lauter Not einen Korb Kartoffeln entwendet. Sie durfte deshalb ein Jahr lang nicht mehr auf das Gut ihres Heimadortes zur Arbeit kommen. In der Folgezeit ging sie Tag für Tag auf das benachbarte, eine Stunde entfernte liegende Gut; sie hatte also jetzt täglich noch zwei Stunden weniger zu ihrer langen Nachtruhe. Eine andere arme, alte Frau wurde im Walde, weil sie heruntergefallenes Holz gesammelt, vom Förster mit einem Peitschenstoß bis zur Bewußtlosigkeit geschlagen; kurze Zeit darauf starb sie. Ich habe nie etwas davon gehört, daß der Feiniger zur Rechenschaft gezogen worden wäre. Das war vor 20 Jahren. Jetzt, zu Pfingsten, besuchte ich mein Heimadort wieder und fand alles genau noch so wie damals. Immer noch gehen die Frauen, die Arbeiter und Handwerker auf das Dominium zur Arbeit, immer noch für 60 Pf. im Winter und 70 Pf. im Sommer, den lieben langen Tag. Der Stundenlohn ist über 5 Pf. noch nicht hinaufgestiegen. Eine Zeittang hatte man es mit Soldatzen versucht; doch die waren nicht so zahl, dafür bedeutend kostspieliger als die frommen Dörfler. Deshalb beehrte man sich wieder zur „nationalen“ Arbeit. Und immer noch wie damals hört man des Sonntags von der Kanzel den Segen sprechen zu all den robustesten agrarischen Sünden.

Das große Gut ist schuldenfrei. Es wurde 1811 bei der Einziehung der Klostergüter den Zisterziensermönchen abgenommen und von dem Prinzen der Niederlande für ein Spitzgeld erworben. Später kam es als Krongabe der Prinzessin an den Fürsten von Wied zu Reutewied. Der Herr selbst hat wohl nie seinen Fuß in jenes Dorf gesetzt. Der Besitz wirt jährlich Hunderttausende ab und doch herrscht da eine so geringe Entlohnung, wie sie eben nur auf einem schlesischen schuldenfreien Gut sein kann. Die Entlohnung auf den brandenburgischen und mecklenburgischen Gütern ist durcheinander höher, und hier ist sie schon miserabel. So schauften die ländlichen Parias jahraus, jahrein. Seit 20 Jahren sind die Löhne um keine 10 Pf. gestiegen. Währenddem kultivieren die Besitzer in einem über belumundeten Parlament immer noch mehr Agrarierhaß und Arbeiterhaß.

16 000 organisierte Textilarbeiterinnen in Oesterreich. Die Union der Textilarbeiter konnte auf ihrem letzten Unionstag berichten, daß sie 16 000 weibliche Mitglieder zählt.

Männerlogik. In einem Organen, so sich „Vollstrecklicher“ nennt, liest man dieses belustigende Bekenntnis: Die politische Frauenbewegung muß verworfen werden, weil sich (wunderbare Zusammenstellung) Roosevelt in Amerika, Münsterberg hier und Asquith in England dagegen ausgesprochen. — Und solche Trittelerei nennt sich „Vollstrecklicher“.

Eingegangene Druckschriften.

Reclams Universal-Bibliothek Nr. 5091—5093. R. G. Ritter von Leitner Gedichte. Von A. Schöller. Geb. 1 M. Nr. 5094—95. Künstlerische. Roman von M. Böttcher. Nr. 5096. Kinder-Theater. Von G. H. Krause. Nr. 5097. Schwedische Dorfgeschichten. Von A. Wendson. Nr. 5098—99. Friedrich der Große bei Kolin. Von A. Weidner. Nr. 5100. Zwölf Tröler Geschichten. Von H. Grein. Geb. 60 Pf. Einzelnummer 20 Pf. P. H. Reclam, Leipzig.

Künstler und Autoren. Roman von R. G. Schmidt. 870 Seiten. M. Lande. Berlin NW. 23.

Was muß der Musikliebende von Berlin wissen? Von Dr. H. Stern. Selbstverlag Berlin, Schillerstr. 9.

Sechs Jahre gesund interniert. Arzeneidrama der Fremdenkasseler. Von H. Hirschmann. 50 Pf. Selbstverlag Berlin.

Der moderne Mensch. Verläufe über Lebensführung. Von E. Garmel. 1 M. H. Kröner, Leipzig.

Das deutsche Theater in Berlin. Herausgegeben von P. Legband. Verlag: G. Müller, München.

Mutterbriefe. Leitfaden zur Pflege und Ernährung des Säuglings. Von Ilse Obermayer. 88 Seiten. Th. Grieben (A. Fernau), Leipzig.

Partei-Angelegenheiten.

Erklärung.

Die unterzeichneten Vorstandsmitglieder des Wahlvereins Stralau haben die Behauptung einiger Personen: der erste Vorsitzende des Wahlvereins Genosse Ernst Wessel gehöre einem gelben Verein an, eingehend nachgeprüft und festgestellt, daß diese Behauptung jeder tatsächlichen Grundlage entbehrt und sich als eine Verleumdung charakterisiert. Wir ersuchen die Genossen, diese Erklärung weiterzugeben.

Der erweiterte Vorstand.

Willi Wiesenthal, Minna Domke, Johann Walter, Adolf Brieske, Wilhelm Aue, Otto Schulz, Gustav Wende, Paul Voigt, Robert Gumbach, Otto Bernhardt, Ferd. Kischendorf.

Dritter Wahlkreis. Sonntag, den 11. Juli findet ein Ausflug mit Familie nach Kielemal, Restaurant „Heidekrug“, Bahnhofsstation Köpenick statt. Treffpunkt daselbst von früh 10 Uhr an.

NB.: Das diesjährige Sommerfest findet am Sonnabend, den 24. Juli in der „Neuen Welt“, Hofenstraße 108-114 statt. Um zahlreiche Beteiligung ersucht
Der Vorstand.

Köpenick. Zu der heute, Dienstagabend 8 Uhr im Stadttheater stattfindenden öffentlichen Versammlung, in welcher Reichstagsabgeordneter Genosse Fritz Hubell über „Reichstagsauflösung“ sprechen wird, wird zahlreicher Besuch erwartet.

Karlshorst. Sonnabend, den 10. Juli, findet unser Sommer- und Kinderfest bei Fr. Bartels im „Fürstendamm“ statt. Beginn nachmittags 4 Uhr. Spiele für Damen, Herren und Kinder. Zahlreiche Beteiligung erwartet
Der Vorstand.

Berliner Nachrichten.

Die „Erfolge“ der Polizeihunde.

Bei der Berliner Polizei wird jetzt mit der Meute der sogenannten Polizeihunde, die wegen dieser etwas zweideutigen Bezeichnung offiziell in „Diensthunde“ umgetauft worden sind, ein förmlicher Kultus getrieben. Alle Augenblicke werden Extravorfürhungen vor Polizeimännern, Offizieren und anderen Interessenten veranstaltet. Die plüschigen etwa drei bis vier Monate alte Speziesbeamteter Vierfüßler geht so weit, daß auch schon Mitglieder des königlichen Hofes sich aus Liebhaberei „Polizeihunde“ oder Abkömmlinge davon zugelegt haben. Es wäre entschieden rüchständig, wollte man leugnen, daß derartige Spürhunde unter günstigsten Umständen bei der Ermittlung von Kapitalverbrechen von Wert sein können. Allein es scheint und doch, als ob die praktische Verwendung dieser Tiere neuerdings in sehr bedenklicher Weise übertrieben wird. Die Berliner Polizei unterhält ungefähr ein Dutzend solcher vierbeinigen Kriminalisten, und fast täglich werden etliche von ihnen hier am Orte oder auf Requisition auch außerhalb auf Verbrecher Spuren losgelassen. Wir haben nichts dagegen und halten es für wertvoll, die Hunde bei Kapitalverbrechen, also vorwiegend bei Mordtaten, anzusetzen. Hier wird der Hund, wie das ja schon vor langen Jahren im Ausland mit Erfolg ausgeprobt worden ist, direkt an der Leiche Witterung nehmen, und es ist sehr leicht möglich, ja sogar wahrscheinlich, daß diese Witterung, welche den zucht mit dem noch lebenden Ermordeten zusammengekommenen Menschen zum Gegenstande haben soll, die richtige ist. Aber eine hohe Bedenklichkeit liegt darin, Polizeihunde auch bei kleineren Verbrechen, wie Diebstählen und dergleichen, zu Rate zu ziehen und sie das herauswittern zu lassen, was die klagliche Polizeitechnik nicht findet. Aus den letzten Tagen werden antilichersits zwei solcher Fälle mitgeteilt, in denen der Polizeihund erfolgreich gewesen ist. Ein Dieb wurde ermittelt, weil er während des Diebstahls zufällig mit den Füßen in einen porzellanenen Schmalznapf geraten war und der Hund nun die charakteristische Schmalzspur aufnahm. Der auf diesem Wege Ermittelte legte angelehnt der noch an seinen Stiefeln gefundenen Fettflecke ein Geständnis ab. Schön, das läßt sich hören. Aber um so bedenklicher ist der andere Fall, bei dem es sich um eine Brandstiftung in der Lubeschen Möbelfabrik in Köpenick handelt. Hier hat der Polizeihund von der Brandstätte durch verschiedene Straßen nach einem Wirtshaus geführt, dort einen Stuhl und später in einer anderen Gegend einen Fliederstrauch gestiftet, neben dem die Laube eines Tischlers aus der Lubeschen Fabrik gestanden hat. Der also Verdächtige hat bisher entschieden in Abrede gestellt, der Täter zu sein. Bei diesem Falle kommt in Betracht, daß vor der Brandstiftung, also bis zum Arbeitschluß, an der Brandstelle sehr viele Personen verkehrt haben. Wie soll da nun der Hund ausgerechnet die Spur desjenigen herausfinden, der den Brand angelegt hat? Es ist möglich, wenn eine größere Menge Petroleum zur Brandstiftung benutzt wurde. In jedem anderen Falle bleibt die Witterung höchst zweifelhaft, zumal wenn man bedenkt, daß durch den Brandgeruch die Spuren des Täters stets verwischt sein müssen. Der Hund kann doch auch eine Spur aufnehmen von Personen, die zwar kurz vor der Brandstiftung an Ort und Stelle gewesen sind, aber mit den Verbrechern selbst nicht das geringste zu tun gehabt haben. Dasselbe ist bei Diebstählen sehr möglich, wenn der Fall nicht so außerordentlich günstig liegt wie mit dem Schmalznapf. Man sollte sich doch lieber bei dem neuen System eine sehr weise Beschränkung auferlegen, damit nicht absolute Unschuldige in Verdacht kommen. Sonst könnte es geschehen, daß unsere modernen Richter lediglich auf das problematische Zeugnis eines Polizeihundes hin einen Verdächtigen, der mit gutem Gewissen leugnet, verurteilen.

Schulpflichtige Kinder im kirchlichen Sonntagdienst. Der „Vossischen Zeitung“ wird geschrieben: „Es erregt in weitesten, auch kirchlich gesinnten Kreisen lebhaftest Mißstimmung, daß neuerdings jeden Sonntag nachmittags schulpflichtige Kinder, vorwiegend Mädchen, in den besuchtesten Vergnügungsorten der Bororote Traktanden verteilen und fromme Schriften zum Kauf anbieten. Das Sonntagspublikum empfindet diesen Hausierhandel mit Recht als Störung und Belästigung. Vor allem leiden aber auch die durchweg aus armen Familien stammenden Kinder selbst darunter. Sie müssen auf ihr eigenes Sonntagsergebnis verzichten und bekommen häufig von Leuten, die von der Kirche nichts wissen wollen, Worte zu hören, welche für empfängliche Kinderohren nicht bestimmt sind. Kirchliche Bestrebungen mitten in das Sonntagstreiben des Großstadtpublikums hineinzutragen, ist wohl nicht der geeignetste Weg, um neue Anhänger zu gewinnen. Eher schießt dieses Verfahren ab und mindestens sollten dazu erwachsene Personen genommen werden.“

Die Verwendung von schulpflichtigen Kindern zum Traktandenvertreiben haben wir schon vor längerer Zeit in unserem Blatte gerügt. Aus der an die „Vossische Zeitung“ gerichteten Zuschrift erhellt, daß dieser Unfug noch immer im Schwange ist.

Eine polizeiliche Röllschuhauferordnung. Im Reichen des Röllschuhes haben seit einiger Zeit die apathischen Straßen Groß-Berlins. Nicht nur die Jugend verzugnet sich hier sportmäßig auf

dem Röllschuh, sondern selbst gereifere Männer bedienen sich der flinken Räderhufe, um schnell dorthin zu kommen, und nebenbei auch etwas für die Gesundheit zu profitieren. Seit einigen Wochen hat das Berliner Straßenbild sogar durch den röllschuhlaufenden Geschäftsdienner, Dienstmann, Schornsteinfeger, ja sogar durch das röllschuhlaufende Dienstmädchen usw. ein ganz eigenartiges Aussehen bekommen. Dadurch ist der Röllschuh vom Sport zum Verkehrsmittel avanciert. Diese Ausbreitung des Röllschuh-sportes wird von den Wagenführern scheinbar angesehen, denn sie befürchten, daß der neue Straßenport eine bedeutende Gefährdung und Verschlechterung des Verkehrs mit sich bringt. Man kann es deshalb verstehen, wenn die Interessentenvereine dagegen mobil machen. Die Röllschuhbesitzer haben sich bereits gegen die Zulassung der Röllschuhläufer auf den Straßenbännen ausgesprochen und sind bei dem Verkehrskommissariat des königlichen Polizeipräsidiums wegen Einschränkung des Röllschuhlaufens auf der Straße vorstellig geworden. Wie wir hierzu erfahren, besteht beim Polizeipräsidium indessen keine Geneigtheit, den Röllschuhsport von der Straße vollständig zu verbannen, wie das ja auch bereits Schöneberg eingesehen und ein bezügliches Verbot einstweilen wieder zurückgezogen hat. Es wird jedoch am Alexanderplatz die Frage erwogen, ob es nicht angebracht erscheint, ähnlich wie beim Radfahren einzelne Straßenzüge, Straßenzweigungen und Plätze für das Befahren mit Röllschuhen zu verbieten.

Die Gebühr für die Erlaubnisbescheine zum Sammeln von Beeren und Pilzen ist für die Bororote von Berlin von der Regierung jetzt festgesetzt worden. Danach zahlen Kinder unter vierzehn Jahren und altersschwache Personen 10 Pf., alle übrigen Personen 1 M. Anträge auf Erteilung von Erlaubnisbescheinen werden in den Gemeindeämtern entgegengenommen. Wie ungleich übrigens die Gebühren für die Erlaubnisbescheine sind, geht daraus hervor, daß die Regierung zu Magdeburg die Preise der Erlaubnisbescheine ganz anders fixiert. Während sie den fiskalischen Waldarbeitern, deren Ehefrauen und deren schulpflichtigen Kindern den Erlaubnisbeschein mit 5 Pf. abläßt, erhebt sie von den übrigen Schulkindern, Personen über 60 Jahren, Unfall- und Jubilantenrentenempfängern 50 Pf. Alle anderen Personen haben für die Dauer der Sammelzeit 3 M. zu zahlen, resp. für eine Kalenderwoche 1 M. Dadurch wird mancher armen Familie das Sammeln von Waldbeeren oder Pilze unmöglich gemacht und ihnen somit dieser kleine Nebenverdienst genommen. Berliner Ausflügler aber mögen sich in acht nehmen, Beeren oder Pilze zu pflücken. Die Forstbeamten sind von ihrer vorgesetzten Behörde informiert worden, auf das strengste gegen solche „Waldfreier“ vorzugehen und deren Feststellung vorzunehmen, falls sich die letzteren nicht durch einen Gebührenschein legitimieren können.

Amzugskosten in Höhe von 1000 M. hat die Stadtverordnetenversammlung kürzlich dem von ihr zum befohlenen Stadtrat gewählten Herrn Dähning bewilligt. Bei dieser Gelegenheit kam der Magistrat, der die Vorlage zu machen hatte, in eine übele Situation. Es war bisher nicht üblich gewesen, Amzugskosten zu zahlen, es sind auch dem städtischen Finanzminister, Kämmerer Dr. Steiniger, solche nicht gezahlt worden. Da aber Herr Dähning eine solche Entschädigung gewährt werden sollte, entschloß sich der Magistrat, auch 1000 M. für Herrn Steiniger zu beantragen. Darob allseitiges Erstaunen, weil letzterer bereits drei Jahre amtiert. Die Stadtverordnetenversammlung hat allerdings stillschweigend die Vorlage passieren lassen. Wie jetzt bekannt wird, hat Herr Steiniger in einem Schreiben erklärt, daß er die Amzugskostenentschädigung nicht annehmen werde.

Vier Knaben durch Genuß von Wasserschierling vergiftet.

Ein entsetzliches Ereignis hat sich am Sonntagnachmittag am Plöhensee ereignet, durch welche zwei junge Menschenleben vernichtet worden sind, während ein drittes gegenwärtig mit dem Tode ringt. Gegen 4 Uhr nachmittags ruderte der Grenadier Scheiber in einem Boote auf dem Plöhensee und befand sich wenige Meter von der dort befindlichen Militär-Schwimmhalle, als er an dem schiffbewachten Ufer unfern der Bauischleiten vier Knaben liegen sah, die entsetzlich schlottern und bewußtlos waren. Der Soldat landete sofort und sah nun, daß die Jungen entsetzliche Schmerzen ausstanden; die Gesichter waren verzerrt und die Kinder krümmten sich konvulsivisch. Scheiber alarmierte sofort die Insassen der Schwimmhalle, unter denen sich auch ein Sanitätsunteroffizier befand. Es wurden alsbald Wiederbelebungsbemühungen angestellt und die Schwerverkrankten nach dem Rudolf-Virchow-Krankenhaus mittels Droschken übergeführt. Die Ärzte bemühten sich hier stundenlang um die erkrankten Kinder. Die Magen wurden ausgepumpt und die Sauerstoffbehandlung angewendet. Bei einem der Jungen, dem 7 Jahre alten Paul Schlewe aus der Bastianstr. 6a, hatten die ärztlichen Bemühungen auch alsbald andauernden Erfolg; er befindet sich bereits auf dem Wege der Besserung. Der Kleine gab nun an, daß er zusammen mit den anderen Jungen von der Bastianstraße aus nach dem Plöhensee gelaufen sei. Andere Knaben hätten ihnen erzählt, daß es dort Wasserrüben gäbe, die sehr gut schmeckten. Sie hätten nun auch solche Rüben mit großen Mättern gefunden und gegessen. Dann sei ihnen bald darauf schlecht geworden, alle vier hätten furchtbares Erbrechen gehabt und seien schließlich eingeschlafen. Die ärztliche Untersuchung ergab, daß der Kleine die Wahrheit gesagt hatte und die Kleinen sich durch den Genuß von Wasserschierling vergiftet hatten. Diese Pflanze ist eine der gefährlichsten Giftpflanzen Deutschlands. Sie hat einen dicken, weißen Wurzelstock mit rundem, hohlem, leichtgestreiftem Stengel, großen, kahlen Mätternansätzen, die wiederum schmal-lanzettförmige, scharfgesägte Blättchen aufweisen. Die Pflanze riecht stark billärsähnlich und beläudend, sie schmeckt peterillienartig und wirkt später brennend. Die Wurzel, die Rübenform aufweist, ist der giftigste Teil der Pflanze. Der Genuß des Wasserschierlings verursacht Erbrechen, Schwindel, Bewußtlosigkeit, epileptische Krämpfe und Nadenstarre; nach wenigen Stunden tritt bei starken Vergiftungen der Tod ein.

Gegen 1/2 Uhr verstarb unter den Händen der Ärzte das erste Opfer der Schierlingsvergiftung, der 7 Jahre alte Willi Zibell aus der Bastianstraße 7, wenige Minuten später war auch der 8jährige Schüler Mich. Jawadzki, Gropiusstraße 8 wohnhaft, tot. Das vierte Opfer, der 9 Jahre alte Sohn Ernst des in der Bastianstraße 18 wohnenden Wäckermeisters Niedzwitz liegt fast hoffnungslos danieder.

Ueber die Schierlingsvergiftung werden noch folgende Einzelheiten mitgeteilt: Die vier Knaben besuchten gemeinsam die 225. Gemeindefchule in der Röttgerstraße. Jawadzki war 8, Zibell 7 Jahre alt, Niedzwitz zählt 11 1/2, Schlewe 11 Jahre. Jawadzki's Vater, der jetzt in der Gropiusstraße 3 wohnt, hatte früher in der Bastianstraße ein Geschäft. Die Knaben, die öfter miteinander gespielt hatten, trafen sich Sonntag nachmittags um 4 Uhr auf dem Brunnenplatz in der Nähe der elterlichen Wohnungen. Den Eltern hatte jeder gesagt, daß sie nur auf der Straße oder auf dem Brunnenplatz spielen wollten. Statt dessen gingen alle vier nach der Jungfernhöhe. Dort fanden sie, wie gestern vormittag im Wichow-Krankenhaus Ernst Niedzwitz bei einer Unterhaltung von wenigen Minuten seiner Mutter mitteilen konnte, die verhängnisvollen Rüben. Schlewe, dessen Vater, ein Omnibusfahrer, eine Laube besitzt, hielt die Schierlinge

knollen für Mohrrüben, wie sein Vater sie in der Laubenkolonie baute. Er schnitt sie mit seinem Taschenmesser ab, schälte sie und gab jedem eine. Nach dem Genuß wurden alle schläfrig, am wenigsten Niedzwitz, der seine Rübe nur halb aß, weil sie ihm nicht schmeckte. Als ein Gendarm die Knaben auffand, waren Jawadzki und Zibell schon bewußtlos; auch die beiden anderen konnten nicht mehr sprechen. Während man sie von der Schwimmhalle anstalt mit einem Kramper nach dem Krankenhaus brachte, suchten die Eltern vergeblich nach ihnen. Zufällig hatte der Pförtner Mohr aus der Bastianstraße 6 in der Nähe des Krankenhauses einen Bekannten besucht. Er sah den seltsamen Krankentransport, ging neugierig näher und erkannte Niedzwitz. Er wollte nun schleunigst dessen Eltern benachrichtigen, traf sie aber erst um 9 1/2 Uhr, weil sie bis dahin ihren Sohn gesucht hatten. Niedzwitz fuhr sofort mit einer Droschke nach dem Krankenhaus, und nun konnte man bald auch die anderen Knaben feststellen. Das Befinden des Kleinen Schlewe ist immer noch bedenklich, während für Niedzwitz keine Gefahr mehr besteht.

Berliner Klybverein für Obdachlose. Im Monat Juni nächstigen im Männerzahl 14 770 Personen, im Frauenzahl 4054 Personen.

Als Stellenschwinder ist ein 28 Jahre alter Kaufgärtner Willi Dähning am Sonnabend festgenommen worden. Der Schwinder sprach Männer, die ihm geeignet erschienen, auf der Straße an und hieselte ihnen mit gewandtem Redefluß vor, sein Vater, der in Charlottenburg ein großes Geschäft betreibt, suche einen Kutscher. Hatte er ein Opfer sicher gemacht, so fiel ihm plötzlich ein, daß er im Warenhaus Lütz noch Pferdebedecken zu bezahlen habe, aber augenblicklich nicht das Geld besitze. Der neue Kutscher legte gern 20 bis 30 M. aus. Bevor er dann zu Lütz ging, führte ihn Dähning in ein Automatenrestaurant zu einem Glas Bier und verschwand durch den zweiten Ausgang mit seiner Beute. Der Verhaftete ist in mehreren Fällen gefänglich, hält aber mit anderen Angaben noch hinter dem Berge. Er ist ein Mann mit blondem Haar und kleinem, blondem Schnurbart, 1,50 Meter groß, spricht Berliner Mundart und trug einen langen schwarzen, an den Hüften anschließenden Mantel und einen schwarzen steifen Hut.

Beschwerden über das Wannseebad werden wieder laut. Seitdem sich der sogenannte Freibaderverein der Sache bemächtigt hatte, war es mit dem Freibad; es ist in eine regelrechte Badeanstalt umgewandelt worden. Und die Mißstände sind nicht weniger geworden, eher haben sie zugenommen. Ein Schalter ist vorhanden, an welchem man sich für 10 Pf. den Eintritt erkaufen muß. Wie es dort aussieht, wird in der „Vossischen Zeitung“ wie folgt dargestellt: „Es stauten sich vor ihm gewaltige Scharen und nur nach hartem Kampf und unbehaglichem Warten waren wir im hochumgitterten Badegelande. Dort erneuten sich Kampf und Karger vor den Zelten. Auf Grund besagten Rüdels hatten wir unser Willkür erungen, kraft dessen unsere Kleidung in Verwahrung genommen werden sollte. Wohl sechzig bis achtzig Mann standen regelmäßig badefertig da, die Sachen über dem Arm zur Abgabe bereit. Aber nur wie die Schmecken bewegten sich die zwei Angestellten hinter der Kriistung. Nicht gute Worte, nicht Ausdrücke der Entrüstung brachten sie aus ihrer stoischen Ruhe. Wohl eine halbe Stunde standen wir und warteten vergeblich. Mit wachsender Ungeduld sahen wir, wie neben und hinter uns die Kleidung abgenommen und feierlich langsam geborgen wurde. Endlich erköfte uns ein guter Mensch. Er sagte uns, daß wir durch die Dpserung eines neuen Rüdels doch wohl an die Reihe kommen würden. Und siehe da, der zweite Rüdell half. Heuchlich wie bei der Abgabe der Kleider sind die Verhältnisse auch bei deren Wiederabholen. Freilich ist da kein Extrarüdell mehr nötig. Da gehört es sich doch, daß der Freibaderverein Mühe sich schafft. Für Wannsee mühten zwei oder drei Kontrollanten und mindestens vier Mann zur Aufsichtigung an den Zelten vorhanden sein, wenn das Freibad die ermordeten Sympathien nicht verlieren soll. Die schon angeregte Anlage eines Trinfbrunnens fehlt auch noch. Sie ist unzweifelhaft notwendig, wenn die hohe Obrigkeit auch noch die Erlaubnis des Ausschanks alkoholischer Getränke im Freibad nicht gestattet.“

Wie uns mitgeteilt wird, scheinen die Angestellten lediglich auf Trinkgelder zu lauern und wer kein gibt, kann sehen, wie er seine Sachen los wird. Für Aufbewahrung von Wertachen wird eine besondere Gebühr erhoben. Es ist nichts weiter als eine sorgfältige Geldschneiderei.

Einem gefährlichen Bräutigam hatte ein Dienstmädchen aus der Turmstraße. Im vergangenen Monat wurde bei einem Kaufmann, bei dem das Mädchen in Stellung war, ein Sonntagnachmittags-einbruch verübt. Der Täter erbeutete Gold- und Silberfachen und 200 M. bares Geld. Die Kriminalpolizei erfuhr bei ihren Nachforschungen, daß das Dienstmädchen des Bestohlenen in den Zelten einen jungen Mann kennen gelernt und mit ihm verkehrt hatte. Seit dem Einbruch aber hatte sich der Geliebte nicht mehr sehen lassen. Das Mädchen sah auf dem Polizeipräsidium zu seiner nicht gerade angenehmen Liebesgeschichte, daß das Bild des Geliebten das Verbrecheralbum zierte. Trotz dieser Entdeckung und ungeachtet seiner Treulosigkeit aber war es ihm doch immer noch etwas gut. Als er ihm auf dem Heimwege am Rosenhaler Tor begegnete, hatte es nichts Eiligeres zu tun, als ihm mitzuteilen, was für ein Verdacht gegen ihn schwebte. Also getarnt, packte der Eindreher, ein 34 Jahre alter Schlosser Nikolas Bis aus Wosen, seine Koffer und fuhr nach den Ostseebädern ab. Von dort begab er sich nach Stralau. Jetzt aber kehrte er mittellos nach Berlin zurück, und als er so unvorsichtig war, in seiner früheren Wohnung nach diesem und jenem einmal nachzufragen, wurde er festgenommen und gestern dem Untersuchungsrichter vorgeführt. Die Beute aus der Turmstraße hatte er längst verschärft, dagegen fand man noch andere gestohlene Sachen bei ihm, u. a. einen großen gelben Mohrplattentoffer mit dem Zeichen W. R. Taschentücher die H. B. W. R. J. M. und G. D. gezeichnet sind, Oberhemden mit dem Zeichen R. C., eine silberne Zylinderuhr mit der Nummer 22 553 und eine fast neue Luftpistole. In seinem eigenen Schutze trug der Verbrecher eine geladene Browningpistole. Die Eigentümer der beschlagnahmten Sachen können sich im Zimmer 96a bei der Kriminalpolizei melden.

Eine Hoch- und Tiefbaugesellschaft gründeten vor einigen Monaten die Kaufleute Paul Rüdell, Max Herrmann und Willi Thal in der Magazinstraße 16a, um auf dieser gut klingenden Grundlage Geschäfte zu machen. Sie suchten durch Anzeigen Personal mit Vereinstagen und stellten jeden, der sich meldete, als Materialienverwalter an, obwohl sie auch nicht das geringste Material besaßen. Die Einlagen, die bei der Deutschen Bank oder bei einem Notar niedergelegt werden sollten, stießen die Unternehmer in der Weise in das Geschäft, daß sie sie in keinen Wirtschaften in Geld anlegten oder auch für Automobilsfahrten und dergleichen ausgaben. Auch in den Kontoräumen veranstalteten sie mit dem Gelde ihrer Materialienverwalter, die oft mehr als 1000 Mark einzahlten, kostspielige Festgelage. Wenn die Angenommenen endlich auf Anstellung und Beschäftigung drangen oder auf Zurückzahlung ihrer Einlagen, so warf man sie lurcherhand hinaus und drohte ihnen obendrein noch mit einer Anzeige wegen Hausfriedensbruchs. Rüdell nahm nebenher auch noch Aufträge zur Einziehung von Forderungen an, erledigte sie aber nicht im Sinne seiner Auftraggeber, sondern stark zu seinem eigenen Nutzen. Auf diesen beiden Wegen floßen der „Hoch- und Tiefbaugesellschaft“ viele Tausende zu, bis die Kriminalpolizei jetzt das Geschäft schloß und die Gründer nach Moabit brachte. Wahrscheinlich hat ein Teil der Opfer noch gar keine Anzeige gemacht.

Beim Baden ertrunken ist der Schlosser Paul Kiege aus der Schulendorferstraße 27. Er war mit einem Freund nach dem Schaffersee bei Reinickendorf gewandert, um dort zu baden. An verborgener Stelle ging er ins Wasser und schwamm tief in den See hinein. Etwa in der Mitte sank er plötzlich unter. Die Kräfte hatten ihn verlassen, so daß er sich nicht mehr an der Oberfläche halten konnte. Die auf die Hilferufe des jungen Mannes hin unternommenen Rettungsversuche waren leider vergeblich. Die Leiche des Ertrunkenen konnte einige Stunden später gebadet werden. — Ertrunken ist ferner ein unbekannter etwa 35-jähriger Mann in der Oberspree. Zwischen Köpenick und Oberschönebrunn hatte der Fremde gleichfalls an verborgener Stelle in dem Fluß gebadet. Er überschätzte dabei seine Kräfte und als er wieder ans Ufer zurückschwimmen wollte, ließen die Kräfte bei ihm nach. Vergeblich bemühte sich der Schwimmer, das Land zu erreichen. Er ging unter und kam nicht wieder zum Vorschein.

Ein tödlicher Straßenbahnunfall ereignete sich am gestrigen Montag gegen 17 Uhr abends am Zoologischen Garten. Zur genannten Zeit stand der Fahrmeister Brenzel gegenüber den Ausstellungshallen auf dem Bürgersteig, als das Privatautomobil Nr. N. 1885, geführt von dem Chauffeur Heinrich Schubert aus Greifswald, so dicht an der Vordachkante vorbeifuhr, daß P. umgerissen und über die Rasenanlagen hinweg auf den Fahrweg geschleudert wurde. Unglücklicherweise fährte der Fahrmeister unmittelbar vor einem herannahenden Straßenbahnwagen der Linie 64 auf die Schienen nieder. Er wurde, obwohl der Wagenführer sofort die Bremsen anwandte, überfahren und geriet mit dem ganzen Körper unter den Schuttrahmen. Durch die von Straßenpassanten alarmierte Feuerwehre wurde der Wagen angehoben, doch konnte der Bedauernswerte nur tot herbeigezogen werden. Die Leiche des Verunglückten, der in der Spanbauer Straße 21 in Charlottenburg wohnte und im Dienste der Großen Berliner Straßenbahn stand, wurde nach dem Schauhaus übergeführt.

Aus dem vierten Stock abgestürzt. Ein bedauerlicher Unfall ereignete sich am Sonntag auf dem Grundstück Marienburger Straße 30. Dort soll ein Hintergebäude frisch gestrichen werden, weshalb ein großes Gerüst aufgeführt worden ist. In Abwesenheit der Eltern kletterten nun mehrere Kinder im Alter von 10—12 Jahren auf jenes Gerüst und trieben allerlei Unfug. Der zwölfjährige Sohn Karl des Arbeiters Neumann wagte sogar, bis in die Höhe des vierten Stocks zu klettern. Plötzlich verlor er das Gleichgewicht und stürzte in die Tiefe. Mit schweren inneren Verletzungen und Knochenbrüchen blieb der Knabe auf dem alphabetierten Hofe liegen. Er wurde von einem Schuttmann sofort nach dem Krankenhaus am Friedrichshain geschafft, wo er verblieb. Es besteht wenig Hoffnung, das Kind am Leben zu erhalten.

Ein Kinderfreund. Am Montag beobachteten mehrere Frauen im Treptower Park einen Mann, der sich in auffälliger Weise an Kinder heranmachte. Nach ihrer Ansicht geschah es in unästhetischer Absicht und Weise, und beantragten sie seine Verhaftung durch einen Parkwächter. Angeblich heißt er Alfred Gernot und wohnt in der Dolgier Straße.

Ein Schnellbahnführer. Soeben ist von der Hochbahngesellschaft ein kleines Büchlein ausgegeben worden, das sich als „Führer“ auf der Hoch- und Untergrundbahn bezeichnet und das den Fahrplänen der Hoch- und Untergrundbahn ein leichtes Orientierungsmittel sein soll. Bisher wurde die Ausgabe eines besonderen Fahrplans an das Publikum nicht für nötig erachtet, weil die Züge von allen Stationen aus in so dichter Aufeinanderfolge verkehren, daß der Fahrgast, wo er auch die Schnellbahn betritt, nach wenigen Minuten Anschluß findet. Aber mittlerweile ist das Unternehmen seit der Eröffnung im Jahre 1902 doch stark an Umfang gewachsen. Es sind die Verlängerungen vom Zoologischen Garten nach Charlottenburg und Westen dazu gekommen und ebenso im vergangenen Jahre die Strecke ins Stadtimmer, vorläufig bis zum Spittelmarkt. Dadurch ist der Betrieb doch etwas umfangreicher geworden und ein Orientierungsmittel wurde wünschenswert. So bringt denn der „Hochbahnführer“ die Abfahrtszeiten für alle Stationen, Ueberblicken über die ersten und letzten Züge, eine Tabelle, welche die Fahrpläne zwischen je zwei beliebigen Stationen erkennen läßt, und eine besonders für Fremde wünschenswerte Zusammenstellung vielbesuchter öffentlicher Gebäude, Kiemer, Vergnügungsorte usw. mit Angabe der nächsten Schnellbahnstation. Auf der Rückseite findet sich ein Stadtplan, auf dem die in Betrieb befindlichen Strecken der Hoch- und Untergrundbahn dargestellt sind, ebenso wie die in einigen Jahren von der Gesellschaft zu vollendenben Verlängerungsfreuden. Der Führer wird an allen Schaltern der Hoch- und Untergrundbahn zum Preise von 5 Pf. ausgegeben.

Der Arbeiter-Schwimmer-Bund hielt am Sonnabend sein 11. Sommerfest auf dem Mühlentorsee ab. Ueber 3000 Zuschauer, die sich im Restaurant „Neu-Seeland“ eingefunden hatten, zeugten dafür, daß der Bund recht getan habe, mit der Arbeitern unwürdigen Preisjäger zu brechen und eine Pflegestätte wirklich vollständiger Schwimmer zu werden. Mit einem Aufschwimmen der Vereine wurde das Programm eröffnet, das u. a. Ringenschwimmen, Gruppenpringen, Rettung im Wasser, Verunglückter, Damen-Swimmen usw. enthielt. Ein gewissermaßen klassisches Schwimmen von der Liebesinsel bis zum Restaurant „Neu-Seeland“ (1350 Meter) bereinigte 20 Jugend- und 20 Männermitglieder am Start, die in einer wesentlichen kürzeren Zeit wie in den Vorjahren diese lange Strecke bewältigten und in der alle Teilnehmer bis zum Ziel durchschwammen, während unter der Herrschaft des Siegerfranzosen die Begleitboote von den „Sportlichen“ Helden stark in Anspruch genommen wurden. Unter stürmischer Feierlichkeit wurde dann ein Wasserkauspiel aufgeführt und nach eingetretener Dunkelheit bildete ein vorzüglich ausgeführter Lampionreigen den Schluß des Programms.

Ein großer Dachstuhlbrand beschäftigte am Sonntag mittig die 4. Kompanie in der Woyenstr. 20. Die Feuerwehre mußte längere Zeit tüchtig löschen und dann aufräumen, bevor die Gefahr für die angrenzenden Gebäude beseitigt war.

Radrennen zu Treptow, 4. Juli. Ein 24 Stunden-Rennen, das mit sechs Reifern zu 2000, 1900, 1500, 1200, 900 und 600 M. ausgestattet war und am Sonnabend 7 Uhr abends begann, vereinigte 24 Fahrer, von denen je zwei, die sich nach Belieben ablösen konnten, eine Mannschaft bildeten. Sieger in dem langen Rennen waren **Stabe-Pawle** mit 818,045 Kilometer vor **Kudela-Peter**, **Stellbrink-Teinls**, **Hoffmann-Müller**, **Kudel-Schmild** und **Schallwig-Steckum**, die in kurzen Abständen folgten. Nicht placiert endeten: **Samann-Sterba**, **Hansen-Hildebrand**, **Wöhe-W. Theiß**; zwei Runden zurück: **Bettinger-Higler**; weit zurück waren: **Campe-Selmer** und **Gombault-Kurzmeier**. Ein weiterer Teilnehmer, der bekannte Ludwigshafener **D. Meyer**, gab infolge Unpäßlichkeit in der siebenten Stunde auf; für ihn sprang **Höhler** ein, der mit **Meyers** Partner **Bettinger** eine neue Mannschaft bildete. **Gombault-Kurzmeier** und **Campe-Selmer** waren infolge von Reifenschäden schon von der 10. bezw. 18. Stunde zurückgeblieben; sie fuhren trotzdem bis zum Ende mit, namentlich **Selmers** Leistungen sind sehr anerkanntswürdig, denn er holte zuletzt von seinem Rückstand mehrere Runden auf. **Reun** war ohne Verlust; ihre schließliche Placierung wurde in einem über 15 Stunden gehenden Endlauf festgestellt. Die Veranstaltung war vom besten Wetter begünstigt; der Besuch war ein guter.

Vorort-Nachrichten.

Schöneberg.

Das Kindererholungsheim in Woldigum auf Föhre ist nunmehr fertiggestellt und seiner Bestimmung übergeben. Das Heim befindet sich an der Südwest-Spitze der Insel Föhre, direkt am Strande der Nordsee. Ueber die Einrichtung des Heims haben wir bereits vor einiger Zeit alles Notwendige gesagt. Aufgenommen sollen nur krebtschlechte, kochentuberkulöse und von der Tuberkulose irgendwie

bedrohte Kinder werden. Ausgeschlossen von der Aufnahme sind Kinder mit offener Lungentuberkulose. Das vielumstrittene Waderecht hat durch das Entgegenkommen der Behörden eine augenblickliche Lösung infolge gefunden, als Schöneberg eine Verurteilungsbefugnis von 200 M. zahlt, bis das zuständige Gericht die strittige Frage entschieden.

Durch die Vermehrung der Gesamtzahl der Stadtverordneten von 60 auf 68 im November 1907 erhielt jede Abteilung 2 Stadtverordnete zugeteilt. In den darauf vorgenommenen Wahlen wurden neugewählt in der 1. Abteilung die Herren **Reimer** und **Salinger**, in der 2.: **Meyer** und **Stärke**, in der 3.: **Küter** und **Wolfram**. Nach § 18 der Stadtordnung werden die Stadtverordneten auf sechs Jahre gewählt. Alle zwei Jahre scheidet ein Drittel der Mitglieder aus und wird durch neue Wahlen ersetzt. Die das erste und zweite Mal Auscheidenden werden für jede Abteilung durch das Los bestimmt. Bei der nun von dem Magistrat vorgenommenen Auslosung unter den sechs Herren fiel, soweit die 3. Abteilung in Frage kommt, das Los auf den Stadtverordneten **Meyer** (liberale Fraktion) und **Wolfram** (soz. Fraktion). Für diese beiden Herren, deren Mandat mit dem 31. Dezember d. J. erlischt, findet im November eine Neuwahl statt.

Gleichzeitig mit diesen Wahlen erfolgen die Neuwahlen der turnusgemäß Auscheidenden. In der 1. Abteilung scheideten die Herren: **Behrend**, **J. Fröhlich**, **Dehne**, **Dr. Jacoby**, **Knorr**, **Lusche**, **Alterthum** und **Bamberg**. In der 2. Abteilung die Herren: **Eisenberg**, **Moniac**, **v. Olszewski**, **Wartelt**, **Brunhuber**, **v. Glasenapp**. In der 3. Abteilung die Herren: **Wandmann**, **Bismark**, **Polenz**, **Porisch**, **Hoffmann**, **Frühch** und **Wollermann**. Davon gehören der unabhängigen Fraktion (sogenannte Hausbesitzergruppe) an die Herren: **Behrend**, **J. Fröhlich**, **Dehne**, **Lusche**, **v. Glasenapp**, **Polenz**. Der liberalen Fraktion gehören an die Herren: **Dr. Jacoby**, **Alterthum**, **Eisenberg**, **Moniac**, **Wartelt**, **Wandmann**, **Porisch**. Zu der liberalen Fraktion (die sogenannten Entschiedenen) gehören die Herren: **Bamberg**, **v. Olszewski**, **Brunhuber**, **Bismark**. Zu der sozialdemokratischen Fraktion gehören: **Hoffmann**, **Frühch** und **Wollermann**. Fraktionslos: Herr **Knorr**. Augenblicklich gehören der Stadtverordnetenversammlung an 33 Hausbesitzer, die 2,7 Proz. vertreten und 28 Mieter, die 97,3 Proz. der Wahlberechtigten vertreten. Krasser kann der soziale Unterschied und die politische Entrechtung nicht zum Ausdruck kommen als bei dieser Besetzung. Darum die Augen auf bei Einsichtnahme in die Wählerlisten!

Ferienspiele für diejenigen Schulkinder, die nicht während der Sommerferien verreisen können, finden wiederum unter Aufsicht von Lehrern täglich vormittags von 9—12 Uhr für Mädchen, nachmittags von 4—7 Uhr für Knaben auf dem städtischen Platz östlich der Katharinenkirche, Rubensstraße, statt. Nach dem einstimmigen Urteil der Lehrer und Schularzte zeichneten sich gerade die Kinder, welche im Vorjahre regelmäßig die ganzen Ferien hindurch an den Spielen teilnahmen, in der Schule durch körperliche und geistige Frische und Spannkraft aus, gerade als ob sie in einer Sommerfrische gewesen wären. Um Störungen und Unglücksfälle zu vermeiden, ist es geboten, daß die Kinder den Aufschlag und Weisungen der Spielleiter willig Folge leisten. Es ist wünschenswert, den Kindern Kaffee und Brot mitzugeben, Bier oder andere geistige Getränke sind ausgeschlossen. Wenigende Kleidungsstücke — Korsetts, hohe Kragen — sind gesundheitschädlich, daher nicht zu tragen.

Aufnahmen und Beiträge für die Ferienkolonie nimmt die Parteipedition, Martin-Luther-Straße 51, ebenfalls entgegen.

Stegly.

Ein Unglücksfall, wobei fünf Personen zu Schaden kamen, hat sich am Sonnabendnachmittag in Stegly angetragen. Das Haus Kuhlshof 2 wird gegenwärtig einem Umbau unterzogen. Zu diesem Zweck ist ein hohes Gerüst für die Ausführung der Arbeiten errichtet worden. Am Sonnabendnachmittag brach das Gerüst plötzlich zusammen. Fünf Maurer, die oben beschäftigt gewesen waren, wurden mit in die Tiefe gerissen. Als ein Wunder ist es zu betrachten, daß keiner der Verunglückten schwer verletzt wurde. Sie hatten alle nur leichtere äußere Wunden davongetragen. Die Ursache des Einsturzes wird angeblich darauf zurückgeführt, daß die Stützen der Balken alt und morsch waren.

Beim Volksfest am vergangenen Sonntag sind gefunden worden ein Portemonnaie mit Inhalt und eine Korallenkette mit Kreuz. Abgeholt bei **D. Höhn**, Stegly, Marktstr. 9, vorn III.

Tempelhof.

Leut Bekannmachung des hiesigen Gemeindevorstandes vom 4. Juli ist nunmehr seitens des Regierungspräsidenten auch für den hiesigen Ort der **Aktuhr-Ladenstrich** angeordnet worden. Das Vorgehen einiger Rückwärtler ist demnach zweifelhaft gewesen. — Die Zahl der bei der hiesigen Volksbibliothek eingeschriebenen Leser hat sich Ende Juni auf 1390 erhöht. Im letzten Halbjahr wurden 15 170 Bücher gegen 11 045 in derselben Zeit des Vorjahres (= 87,3 Proz. mehr) ausgegeben. Der Bücherbestand beträgt 3855.

Alt-Osternie.

Auf zur Ersatzwahl zur Gemeindevertretung! Arbeiter, Handwerker, Parteigenossen, Wähler der dritten Abteilung! Heute, den 6. Juli, abends von 6—8 Uhr, findet die Ersatzwahl für unsern Genossen **Adolf Gerlach** statt; derselbe ist durch Verzug nach außerhalb gezwungen gewesen, sein Amt niederzulegen. Von der sozialdemokratischen Partei ist der Genosse **Hermann Riege**, Restaurateur, als Kandidat aufgestellt worden. Es ist Pflicht eines jeden Arbeiters, unsern Kandidaten **Hermann Riege** die Stimme zu geben. Nur der Vertreter der Sozialdemokratie ist in der Lage, die Interessen der arbeitenden Bevölkerung in der Gemeinde wahrzunehmen. Da unsere Gegner versuchen und den Sieg streitig zu machen, darf am Dienstag kein Wähler den Termin veräumen. Die Wahl findet am 6. Juli von 6 bis 8 Uhr abends im Lokale des Herrn **Habrecht** statt.

Gerichts-Zeitung.

„Stramm versorgt mit gutem Hapen“.

Am Karfreitag hatte der Gesangsverein „Liedeslust“ eine Herrenpartie veranstaltet, an der ungefähr 40 Personen teilnahmen. Abends 1/2 8 Uhr kam man nach Tegel, um von dort nach Hause zu fahren. Es waren ungefähr noch 30 Mann von der Herrenpartie, die übrigen hatten sich, ermüdet von der langen Wanderung, schon früher auf den Heimweg begeben. In Tegel waren jedoch wie an jedem Sonn- und Feiertag noch große Massen anderer Ausflügler, die teils denselben Weg gingen wie der Gesangsverein oder sich ihm anschlossen hatten, weil es ihnen Spaß machte. Ein Berufsführer **Adam** erklärte nun in diesem Strom von Ausflüglern offenbar einen höchst staatsgefährlichen Demonstrationzug und lief zur Polizei, um das Vaterland zu retten. Die Polizei war dann auch gleich zur Stelle. Ihr offenbar recht unnötiges Eingreifen und die Verhaftung eines Teilnehmers der Herrenpartie führte natürlich zu einer gewissen Erregung in der Menschenmenge. Dabei soll dem Polizeikommissar **Hiescher** mit einem Schirm der Helm vom Kopfe geschlagen worden sein, was zu einer zweiten Verhaftung führte.

Aus diesen Vorgängen entwickelte sich ein Strafprozess gegen **Krause** und **Genossen**, der gestern das Schöffengericht in Moabit beschäftigte. Die Anklage lautete teils auf groben Unfug, teils auf Beleidigung und Widerstand gegen die Staatsgewalt. Der Angeklagte **A.** soll ein „Banner“ getragen haben, hatte auch eine Papierkassette aufgeführt und einen Papierzylinder auf dem Kopfe,

Das „Banner“ war jedoch nicht etwa rot, sondern in Wirklichkeit nur ein Stück graue Pappe mit der Aufschrift: „Stramm versorgt mit gutem Hapen, wandern wir nach Mutter Grün“ usw. Der Zylinder war auch grau und nur die Kasse hatte die gefährliche rote Farbe. So bestätigte es auch der als Zeuge vernommene Sanitätsrat **Riser**, der die Ereignisse von seinem Balkon aus zugehört hatte. Dieser Zeuge behauptet ferner, gesehen zu haben, wie mit dem Schirm geschlagen wurde, weiß aber nicht, ob der Angeklagte **S.** der Täter war. Darauf wurde der Polizeikommissar **Hiescher** vernommen. Er will gehört haben, daß die Karfreitagsefungen wurde; die Melodie kenne er sehr gut, den Text jedoch nicht. Den **A.** habe er verhaftet, weil er das Banner trug und weil er ihn für den Anführer hielt. Gefungen habe **A.** nicht und widerlegt habe er sich auch nicht. Wer ihn von hinten mit dem Schirm geschlagen, hat der Zeuge nicht gesehen. — Der dritte Zeuge, **Amtsdiener Petri**, behauptete jedoch bestimmt, daß der Angeklagte **S.** der Täter war, was dieser, der übrigens gar nicht zu der Herrenpartie gehörte, entschieden bestrittet, um so mehr, als er sich auf der anderen Seite der Straße befand, als der Schlag ausgeführt wurde. Schließlich wurde noch der Gesangsvereinsvorsitzende **Neub** vernommen. Auf Befragen über die Tendenz des Vereins erklärte er, daß schon nach dem Statut politisch ausgeschlossen sei. Im übrigen schilderte er die Vorgänge, wie wir sie zu Anfang des Berichtes wiedergegeben. Es war eine harmlose Herrenpartie, wie sie der Verein alljährlich veranstaltet. Man wollte sich gerade nach dem Bahnhof begeben, als die Menge herzukam und die Polizei sich in den Weg stellte. Der Verein selbst hat in Tegel nicht gesungen. Auf Vernehmung weiterer Zeugen wurde verzichtet. Der Staatsanwalt beantragte gegen den Angeklagten **A.** 5 M. Geldstrafe wegen groben Unfugs. Daß **A.** gesungen habe, sei nicht festgestellt. Sein Aufzug sei jedoch — als grober Unfug anzusehen. Daß **S.** sich an dem groben Unfug beteiligt habe, sei nicht festgestellt. Er sei jedoch derjenige, der mit dem Schirm geschlagen habe, und er habe sich auch bei seiner Abführung zur Wehr gesetzt. Es sei ihm zugute zu halten, daß er sich wegen der seiner Meinung nach ungerichtfertigen Verhaftung des **A.** in erregter Stimmung befunden habe. Gegen ihn beantragte der Staatsanwalt 20 M. wegen Beleidigung und 30 M. Geldstrafe wegen Widerstand.

Der Verteidiger, **Rechtsanwalt Karl Liebnacht**, führte aus, daß die ganze Geschichte mit dem „Banner“ usw. von Anfang an humoristisch erscheine. Wenn Herr **Adam** nicht zur Polizei gelaufen wäre, so wäre nichts Besonderes passiert. Dadurch erst habe die Sache einen ernsten Anstrich bekommen. Der Karfreitag gelte gewiß als ein erster Tag, aber selbst da, wo die Kirche im Volke wurselt, werde mit dem Ernst oft der Scherz verbunden. Auch der Angeklagte **A.** habe sicher nicht die Absicht gehabt, die religiösen Gefühle irgendwelcher Leute zu verletzen. Der § 300 des Strafgesetzbuches könne hier nicht in Anwendung kommen. Darum beantrage er Freisprechung des Angeklagten, zumal ja von irgend-einer Verletzung oder Gefährdung nicht die Rede sein könne. Der zweite Angeklagte habe ja seinerseits entschieden in Abrede gestellt, geschlagen oder sich bei der Verhaftung gesträubt zu haben. Wenn das Gericht aber auf Grund der belastenden Aussagen zu einer Verurteilung komme, so sei jedenfalls mit Rücksicht auf die ganzen Umstände eine mildere Strafe angebracht, als vom Staatsanwalt beantragt.

Das Gericht verurteilte **A.** wegen groben Unfugs zu 10 M. oder zwei Tagen Haft, **S.** wegen Beleidigung und Widerstand zu 40 M. oder 8 Tagen Haft. Von der Anklage wegen groben Unfugs wurde **S.** freigesprochen.

Das staatsgefährliche Hoch.

Gegen ein Urteil des Amtsgerichts Berlin-Schöneberg, das dem Landgericht Mag. Dittmann am 30. April freisprach, als er sich wegen einer kleinen Wahlrechtsdemonstration verantworten mußte, hatte die Anklagebehörde Berufung eingelegt. Die Sache kam gestern vor der 2. Strafkammer des Landgerichts II zur Verhandlung. Dittmann sollte sich des „groben Unfugs“ schuldig gemacht haben. Er kam am Tage der Wahlrechtsdemonstration unserer Partei, am Sonntag, den 24. Januar, aus einer überfüllten Versammlung in Moabit. Mit einer Schar von Parteigenossen, etwa 40 Personen, die er unterwegs traf, zog er vor das Haus des Abgeordneten **Frischbeck** in der Burggrafenstraße, wo die Schar ein dreimaliges Hoch auf das freie Wahlrecht ausbrachte. Die Hochrufe lösten Polizeibeamte herbei, die Dittmann festnahmen. Der Staatsanwalt erwirkte gegen den Hebeläter einen Strafbefehl, der auf 4 Wochen Haft lautete. Von dem Schöffengericht, an welches Dittmann sich nun wandte, wurde er freigesprochen; die Kosten des Verfahrens wurden der Staatskasse auferlegt. In der Begründung dieses Urteils hieß es: „Die Beteiligten zerstreuten sich, als Polizeibeamte kamen und sie zum Auseinandergehen aufforderten. Das Rufen wurde nach Aussage des Zeugen **Kunze** (Wachtmeister) von ihm auf etwa 20 Schritt gehört. Es war nicht besonders laut. In diesem Verhalten des Angeklagten ist von dem Gericht ein grober Unfug nicht gefunden worden. Ein solcher läßt sich wohl unter Umständen in dem Veranstaltung derartiger öffentlicher Demonstrationen erblicken. Voraussetzung ist dann aber, daß dadurch die öffentliche Ordnung der Allgemeinheit gestört wird. Hier hat es sich aber nur um eine ganz harmlose Kundgebung zugunsten eines im Reiche geltenden und auch für Preußen verlangten Wahlrechts gehandelt, die keinen die öffentliche Ordnung störenden oder gefährdenden Charakter trug, sondern, abgesehen von einigen nicht besonders lauten Hochrufen auf das allgemeine direkte Wahlrecht, ruhig verlief. Die Teilnehmer gingen auch gutwillig auseinander, als sie von den Beamten dazu aufgefordert wurden.“

Diese Darstellung des Vorfalls wurde im wesentlichen auch vor der Berufungsinstanz durch die Zeugen, den Wachtmeister **Kunze** und den Polizeihauptmann **Graf** bestätigt. Trotzdem hielt der Staatsanwalt die Anklage wegen groben Unfugs aufrecht. Er meinte, jeder Teilnehmer an einer Wahlrechtsdemonstration sollte wegen groben Unfugs bestraft werden, denn das Publikum werde durch diese Demonstrationen, die manchmal schon so ausarteten, daß Personen verletzt wurden, in Angst und Unruhe versetzt. Er beantragte eine Strafe von 4 Wochen Haft. Der Verteidiger, **Rechtsanwalt Dr. Kurt Rosenfeld**, trat dieser Behauptung des Staatsanwalts entgegen, daß Wahlrechtsdemonstrationen zu Gewalttätigkeiten führen. Er erinnerte an die Tätigkeit von Kriminalbeamten, die Gewalttätigkeiten von Demonstrationen zu provozieren suchten, indem sie sich in deren Reihen einschlichen. Unter Bezugnahme auf die Gründe, welche das freisprechende Urteil der ersten Instanz bewirkten, legte er dar, daß die Beweisaufnahme nichts Neues gegen den Angeklagten ergeben habe. Die Demonstration könne nicht als grober Unfug angesehen werden, denn sonst hätte man auch die Demonstranten in der Wahlnacht verhaften müssen. Es handle sich hier um eine Demonstration zugunsten einer politischen Anschauung.

Als das Gericht von der Beratung zurückkehrte, sprach der Vorsitzende, **Landgerichtsdirektor Riepmann**, zuerst das Bedauern des Gerichts darüber aus, daß sich der **Rechtsanwalt Dr. Kurt Rosenfeld** in seiner Verteidigungsrede „schwere Verdächtigungen der Kriminalpolizei“ habe einschleichen lassen. Das Urteil des Gerichts ging dahin, daß die Voraussetzungen des „groben Unfugs“ in der vorliegenden Anklage zutreffen, daß die Tat geeignet war, die Ruhe zu stören und daß dies dem Täter wohl bewußt war. Der Angeklagte wird mit 10 M. Geldstrafe ev. 2 Tagen Haft bestraft und hat die Kosten des Verfahrens zu tragen.

Das Bedauern des Gerichts ist unerfindlich. Ein Bedauern darüber, daß Kriminalbeamte in die Rüge birigiert sind, was durch die Nichtigensurteilung des Polizeipräsidiums zur Aussage der

Beamten erwiesen ist, daß Polizeibeamte zu Gewalttätigkeiten anzuregen suchten, hätte dem Gerechtigkeitsempfinden näher gelegen. Oder erscheint dem Gericht der Ansicht, der die Rede von der verhaltenen Wahrheit abnimmt, der, der die Wahrheit zu verhalten sucht, aber lobenswerter? Die Aufgabe des Gerichts soll Ermittlung der Wahrheit sein!

Vermischtes.

Das Reichsluftschiff 3. I, das einige Tage bei Biberach lag, ist am Sonnabendabend kurz vor 11 Uhr bei klarem Himmel zur Weiterfahrt nach Rega aufgestiegen. Es passierte Stuttgart in der Zeit zwischen 1 Uhr 50 und 1 Uhr 55 Minuten früh von Göttingen kommend in einer Höhe von 200 bis 300 Metern in rascher, sicherer Fahrt von Südosten nach Nordwesten, überflog Pforzheim 2 Uhr 40 Minuten, Karlsruhe 3 Uhr 10 Minuten in der Nacht und war gegen 8 Uhr morgens (Sonntag) in Rega. Die Landung vollzog sich bei herrlichem Sommerwetter und fast völliger Windstille sehr glatt und ruhig. Das Luftschiff, das eine durchschnittliche Geschwindigkeit von 45 Kilometer in der Stunde erreichte, kam infolge der günstigen Witterungs- und Winderhältnisse bedeutend früher, als man erwartet hatte. Es wurde von der bereitstehenden Luftschiffer-Abteilung leicht und sicher, fast mühelos, in die Halle geleitet, wo es in geringer Höhe über dem Erdboden verankert wurde.

Im Saß.

Heidenheim, 5. Juli. Als die Frau eines Bauern in Dettingen ihrem Manne wegen eines Wirtshausbesuches Vorwürfe machte, geriet der Bauer in Wut und stach seine Frau in die Brust. Die schwerverletzte Frau starb nach wenigen Stunden.

Manheim, 5. Juli. Mehrere Messerschaffären ereigneten sich in der Sonntagsnacht in den Stadtteilen Schäfertal und Redarsau. In Redarsau tötete ein Tagelöhner einen Schiffschiff. In Schäfertal wurden bei zwei verschiedenen Messerschaffären die Götter Schwind und Edelmann lebensgefährlich verletzt. Des weiteren warf in Redarsau ein Italiener einem Landmann eine Kugel an den Kopf. Der Angegriffene erlitt einen komplizierten Schädelbruch.

Heidenheim, 5. Juli. In Lantzenhütte vergiftete sich eine Kellnerin im vollbesetzten Gastzimmer mit Lysol. Ueber die Ursache des Selbstmordes ist nichts bekannt.

Er denkt — er kann nicht.

Rega, 5. Juli. Die von verschiedenen Blättern gebrachte Nachricht von einer bevorstehenden Fahrt des „ZI“ nach Saarbrücken und Diederhosen ist unrichtig. Wie man hört, werden zunächst an dem Luftschiff Reparaturen vorgenommen und zu diesem Zwecke wird das Schiff von Rega entleert. Die Reise und den Aufenthalt in Biberach hat das Luftschiff glänzend überstanden. Es sind nur einige Querrippen leicht verbogen und die äußere Ballonhülle zeigt verschiedene unbedeutende Risse. Major Sperling wird heute nach Berlin abreisen.

Abe — „Hes“ Vaterland.

Paris, 5. Juli. Der Diamantfabrikant Lemoine wurde heute zu sechs Jahren Gefängnis und 3000 Francs Geldstrafe verurteilt.

urteilt. Außerdem wurde er für die Dauer von fünf Jahren des Landes verwiesen.

Spezialistenbericht. Redakteur S. Baus-Dessan hält am Donnerstag, den 8. Juli, abends 8 1/2 Uhr, in Drösel's Festsaal, Neue Friedrichstraße 35, Vortrag über **Arten und Nagen der internationalen Wirtsch.**
Berliner Arbeiter-Schauspiel. Abt. Bedding: bei Schulz, Marktstraße 13b. Abt. Wobitz: bei Wobitz, Zwillingstraße 15b. Abt. Wobitz: bei Wobitz, Marktstraße 74. Jeden Dienstag von 7 1/2 Uhr ab: Spielabend. Abt. Zentrum: bei Freiheit, Dragonerstraße 15. Jeden Montag: Spielabend. Anfang 7 1/2 Uhr. — In familiären Abteilungen Sonnabends freier Schachabend.

Lehr- und Bildnerklub Baumshulenteueg. Mittwoch, 9 Uhr, im Lokale von Börgers, Baumshulenteueg 27. Gäste, eingeführt, haben Zutritt.

Eingegangene Druckschriften.

„Der Wahre Jacob“ bringt in der 14. Nummer des 20. Jahrgangs einen Aufsatz über „Wilhelm Wolff“ aus der Feder von W. Bloss, nebst Porträt von Wolff, ferner das Porträt des verstorbenen Genossen Hermann Goldstein, nebst einem Nachruf für denselben. Die Nummer enthält weiter die farbigen Bilder „Zum Besuche des Jaren in Frankreich“ und „Die Wertpapiersteuer oder der Reichshofen kommt!“ sowie noch an Illustrationen „Ostfriesland“, „Deutsche Kolonien“, „Ein Musterpatriot“, „Militärischer Trinkspruch“, „Der Wettkampf zwischen Has und Schneeflocke“, „Händehygiene“, „Duell“, „Lübe Kuchentisch“, „Die Robedame“, „Die Witwe“ und „Die Schlemmerer Springprojektion“. Der textliche Teil der Nummer bringt die Gedichte „Niederreiten“, „Seegespinnst“, „Hansabund“, „Der königliche Kaufmann“, „Unter Eschscholzen“, „Die Frühjahrsparade“, „Walter Thernis“ und außer zahlreichen kleineren Beiträgen noch die größeren satirischen Feuilletons „Das Gespenst im Reichstagspalais“ und „Im Luxuswagen vierter Klasse“. Der Preis der 16 Seiten starken Nummer ist 10 Pf.

Von der „Gleichheit“, Zeitschrift für die Interessen der Arbeiterinnen (Stuttgart, Verlag von Paul Singer), ist uns (siehe Nr. 20 des 19. Jahrgangs) zugegangen. Sie hat folgenden Inhalt: Wilhelm Wolff. — Hausangestellte, Hausgewerbetreibende und Heimarbeiter als Stiefkinder in der Reichsversicherungsordnung. Von Luise Fiech. — Von der Frauenarbeit in Preußen. I. Von ca. — Heime für Textilarbeiterinnen. Von Martha Hoppe (Hessl.). — Gegen den Lebensmüder. Von od. — Die proletarische Frauenbewegung in Belgien. Von am. — Arbeiterinnenend im Thüringer Wald. I. Aus der Sicht. Von B. — Aus der Bewegung: Hermann Goldstein. — Von der Agitation. — Politische Rundschau. Von H. B. — Gemerktschaffliche Rundschau. — Der weibliche Mitgliederstand im Arbeiterverband. — Genossenschaftliche Rundschau. Von H. Fl. — Notizen: Dienstbotenfrage. — Frauenarbeit auf dem Gebiete der Industrie, des Handels- und Verkehrswesens. — Kellnerinnenfrage. — Frauenstimmrecht. — Frauenbewegung. — Die Frau in öffentlichen Kellern.

Für unsere Mütter und Hausfrauen: Ein Stern. Von Elisabeth Föhner. — Alina und Lustschichtigkeit. Von G. Walter. — Für die Hausfrau. — Feuilleton: Die eines Schönen. Von Smatoplus Tech. — Honorar de Valzac. — Paris. Von Honorar de Valzac.

Für unsere Kinder: Bismarck. Von Max Kemp. (Gedicht). — Die Erdbeere. Von Emma Böhl. — Wilhelm Tell. Von Joseph Christian v. Reddy. (Gedicht). — Eine Pfadfindung auf dem Main. III. In der Pfadfindung. Von Heinrich Bandl. — Kinderzeit. Von Eduard Weidte. (Gedicht). — Birn, eine Mutter. Von Ernst Selon Thompson. — Kellnerin. Von Franz Wabing. (Gedicht).

Die „Gleichheit“ erscheint alle 14 Tage einmal. Preis der Nummer 10 Pf., durch die Post bezogen beträgt der Abonnementpreis vierteljährlich ohne Postgebühren 55 Pf., unter Kreuzband 85 Pf. Jahresabonnement 2,20 M.

Wetterprognose für Dienstag, den 6. Juli 1909.

Wolkig heiter, zunächst etwas kühler, später wieder wärmer bei meist schwachen südwestlichen Winden; keine erheblichen Niederschläge. Berliner Wetterbureau.

Witterungsübersicht vom 5. Juli 1909, morgens 8 Uhr.

Stationen	Barometerstand mm	Windrichtung	Wolkenhülle	Wetter	Temp. in C. u. F.	Stationen	Barometerstand mm	Windrichtung	Wolkenhülle	Wetter	Temp. in C. u. F.
Erntemede	761,5	SW	2	bedeckt	19	Japaranda	761,0	SW	4	wolkig	15
Hamburg	762,5	SW	3	wolkig	16	Petersburg	763,0	SW	2	bedeckt	17
Berlin	761,5	SW	3	heiter	18	Stettin	766,5	SW	3	wolkig	14
Krankfurt	763,5	SW	3	bedeckt	18	Aberdeen	761,0	SW	1	bedeckt	12
München	764,5	SW	2	halb bed.	16	Danzig	765,0	SW	2	halb bed.	16
Wien	763,0	SW	1	wolkig	17						

Mitlicher Marktbericht der k. k. Reichshandels-Direktion über den Großhandel in den Zentral-Markthallen. Markttage: Fleisch: Zufuhr stark, Geschäft rego, Preise mehrfach anziehend, für Hammelfleisch nachgebend. **Fisch:** Zufuhr knapp, Geschäft rego, Preise fest. **Geflügel:** Zufuhr mäßig, Geschäft ruhig, Preise wenig verändert. **Butter und Käse:** Geschäft ruhig, Preise unverändert. **Gemüse, Obst und Süßkräuter:** Zufuhr genügend, Geschäft sehr rego, Preise wenig verändert.

Wasserstands-Nachrichten

Wasserstand	am 4. 7.	seit am 3. 7.	Wasserstand	am 4. 7.	seit am 3. 7.
Remel, Elbe	157	+6	Saale, Großkühn	102	+6
Bregel, Ankerburg	92	-4	Gabel, Spandau	37	-4
Deusel, Thon	92	0	Kathenow	42	+6
Ober, Rastdorf	402	+26	Spree, Spremberg	180	+31
Stroßen	208	+58	Beesfow	60	+3
Frankfurt	184	+10	Weser, Minden	92	-14
Barthe, Schrimm	33	+1	Rhein, Marimiliansbau	—	—
Landberg	—	-1	Kand	290	+43
Rege, Borsdamm	-19	0	Köln	—	—
Elbe, Reithenig	285	+178	Redar, Heilbronn	122	-2
Bresden	+118	+191	Rain, Berthelm	—	—
Barth	87	+30	Weser, Trier	—	—
Magdeburg	75	+8			

+) + bedeutet Hoch, — Fall, — ? Unterpegel. — ? höchster Wasserstand am 3. Juli 7 Uhr abends 410 cm.

Briefkasten der Redaktion.

Die feinsten Sprechstunden findet Lindenstraße 3, zweiter Hof, dritter Eingang, vier Treppen, Fahrstuhl wochentags abends von 7 1/2 bis 9 1/2 Uhr statt. Gestern 7 Uhr. Sonnabends beginnt die Sprechstunde am 6 Uhr. Jeder Anrufer ist ein Buchstabe und eine Zahl als Wortzeichen beizufügen. Briefliche Anfragen werden nicht erwidert. Die zur Beantwortung in Briefen können 14 Tage vergehen. Eilige Fragen tragen man in der Sprechstunde vor.

Druckerei. 1. Unterscheidungsmerkmal nach den Gruppen der unterschiedlichen Behälter. 2. Eintragungen, öffentliches Führen, Transportwagen für Lasten usw. 3. Die Stellen mit Butler oder durch Betreten mit Leptentid oder Benzol anzuweisen, sodann mittels Seifenwasser mit Keßschlammreinigung täglich durchzuführen. 4. Ein sicheres Mittel gegen Flechten und Säureaugen können wir Ihnen nicht angeben. Ziehen Sie einen Arzt zu Rate. — G. H. 52. 1. Im Jahre 1851 vom Vizepräsidenten Hindenberg errichtet. 2. Berliner Feuerweh. 3. Von der Stadt Berlin. 4. Der Branddirektor. 5. Genau 20 Jahre im Besitze der jugendlichen Heiden und Liebhaber.

Theater.
Diensttag, den 6. Juli.
Anfang 7 1/2 Uhr.
Neues königliches Operntheater.
Cavalli.
Anfang 8 Uhr.
Deutsch. Zu ebener Erde und im ersten Stock.
Sammerstele. Ein Standal in Monte Carlo.
Festung. Die Dollarprinzessin.
Berliner. Ein Herbstmanöver.
Neues Schauspielhaus. Moral.
Schiller O. (König. Theater.)
Madame Bonivard.
Schiller Charlottenburg. Der Biberpelz.
Friedrich-Wilhelmstädt. Schauspielhaus.
Königliche Oper. O diese Leutnants.
Hens. Der Goldschloß.
Thalia. Im Café Kollisse.
Schauspielhaus. Der festsche Hindi.
Neues Operetten-Theater.
Schiffbauerdamm 25, a. d. Luisenstr.
Anfang 8 Uhr.
Die Sprudelfee.
Operette in 3 Akten v. G. Reinhardt.

Schiller-Theater.
Schiller-Theater O. (König. Theater.)
Täglich:
Madame Bonivard.
Schwan in 3 Akten von Alexander Dillson und Antony Mars.
Anfang 8 Uhr. Ende 10 Uhr.
Neues Kgl. Opern-Theater (Kroll).
Gura-Oper.
Madame Butterfly.
Oper von Puccini.
Einfache Preise. Anfang 7 1/2 Uhr.
Mittwoch: Der fliegende Holländer.
Donnerstag u. Sonnabend: Tannhäuser. Freitag: Don Juan.

Schiller-Theater Charlottenburg.
Täglich:
Der Biberpelz.
Eine Diebstomodie in 4 Akten von Gerhard Hauptmann.
Anfang 8 Uhr. Ende 10 1/2 Uhr.

Theater.
Diensttag, den 6. Juli.
Anfang 7 1/2 Uhr.
Neues königliches Operntheater.
Cavalli.
Anfang 8 Uhr.
Deutsch. Zu ebener Erde und im ersten Stock.
Sammerstele. Ein Standal in Monte Carlo.
Festung. Die Dollarprinzessin.
Berliner. Ein Herbstmanöver.
Neues Schauspielhaus. Moral.
Schiller O. (König. Theater.)
Madame Bonivard.
Schiller Charlottenburg. Der Biberpelz.
Friedrich-Wilhelmstädt. Schauspielhaus.
Königliche Oper. O diese Leutnants.
Hens. Der Goldschloß.
Thalia. Im Café Kollisse.
Schauspielhaus. Der festsche Hindi.
Neues Operetten-Theater.
Schiffbauerdamm 25, a. d. Luisenstr.
Anfang 8 Uhr.
Die Sprudelfee.
Operette in 3 Akten v. G. Reinhardt.

Schiller-Theater.
Schiller-Theater O. (König. Theater.)
Täglich:
Madame Bonivard.
Schwan in 3 Akten von Alexander Dillson und Antony Mars.
Anfang 8 Uhr. Ende 10 Uhr.
Neues Kgl. Opern-Theater (Kroll).
Gura-Oper.
Madame Butterfly.
Oper von Puccini.
Einfache Preise. Anfang 7 1/2 Uhr.
Mittwoch: Der fliegende Holländer.
Donnerstag u. Sonnabend: Tannhäuser. Freitag: Don Juan.

Schiller-Theater Charlottenburg.
Täglich:
Der Biberpelz.
Eine Diebstomodie in 4 Akten von Gerhard Hauptmann.
Anfang 8 Uhr. Ende 10 1/2 Uhr.

Theater.
Diensttag, den 6. Juli.
Anfang 7 1/2 Uhr.
Neues königliches Operntheater.
Cavalli.
Anfang 8 Uhr.
Deutsch. Zu ebener Erde und im ersten Stock.
Sammerstele. Ein Standal in Monte Carlo.
Festung. Die Dollarprinzessin.
Berliner. Ein Herbstmanöver.
Neues Schauspielhaus. Moral.
Schiller O. (König. Theater.)
Madame Bonivard.
Schiller Charlottenburg. Der Biberpelz.
Friedrich-Wilhelmstädt. Schauspielhaus.
Königliche Oper. O diese Leutnants.
Hens. Der Goldschloß.
Thalia. Im Café Kollisse.
Schauspielhaus. Der festsche Hindi.
Neues Operetten-Theater.
Schiffbauerdamm 25, a. d. Luisenstr.
Anfang 8 Uhr.
Die Sprudelfee.
Operette in 3 Akten v. G. Reinhardt.

Schiller-Theater.
Schiller-Theater O. (König. Theater.)
Täglich:
Madame Bonivard.
Schwan in 3 Akten von Alexander Dillson und Antony Mars.
Anfang 8 Uhr. Ende 10 Uhr.
Neues Kgl. Opern-Theater (Kroll).
Gura-Oper.
Madame Butterfly.
Oper von Puccini.
Einfache Preise. Anfang 7 1/2 Uhr.
Mittwoch: Der fliegende Holländer.
Donnerstag u. Sonnabend: Tannhäuser. Freitag: Don Juan.

Schiller-Theater Charlottenburg.
Täglich:
Der Biberpelz.
Eine Diebstomodie in 4 Akten von Gerhard Hauptmann.
Anfang 8 Uhr. Ende 10 1/2 Uhr.

Theater.
Diensttag, den 6. Juli.
Anfang 7 1/2 Uhr.
Neues königliches Operntheater.
Cavalli.
Anfang 8 Uhr.
Deutsch. Zu ebener Erde und im ersten Stock.
Sammerstele. Ein Standal in Monte Carlo.
Festung. Die Dollarprinzessin.
Berliner. Ein Herbstmanöver.
Neues Schauspielhaus. Moral.
Schiller O. (König. Theater.)
Madame Bonivard.
Schiller Charlottenburg. Der Biberpelz.
Friedrich-Wilhelmstädt. Schauspielhaus.
Königliche Oper. O diese Leutnants.
Hens. Der Goldschloß.
Thalia. Im Café Kollisse.
Schauspielhaus. Der festsche Hindi.
Neues Operetten-Theater.
Schiffbauerdamm 25, a. d. Luisenstr.
Anfang 8 Uhr.
Die Sprudelfee.
Operette in 3 Akten v. G. Reinhardt.

Schiller-Theater.
Schiller-Theater O. (König. Theater.)
Täglich:
Madame Bonivard.
Schwan in 3 Akten von Alexander Dillson und Antony Mars.
Anfang 8 Uhr. Ende 10 Uhr.
Neues Kgl. Opern-Theater (Kroll).
Gura-Oper.
Madame Butterfly.
Oper von Puccini.
Einfache Preise. Anfang 7 1/2 Uhr.
Mittwoch: Der fliegende Holländer.
Donnerstag u. Sonnabend: Tannhäuser. Freitag: Don Juan.

Schiller-Theater Charlottenburg.
Täglich:
Der Biberpelz.
Eine Diebstomodie in 4 Akten von Gerhard Hauptmann.
Anfang 8 Uhr. Ende 10 1/2 Uhr.

Theater.
Diensttag, den 6. Juli.
Anfang 7 1/2 Uhr.
Neues königliches Operntheater.
Cavalli.
Anfang 8 Uhr.
Deutsch. Zu ebener Erde und im ersten Stock.
Sammerstele. Ein Standal in Monte Carlo.
Festung. Die Dollarprinzessin.
Berliner. Ein Herbstmanöver.
Neues Schauspielhaus. Moral.
Schiller O. (König. Theater.)
Madame Bonivard.
Schiller Charlottenburg. Der Biberpelz.
Friedrich-Wilhelmstädt. Schauspielhaus.
Königliche Oper. O diese Leutnants.
Hens. Der Goldschloß.
Thalia. Im Café Kollisse.
Schauspielhaus. Der festsche Hindi.
Neues Operetten-Theater.
Schiffbauerdamm 25, a. d. Luisenstr.
Anfang 8 Uhr.
Die Sprudelfee.
Operette in 3 Akten v. G. Reinhardt.

Schiller-Theater.
Schiller-Theater O. (König. Theater.)
Täglich:
Madame Bonivard.
Schwan in 3 Akten von Alexander Dillson und Antony Mars.
Anfang 8 Uhr. Ende 10 Uhr.
Neues Kgl. Opern-Theater (Kroll).
Gura-Oper.
Madame Butterfly.
Oper von Puccini.
Einfache Preise. Anfang 7 1/2 Uhr.
Mittwoch: Der fliegende Holländer.
Donnerstag u. Sonnabend: Tannhäuser. Freitag: Don Juan.

Schiller-Theater Charlottenburg.
Täglich:
Der Biberpelz.
Eine Diebstomodie in 4 Akten von Gerhard Hauptmann.
Anfang 8 Uhr. Ende 10 1/2 Uhr.

Theater.
Diensttag, den 6. Juli.
Anfang 7 1/2 Uhr.
Neues königliches Operntheater.
Cavalli.
Anfang 8 Uhr.
Deutsch. Zu ebener Erde und im ersten Stock.
Sammerstele. Ein Standal in Monte Carlo.
Festung. Die Dollarprinzessin.
Berliner. Ein Herbstmanöver.
Neues Schauspielhaus. Moral.
Schiller O. (König. Theater.)
Madame Bonivard.
Schiller Charlottenburg. Der Biberpelz.
Friedrich-Wilhelmstädt. Schauspielhaus.
Königliche Oper. O diese Leutnants.
Hens. Der Goldschloß.
Thalia. Im Café Kollisse.
Schauspielhaus. Der festsche Hindi.
Neues Operetten-Theater.
Schiffbauerdamm 25, a. d. Luisenstr.
Anfang 8 Uhr.
Die Sprudelfee.
Operette in 3 Akten v. G. Reinhardt.

Schiller-Theater.
Schiller-Theater O. (König. Theater.)
Täglich:
Madame Bonivard.
Schwan in 3 Akten von Alexander Dillson und Antony Mars.
Anfang 8 Uhr. Ende 10 Uhr.
Neues Kgl. Opern-Theater (Kroll).
Gura-Oper.
Madame Butterfly.
Oper von Puccini.
Einfache Preise. Anfang 7 1/2 Uhr.
Mittwoch: Der fliegende Holländer.
Donnerstag u. Sonnabend: Tannhäuser. Freitag: Don Juan.

Schiller-Theater Charlottenburg.
Täglich:
Der Biberpelz.
Eine Diebstomodie in 4 Akten von Gerhard Hauptmann.
Anfang 8 Uhr. Ende 10 1/2 Uhr.

Theater.
Diensttag, den 6. Juli.
Anfang 7 1/2 Uhr.
Neues königliches Operntheater.
Cavalli.
Anfang 8 Uhr.
Deutsch. Zu ebener Erde und im ersten Stock.
Sammerstele. Ein Standal in Monte Carlo.
Festung. Die Dollarprinzessin.
Berliner. Ein Herbstmanöver.
Neues Schauspielhaus. Moral.
Schiller O. (König. Theater.)
Madame Bonivard.
Schiller Charlottenburg. Der Biberpelz.
Friedrich-Wilhelmstädt. Schauspielhaus.
Königliche Oper. O diese Leutnants.
Hens. Der Goldschloß.
Thalia. Im Café Kollisse.
Schauspielhaus. Der festsche Hindi.
Neues Operetten-Theater.
Schiffbauerdamm 25, a. d. Luisenstr.
Anfang 8 Uhr.
Die Sprudelfee.
Operette in 3 Akten v. G. Reinhardt.

Schiller-Theater.
Schiller-Theater O. (König. Theater.)
Täglich:
Madame Bonivard.
Schwan in 3 Akten von Alexander Dillson und Antony Mars.
Anfang 8 Uhr. Ende 10 Uhr.
Neues Kgl. Opern-Theater (Kroll).
Gura-Oper.
Madame Butterfly.
Oper von Puccini.
Einfache Preise. Anfang 7 1/2 Uhr.
Mittwoch: Der fliegende Holländer.
Donnerstag u. Sonnabend: Tannhäuser. Freitag: Don Juan.

Schiller-Theater Charlottenburg.
Täglich:
Der Biberpelz.
Eine Diebstomodie in 4 Akten von Gerhard Hauptmann.
Anfang 8 Uhr. Ende 10 1/2 Uhr.

Theater.
Diensttag, den 6. Juli.
Anfang 7 1/2 Uhr.
Neues königliches Operntheater.
Cavalli.
Anfang 8 Uhr.
Deutsch. Zu ebener Erde und im ersten Stock.
Sammerstele. Ein Standal in Monte Carlo.
Festung. Die Dollarprinzessin.
Berliner. Ein Herbstmanöver.
Neues Schauspielhaus. Moral.
Schiller O. (König. Theater.)
Madame Bonivard.
Schiller Charlottenburg. Der Biberpelz.
Friedrich-Wilhelmstädt. Schauspielhaus.
Königliche Oper. O diese Leutnants.
Hens. Der Goldschloß.
Thalia. Im Café Kollisse.
Schauspielhaus. Der festsche Hindi.
Neues Operetten-Theater.
Schiffbauerdamm 25, a. d. Luisenstr.
Anfang 8 Uhr.
Die Sprudelfee.
Operette in 3 Akten v. G. Reinhardt.

Schiller-Theater.
Schiller-Theater O. (König. Theater.)
Täglich:
Madame Bonivard.
Schwan in 3 Akten von Alexander Dillson und Antony Mars.
Anfang 8 Uhr. Ende 10 Uhr.
Neues Kgl. Opern-Theater (Kroll).
Gura-Oper.
Madame Butterfly.
Oper von Puccini.
Einfache Preise. Anfang 7 1/2 Uhr.
Mittwoch: Der fliegende Holländer.
Donnerstag u. Sonnabend: Tannhäuser. Freitag: Don Juan.

Schiller-Theater Charlottenburg.
Täglich:
Der Biberpelz.
Eine Diebstomodie in 4 Akten von Gerhard Hauptmann.
Anfang 8 Uhr. Ende 10 1/2 Uhr.

Theater.
Diensttag, den 6. Juli.
Anfang 7 1/2 Uhr.
Neues königliches Operntheater.
Cavalli.
Anfang 8 Uhr.
Deutsch. Zu ebener Erde und im ersten Stock.
Sammerstele. Ein Standal in Monte Carlo.
Festung. Die Dollarprinzessin.
Berliner. Ein Herbstmanöver.
Neues Schauspielhaus. Moral.
Schiller O. (König. Theater.)
Madame Bonivard.
Schiller Charlottenburg. Der Biberpelz.
Friedrich-Wilhelmstädt. Schauspielhaus.
Königliche Oper. O diese Leutnants.
Hens. Der Goldschloß.
Thalia. Im Café Kollisse.
Schauspielhaus. Der festsche Hindi.
Neues Operetten-Theater.
Schiffbauerdamm 25, a. d. Luisenstr.
Anfang 8 Uhr.
Die Sprudelfee.
Operette in 3 Akten v. G. Reinhardt.

Schiller-Theater.
Schiller-Theater O. (König. Theater.)
Täglich:
Madame Bonivard.
Schwan in 3 Akten von Alexander Dillson und Antony Mars.
Anfang 8 Uhr. Ende 10 Uhr.
Neues Kgl. Opern-Theater (Kroll).
Gura-Oper.
Madame Butterfly.
Oper von Puccini.
Einfache Preise. Anfang 7 1/2 Uhr.
Mittwoch: Der fliegende Holländer.
Donnerstag u. Sonnabend: Tannhäuser. Freitag: Don Juan.

Schiller-Theater Charlottenburg.
Täglich:
Der Biberpelz.
Eine Diebstomodie in 4 Akten von Gerhard Hauptmann.
Anfang 8 Uhr. Ende 10 1/2 Uhr.

Theater.
Diensttag, den 6. Juli.
Anfang 7 1/2 Uhr.
Neues königliches Operntheater.
Cavalli.
Anfang 8 Uhr.
Deutsch. Zu ebener Erde und im ersten Stock.
Sammerstele. Ein Standal in Monte Carlo.
Festung. Die Dollarprinzessin.
Berliner. Ein Herbstmanöver.
Neues Schauspielhaus. Moral.
Schiller O. (König. Theater.)
Madame Bonivard.
Schiller Charlottenburg. Der Biberpelz.
Friedrich-Wilhelmstädt. Schauspielhaus.
Königliche Oper. O diese Leutnants.
Hens. Der Goldschloß.
Thalia. Im Café Kollisse.
Schauspielhaus. Der festsche Hindi.
Neues Operetten-Theater.
Schiffbauerdamm 25, a. d. Luisenstr.
Anfang 8 Uhr.
Die Sprudelfee.
Operette in 3 Akten v. G. Reinhardt.

Schiller-Theater.
Schiller-Theater O. (König. Theater.)
Täglich:
Madame Bonivard.
Schwan in 3 Akten von Alexander Dillson und Antony Mars.
Anfang 8 Uhr. Ende 10 Uhr.
Neues Kgl. Opern-Theater (Kroll).
Gura-Oper.
Madame Butterfly.
Oper von Puccini.
Einfache Preise. Anfang 7 1/2 Uhr.
Mittwoch: Der fliegende Holländer.
Donnerstag u. Sonnabend: Tannhäuser. Freitag: Don Juan.

Schiller-Theater Charlottenburg.
Täglich:
Der Biberpelz.
Eine Diebstomodie in 4 Akten von Gerhard Hauptmann.
Anfang 8 Uhr. Ende 10 1/2 Uhr.

Theater.
Diensttag, den 6. Juli.
Anfang 7 1/2 Uhr.
Neues königliches Operntheater.
Cavalli.
Anfang 8 Uhr.
Deutsch. Zu ebener Erde und im ersten Stock.
Sammerstele. Ein Standal in Monte Carlo.
Festung. Die Dollarprinzessin.
Berliner. Ein Herbstmanöver.
Neues Schauspielhaus. Moral.
Schiller O. (König. Theater.)
Madame Bonivard.
Schiller Charlottenburg. Der Biberpelz.
Friedrich-Wilhelmstädt. Schauspielhaus.
Königliche Oper. O diese Leutnants.
Hens. Der Goldschloß.
Thalia. Im Café Kollisse.
Schauspielhaus. Der festsche Hindi.
Neues Operetten-Theater.
Schiffbauerdamm 25, a. d. Luisenstr.
Anfang 8 Uhr.
Die Sprudelfee.
Operette in 3 Akten v. G. Reinhardt.

Schiller-Theater.
Schiller-Theater O. (König. Theater.)
Täglich:
Madame Bonivard.
Schwan in 3 Akten von Alexander Dillson und Antony Mars.
Anfang 8 Uhr. Ende 10 Uhr.
Neues Kgl. Opern-Theater (Kroll).
Gura-Oper.
Madame Butterfly.
Oper von Puccini.
Einfache Preise. Anfang 7 1/2 Uhr.
Mittwoch: Der fliegende Holländer.
Donnerstag u. Sonnabend: Tannhäuser. Freitag: Don Juan.

Schiller-Theater Charlottenburg.
Täglich:
Der Biberpelz.
Eine Diebstomodie in 4 Akten von Gerhard Hauptmann.
Anfang 8 Uhr. Ende 10 1/2 Uhr.

Zentralverband der Zivilmusiker Deutschlands.
Ortsverwaltung Berlin.
Bureau: Berlin N. 54, Brunnenstr. 188, Restaurant Wille. Amt IIIA, 4895.

Achtung!
Sie empfehlen bei Veranstaltung von Vergnügen usw. den geehrten Vorständen, Komitees und Saalhabern unseren **kostenlosen Arbeitsnachweis, Brunnenstraße 188.**
Geschäftszeit täglich von 10 1/2—1 Uhr mittags.
Rappellen vom größten bis kleinsten Orchester stehen jederzeit zur Verfügung. Der Vorstand.
NB. Unsere Mitglieder sind im Besitz einer Kontrollkarte. Diefelbe ist für das 3. Quartal geld und muß mit dem Verbandsstempel versehen sein. Alle andere Legitimation ist ungültig und ist sofort anzufallen.
Auf vielseitigen Anfragen und Wunsch der Gewerkschaften sowie Parteigenossen erklären wir hiermit, daß die Musikdirektoren Maximilian Fischer sowie Franz Hoffelder nicht in unserem Verbandsorganisiert sind.

Zentralverband der Maurer Deutschlands
Bureau: Engelste 15, III, Zimmer 53.
Zweigverein Berlin. Telefon: Amt IV, Nr. 4003.
Mittwoch, den 7. Juli, abends 8 1/2 Uhr,
finden in untenstehenden Lokalen

15 öffentliche Maurer-Versammlungen
statt.
Berlin-Westen im „Königshof“, Bülowstr. 37.
„Osten in „Freyers Festfälen“, Koppenstr. 29.
„Nord-Westen, „Germania-Säle, Chausseest. 110.
Charlottenburg, „Volkshaus“, Rosinenstr. 3.
Gr.-Lichterfelde, bei Bahrendorf, Bäkestr. 22.
Lankwitz, bei Schulz, Marienfelder Str. 17a.
Lichtenberg, bei Biefenhagen, Scharnweberstr. 60.
Ober-Schöneweide, bei Dellmann, Wilhelmminenhoffstr. 79.
Pankow, bei Clemen, Wollankstr. 122.
Rixdorf, bei Wolf, Kirchhoffstr. 41.
Steglitz, bei Schellhase, Thornstr. 15a.
Tempelhof, bei Müller, Berliner Str. 41.
Weißensee, bei Rößkopf, König-Chaussee 28.
Wilmerdorf, bei Käfeler, Lauenburger Str. 21.
Zehlendorf, bei Mickley, Potsdamer Str. 25.

„Unsere nächsten Aufgaben.“
Zu diesen Versammlungen sind alle in Berlin arbeitenden Kollegen eingeladen.
Der Zweigvereinsvorstand.

Urania.

Wissenschaftliches Theater.
Taubenstraße 49/49.
Abends 8 Uhr:
Auf den Trümmern Messinas.

ZOOLOGISCHER GARTEN

Täglich:
Großes Militär-Doppel-Konzert.
Eintr. 1 M., v. abends 6 Uhr ab
50 Pf., Kind u. 10. Jahr d. Hälfte.

Landesausstellungspark

am Lehrter Bahnhof

Neu erbaut: Festsäle
Gartenrestaurant
Konditorei und Café

Militär-Konzert
tägl. v. 4 Uhr ab

Dejeuners
von 2.50 an bis 2 Uhr nachm.
Diners und Soupers v. 4.00 an

WINTER GARTEN

„Sa Pia“

in ihren Phantasie-Tänzen.
jonglierende
Garcias Silhonetten
Tan Kwai-Truppe chines. Gaukler
sowie die
sensationalen Attraktionen
des Juli-Programms.

Reserviert. Platz 2 M. Entree 1 M.
(einschl. Programm u. Garderobe.)

Apollo Theater

8 Uhr: Die neuen Spezialitäten.
Prolongiert! Jean Paul Profongiert!
Die 9 Yankee Doodle Girls.
Novität! 9 Uhr: Novität!
Die lustigen Zecher.
Original-Steck von Leo Billward.
Sum 70. Walter: Er oder Er
mit

Hartstein

Stadt-Theater Moabit.
Alt-Moabit 47/48.
Täglich:

Spezialitäten und
Theater-Vorstellung.
Auf d. Vorstellung wochentags 7 Uhr,
Sonntag 6 Uhr. Sonntag 6 bzw. 5 Uhr.
Gartenöffnung 3 Uhr.
Jeden Montag Gilettag, Spezialitäten und Soiree der „Lustigen Säger“.
Bei Regenwetter Vorstellung im großen Theater-Saal.

Elysium

Sandberger Allee 40/41. Ecke
Petersburger Straße.
Heute sowie täglich
im prächtigen Naturgarten:
Vorstellung
abwechslnd von
drei der bestrenommiertesten
Sängergesellschaften.

Reinickendorf, Schweizer Viertel, im neuen Zentrum.

in nächster Nähe des Schillerparks und des Schäfersee vorzüglich gelegen,
billige 3., 2. und 1-Zimmerwohnungen im Vorder- oder Gartenhaus, mit
aus ohne Bad, Balkon usw. (sowie vermietbar in den Neubauten der Schiller-
Promenade, Brieger Straße, Müll-Str., Holländer- und Thuner Straße.

H. & P. Uder, Engel-Ufer 5.

Tabak-Großhandlung und Tabakfabrik.
Rauch-, Kau-, Schnupftabake, Zigarren, Zigaretten.
Vorteilhafteste Bezugsquelle für Wiederverkäufer.
Größte Auswahl golagerter Zigarren in allen Preislagen.
Sämtliche be-
kannten Marken Zigaretten zu Originalpreisen.
Amt IV, 3014.

Verband der Hausangestellten.

Mittwoch, den 7. Juli, abends 8 1/2 Uhr,
in den Auguste-Viktoria-Sälen, Lutherstraße 31-32:
Dienstboten-Versammlung.

Referent: Herr Adolf Ritter über die „Rechtlosigkeit der
Dienstboten“.
Genossen und Genossinnen! Macht in Euren Bekanntenkreisen auf diese
Versammlung aufmerksam und achtet für guten Besuch. 288/3
Verantwortl. Redakteur: Wilhelm Döwse, Dichtenberg, für den

Passage-Panoptikum.
Lebend!
Die letzten weiblichen Wesen
vom Stamme der
Azteken!
Gr.Schaustellungen
Vitascope-Theater usw.
Alles ohne Extra-Entree.

Reichshallen-Theater.
Stettiner Säger
(Heysel, Britton,
Schrader usw.)
Anfang
8 Uhr.
Freitag,
den 10. 7.:
1. Gastspiel
Winter-
Tymian.

Schweizer - Garten
Am Königsst. Am Friedrichshain
Anfang 4 resp. 5 Uhr
Täglich Entree 30 Pf.
Theater-Vorstellung
Spezialitäten. D. neue Lustprogr.
Kinematograph, Volksbelustigung
Jed. Ab. 10 Uhr: Der Seekadett in 2 Akte.
Jed. Mittwoch: Kinderfreudenfest.

Max Kliems
Sommer-Theater und Festsäle
Rudolf Krüger Hasenheide 13/15.
Täglich:
Großes Konzert, Theater und
Spezialitäten-Vorstellung.
Dir. Leitung: Walter Gravenitz.
Jeden Donnerstag: Elitetag.
9 1/2 Uhr und nach der Vorstellung
Tanzkränzchen.

Vereins-Brauerei
Rixdorf, Hermannstr. 214/219.
Oekonom: Max Wendt.
Täglich:
Gr. Militär-Konzert.
Jeden Dienstag:
Gr. Kinder-Freuden-Fest.
Entr. 15 Pf. Nähe od. Schürpe grat.

Wanzen
tötet unschädlich mit Brut
Reichels Wanzenfluid „Radikal“
fl. 50 Pf., 1.-, 2.-, 3.-, Liter 5.-
absolut kechret, nicht feuergefährlich.
Kein übl. Geruch, nachhaltigste Wirkung

Schwaben
vernichtet mit Brut radikal u. sicher
Reichels Spezial-Schwaben-Poudre
„Martial“. Paket 50 Pf., 1.-, 2.-,
Bld. 4.-

Motten
werden ganz sicher vertrieben und
vollkommen ausgerottet durch Reichels
Spezial-Mottenpulver „Total“. Paket
50 Pf., 1.-, 2.-, Bund 3.-.
Sprühapparate von 50 Pf. an.

Einzig echt u. garantiert wirk-
sam nur i. Original-
packungen **Tod u. Teufel**
in den Drogerien und bei Otto
Reichel, Berlin, Eisenbahnstr. 4.
Fernspr. -Anschlüsse IV 4751, 4752, 4753.

Bruch-Pollmann
empfiehlt sein Lager in Bruch-
bandagen, Leibbinden, Ge-
radhalter, Spritzen, Suspensionsriem
sowie sämtliche Artikel zur Kranken-
pflege. Eigene Werkstatt. Lieferant
für Orts- und Hilfs-Krankenhäusern.
Berlin N.,
Lehrter Straße 60.
Alle Bruchbänder mit elastischen Be-
loten, angenehm u. weich am Körper.

Blumen- und Kranzbinderei
von Robert Meyer,
nur Mariannen-Straße 2.

Leihhaus
Gelegenheitskäufe vorfall. Gold-
und Silbersachen, Brillanten etc.
Seit 25 Jahren Prinzenstr. 28 I
Ecke Ritterstr.

A. Grimberger
Berlin N., Hussitenstraße 40
Tel. Amt III. No. 4304.
Holz- u. Kohlenhandlung
Ausnahme-Preise.
Abnahme: Juni-Juli.
Beste Sonftenberger Marken ab
Platz von 10 Zentner an:
Prima Halbstein, Lauch-
hammer Ztr. 81 Pf.
Halbstein, Heye „ 85
Bockwitz-Briketts „ 80
Anna „ 87
Vulkan u. Pfänner-
schaft „ 89
In Anhalt-Kohlen-
werke „ 95
In Ilse „ 95
Anthrazit-Cadé „ 2,15 M.

Koks, Steinkohlen u. Holz
zu den billigsten Tages- und Kon-
ventionspreisen.
Anlieferung frei Keller, je nach
Quantum, pro Zentner 10 bis
15 Pf. mehr.
Bei größeren Abschüssen ver-
langen Sie meinen Vertreter.

Händler
Speise-Eis-Essenzen
unerreicht seines Fruchtaroma
sowie zugehör. Substanzen am
billigsten u. besten zu kaufen
bei Otto Reichel, 50., Eisenbahnstr. 4.

Nassenheide.
300 eingezäunte Parzellen!
Bienenparzelle 200 M., alle inkl. Baum
Landparzelle 250 „ zum
Sogwaldbau 650 „ Auslagen.
Romantisch schön gelegen am Bahnh-
hof und Dorf und eingeschlossen von
der Königl. Forst. Vom Stettiner
Bahnhof 7, Stunden Fahrzeit.
Von täglich von 12-5 auf dem
Rasenheider Bahnhof anzu-
treffen. Bei G. Wolff, Trauten-
burg, Berliner Straße 52a.

Fliesenleger und Hilfsarbeiter.

Am Dienstag, den 6. Juli, findet gleich nach Arbeitschluss,
um 6 Uhr, in der Kommandantenstr. 72, „Neues Klubhaus“, eine
Öffentliche Versammlung
statt. Die Tages-Ordnung lautet:
Diskussion und Beschlussfassung über die Subunternehmerfrage.
Kollegen! Erscheint alle Mann für Mann zu dieser wichtigen Versammlung.
Die Vorstände der Fliesenleger- und Hilfsarbeiterorganisationen.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Ortsverwaltung Berlin.
Mittwoch, den 7. Juli 1909, abends 8 1/2 Uhr:
Vertrauensmänner-Versammlungen
der Bezirke und Branchen.

Tagesordnung:
1. Bericht des Obmanns. 2. Bericht der Werkstättvertrauensleute. 3. Verbandsangelegenheiten.
Alle Werkstätten müssen vertreten sein.
Mitgliedsbuch legitimiert.
Die in den Vororten arbeitenden Mitglieder sind ebenfalls verpflichtet, Vertrauensleute zu senden. Dieselben
besuchen die Vertrauensmännerversammlung ihrer Branche oder die ihrer Werkstätt am nächsten liegende Bezirks-
vertrauensmännerversammlung.
Die Versammlungslokale sind folgende:

Tischler.

Süd-Westen bei Habel, Bergmannstr. 5/6.
Süden bei Gillesing, Wasserstr. 68.
Südosten I u. II in den Nannyn-Festsälen, Rauschstr. 6.
Osten I (zwischen Zentrum und Fruchtstraße) bei Borgmann,
Andreasstr. 21.
Osten II u. III (zwischen Fruchtstraße und Friedrichsberg) bei
Pirna, Frankfurter Allee 106.
Oestliche Vororte bei Wildner in Friedrichsberg,
Friedrich-Carl-Str. 11.
Nordosten bei Boeker, Weberstr. 17.
Jede Garghilslevel muß einen Vertrauensmann nach dieser Versamm-
lung senden.
Rosenthaler u. Schönhauser Vorstadt bei Obiglio,
Schwedter Str. 23.
Wedding u. Moabit bei Kaczorowski, Ravenstr. 6.

Bautischler.

Bez. 1: Südwesten, Süden, Südosten, Admiralsstr. 18c.
(Diese Versammlung beginnt um 8 1/2 Uhr.)
Bez. 2: Osten, bei Zietz, Warschauer Straße 61.
Bez. 3: Norden u. nördl. Vororte, bei Glische,
Kopenhagener Str. 74.
Bez. 4: Gesundbrunnen, Wedding und Moabit,
bei Kabe, Kolberger Str. 23.

Möbelpolierer und Beizer.

Osten bei Boeker, Weberstr. 17.
Südosten im „Märkischen Hof“, Admiralsstr. 18c.
Norden bei Günther, Brunnenstr. 96.

Magazinarbeiter

bei Wilhelm Kutner, Schützenstr. 18/19.
**Drechsler, Treppengeländer- und
Luxusmöbelbranche**

Norden bei Döhling, Brunnenstr. 79.
Osten bei Schneider, Friedenstr. 67.
Südosten u. Südwesten bei Stramm, Ritterstr. 123.

Maschinenarbeiter

Die Versammlung fällt aus.
Die Werkstättvertrauensleute werden darauf aufmerksam gemacht, daß in dieser Woche das Abonnement auf das
„Fachblatt für Holzarbeiter“ erneuert werden muß. Bestellungen werden von jedem Beitragsammler entgegengenommen.
Die Zustellung erfolgt durch die Werkstättvertrauensleute. Probenummern liegen auf allen Bahnhöfen aus.
Inferatenteil verantw.: Th. Glöde, Berlin, Druck u. Verlag: Vorwärts-Druckerei u. Verlagsanstalt Raut Singer & Co., Berlin SW.

Öffentliche politische Versammlungen.

6. Wahlkreis.
Mittwoch, den 7. Juli, abends 6 Uhr,
in der „Kronen-Brauerei“, Alt-Moabit 47-48:
Öffentliche Versammlung
für Männer und Frauen.
Tages-Ordnung: Vortrag der Genossin Fahrenwald.
Zu zahlreichem Besuch ladet ein
Der Einberufer: H. Müller, Ravenstr. 6.

Musikinstrumenten- Arbeiter

um 8 Uhr abends im Gewerkschaftshause, Engelufer 15, Saal 8.

Modell- und Fabrikfischer

um 8 Uhr im Verbandshause der Gastwirtsgehilfen,
Große Hamburger Straße 18/19.

Einsetzer

um 8 Uhr im „Gewerkschaftshause“, Engelufer 15 (Saal 10).
Zu dieser Versammlung sind die Kollegen folgender Firmen besonders
eingeladen: Schubert, Kreuzbergstraße; Zahn, Wilmersdorf; Richter in
Fürstentum; Staats in Rastau.

Bodenleger

im Gewerkschaftshause, Engelufer 15.
Die Kollegen der Firmen Eldinger und Ruffat sind besonders ein-
geladen.

Stellmacher

bei Hahn, Rosenthaler Vereinshaus, Rosenthaler Straße 57.

Kistenmacher

bei Baudach, Breslauer Straße 28.

Korbmacher

bei Eichhorn, Koppenstraße 47.

Bürstenmacher

bei Frouß (Hilfsverein-Ausschuß), Holzmarktstraße 65.

Kammmacher

bei Lehmann, Neue Friedrichstr. 1.

Vergolder

bei Kluge, Lange Straße 53.

Jalousie-Arbeiter

bei Walter, Adalbertstr. 62.

Perlmutter-, Horn- u. Steinnußarbeiter

um 6 Uhr bei Ernst Thomas, Melchiorstr. 5.

Bilderrahmenmacher

um 6 Uhr bei Natteroth, Ritterstr. 32.

Stockarbeiter

um 5 1/2 Uhr bei Lehmann, Neue Friedrichstr. 1.